Die geplante Eurokrise als Schritt in den Zentralstaat

Mit der Finanzkrise kann der Souveränitätsentzug der Nationalstaaten schneller vorangetrieben werden.

Seite 42

In der Schmiede des EU-Korporatismus

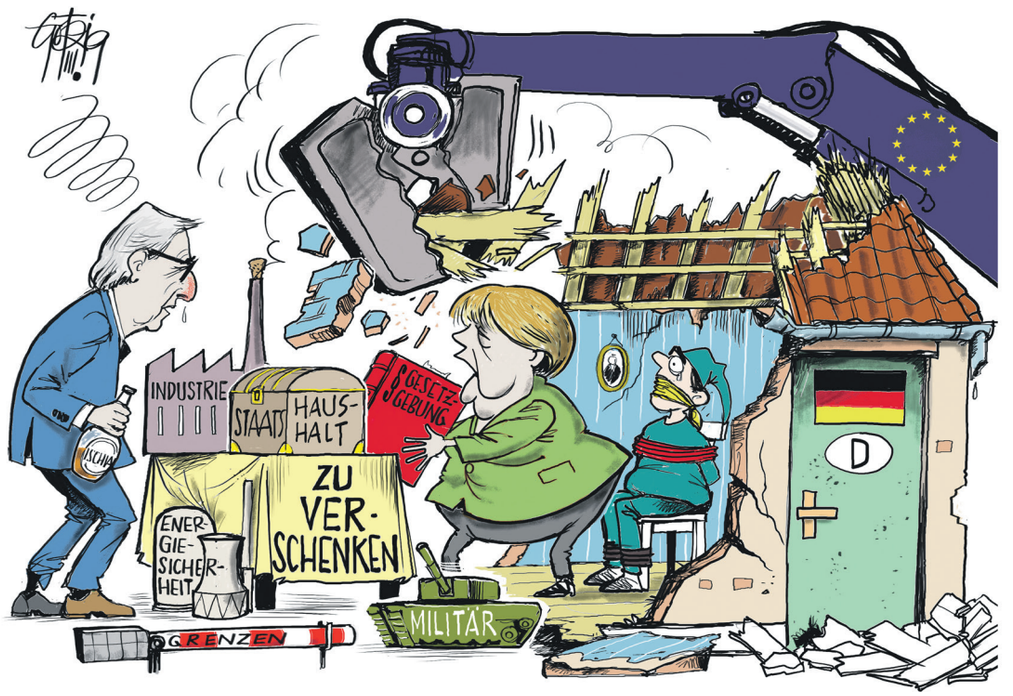
Wie die EU ihre Projekte und Entscheidungen von Lobbyisten bestimmen lässt.

Seite 30

EXPRESSZEITUNG

Ausgabe 24, März 2019

CHF 9.50 / Euro 8.00



"Scheitert der Abbruch, dann scheitert Europa!"

Aufstieg der EU auf den Trümmern Europas

„Auferstanden aus Ruinen", so lautete damals der Titel der DDR-Nationalhymne. Ein Slogan, der auch kaum besser zu einem anderen sozialistischen Grossprojekt passen könnte: Der Europäischen Union. Denn so wie die DDR einst aus dem Kriegsschutt eines von den Alliierten verwüsteten Deutschlands auferstand, steigt die von vielen spöttisch als EUdSSR bezeichnete EU wie ein Phoenix aus der Asche von einst prosperierenden, doch seit der EU-Gründung wirtschaftlich und finanziell zertrümmerten, Mitgliedsstaaten auf. Wer Europa mit der EU gleichsetzt, müsste auch Deutschland mit der DDR gleichsetzen. Beide Konstrukte mehrten bzw. mehren nicht das Wohl der von ihr regierten Bevölkerung, noch waren oder sind sie ein würdiger Repräsentant derselben. Sie stellen vielmehr die Antithese zu Freiheit, Wachstum und Wohlstand ihrer Völker dar.

Ist die EU die neue Sowjetunion?

Demokratiefassade und machtlose Einzelstaaten: Die EU ist der Sowjetunion in ihrer Struktur sehr ähnlich.

Seite 4

Bürgerwille? Von wegen!

Bei genauerer Betrachtung hat der Wähler in der EU nicht viel zu sagen.

Seite 17

Eine EU ohne Grenzen

Seit Gründung der EU und Abschluss des Schengen-Abkommens führen Staatsgrenzen in Europa ein Schattendasein.

Seite 60

„[...] ich bin strikt gegen einen europäischen Superstaat, der seine Bürger mit immer neuen Gesetzen, Regelungen und Verordnungen drangsaliert. [...]Das [EU-Gesetz mit Zehntausenden Seiten] kann doch kein Bürger kennen. Aber er soll sich daran halten. In der Tendenz hat diese Praxis nicht mehr viel mit einem Rechtsstaat zu tun."

Roman Herzog, von 1994 bis 1999 der siebte Bundespräsident der BRD

Der Drang zur Weltherrschaft, dessen Existenz entweder verheimlicht oder als Verschwörungstheorie diskreditiert, respektive in die Welt von Hollywood und der Unterhaltungsindustrie verbannt wird, wird heutzutage anstatt als reale Gefahr als notwendiges Mittel zur Bewältigung aller weltweiten Probleme an den Mann gebracht, sodass die einst gefürchtete Weltherrschaft – versteckt hinter Phrasen wie „Global Governance“, „Neue Weltordnung“, „internationale Zusammenarbeit“ uvm. – mittlerweile von den Beherrschten als freundlich und vorteilhaft angesehen wird. Schliesslich sei die Weltregierung ein notwendiges Mittel zur Bewältigung der weltweiten Krisen, sagen ihre Befürworter und Anführer. Der italienische Ministerpräsident Mario Monti brachte dies so auf den Punkt: «Wir müssen uns nicht darüber wundern, dass Europa schwere Krisen braucht, um vorwärts zu schreiten. Diese Schritte sind per Definition: Aufgabe von Teilen der nationalen Souveränität zugunsten einer übergeordneten Instanz. Es ist klar, dass die politische Klasse, aber auch die Menschen mit ihrer Volksverbundenheit nur dann dazu bereit sein werden, wenn die Kosten, es nicht zu tun, angesichts der Krise zu hoch sein werden. Wir benötigen Krisen, um vorwärts zu schreiten, aber wenn die Krisen zu Ende sind, bleibt ein Sediment – Institutionen, Gesetze etc. –, das sich nicht vollständig wieder rückgängig machen lässt.»

So wurde die Auflösung der Souveränität der Nationalstaaten seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich vorangetrieben – unter dem Deckmantel der Beendigung aller Krisen und Probleme auf diesem Planeten. Eine der wichtigsten Organisationen, die die Autonomie der Nationalstaaten seitdem empfindlich beschneidet, ist die Europäische Union, deren Zweck anscheinend bereits 1948 feststand. Der Parlamentarische Rat, der damals nach dem Kriegsende das Grundgesetz entwarf, legte in Artikel 24 die Möglichkeit fest, Hoheitsrechte zur Wahrung des Friedens an eine supranationale Organisation zu übertragen. In den Beratungen dazu sagte Dr. Carlo Schmid (SPD) am 10. November 1948 zum späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (FDP): „Die Weltstaatbemühungen in allen Ehren! Die Idee ist des Schweißes der Edlen wert. Man sollte aufhören, bei diesen Dingen immerzu von Utopien zu sprechen, wie man es gern tut, um es sich leicht zu machen. Aber ich glaube nicht, dass wir zur Weltregierung kommen werden, ohne vorher durch Europa gegangen zu sein.“ Das bedeutet, die deutsche Politik-Elite war sich bereit 1948 einig, eine Weltregierung anzustreben, für die eine Europäische Union Voraussetzung wäre.

Heute stammen manchen Schätzungen zufolge mehr als 80% der in der BRD geltenden Gesetze direkt oder indirekt aus Brüssel. Transparenz ist in diesem Konstrukt nicht vorgesehen; die Öffentlichkeit bleibt ausgesperrt, und demokratische Kontrolle findet nicht statt. Gewählte Politiker sitzen gewissermaßen nur noch am Ende der Pipeline, und sie haben wenig Einfluss darauf, was in dieser Pipeline transportiert wird. Am Ende beschränkt sich ihre Aufgabe darauf, abzunicken und der Öffentlichkeit als „alternativlos“ zu präsentieren, was zumeist schon längst entschieden worden ist. So scheint das Ergebnis eigentlich schon lange festzustehen, während uns nationale und lokale Politdarsteller mit einer Art inszeniertem Theaterstück bei Laune halten. Der Zug fährt mit dem Treibstoff „Krise“ in Richtung Weltregierung und die Passagiere dürfen immerhin wählen, welche Farbe die Kleidung des Schaffners haben soll. ***(tk)***

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@expresszeitung.com
Erscheinung	10 x jährlich im Abonnement
Preis	Schweiz: SFr 69.- / EU: EUR 59.-
Bestellung	www.Shop.ExpressZeitung.com
Redaktion	Tilman Knechtel *(tk)* / André Barmettler *(ab)*
Gastautoren	Gerhard Wisnewski *(gw)*, Oliver Janich *(oj)* und Torsten Mann *(tm)* / redaktion@expresszeitung.com
Satz/Layout	Elementi Studio
Druck	DZZ Druckzentrum Zürich AG, CH-8021 Zürich
Logistik	Zehnder Druckerei, CH-9500 Wil
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover-Bild	Götz Wiedenroth, www.wiedenroth-karikatur.de
Nächste Ausgabe	April 2019

Thema der Ausgabe:

Ja zu Europa! Nein zur EU!

Preisfrage: Wie heisst Deutschlands Hauptstadt? Berlin? Falsch! Versuchen wir es noch einmal: Wie heisst der deutsche Regierungschef? Angela Merkel? Auch falsch. Die richtige Antwort lautet «Brüssel» und «Jean-Claude Juncker». In Brüssel befindet sich nämlich der Sitz der (nicht vom Volk gewählten) Europäischen Kommission, die den europäischen Völkern inzwischen die Mehrheit ihrer neuen Gesetze durch sogenannte Verordnungen und Richtlinien diktiert. Demnach verwandeln sich Bundestag und Bundesrat immer mehr in Potemkinsche Dörfer oder politische Dioramen, in denen das politische Lokaltheater aufgeführt wird, während die wahre Macht allmählich zu einem zentralistischen und technokratischen Bürokratiemonster namens Europäische Union verschoben wird.

4

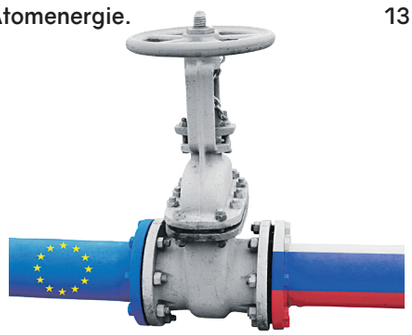
Geopolitik

Von der Sowjetunion über die Europäische Union zur Eurasischen Sowjetunion

Dient die EU-Osterweiterung dazu, Russland das Tor nach Westeuropa zu öffnen? 4

Europa am russischen Gastropf

Durch die Ineffizienz und Anfälligkeit eines Stromnetzes mit erneuerbaren Energien, wächst die Abhängigkeit Europas von russischer Öl-, Gas- und Atomenergie. 13



Ist die EU die EUdSSR?

Welche Parallelen gibt es im Staatssystem von UdSSR und EU? 15

Politik

Wer regiert die Europäische Union, und wie demokratisch ist sie?

Inzwischen wird die überwiegende Mehrheit an geltenden Gesetzen den europäischen Völkern von einem nicht demokratisch legitimierten EU-Apparat aufgezwungen. 17

Vertrag von Lissabon – Lesen verboten!

Angela Merkel unterzeichnete am 13.12.2007 einen EU-Reformvertrag, den sie gar nicht lesen konnte. 27

Wirtschaft

In der Schmiede des EU-Korporatismus

Die Lobbygruppe ERT verwirklicht Hand in Hand mit der EU ihre monopolistischen Ziele. 30

Finanzen

Die geplante Euro-Krise als Schritt in den EU-Zentralstaat

Ein finanzieller Kollaps wird von führenden Politikern mutwillig in Kauf genommen, um die Macht der EU zu erweitern. 42

Gesellschaft

Eine EU ohne Grenzen

Der Abbau von Grenzen bedeutet in letzter Konsequenz die Zerstörung des Lebens. 60

Politik

Frankreich und Deutschland - Vorreiter des EU-Zentralstaates?

Angela Merkel und Emmanuel Macron unterzeichneten Anfang 2019 den Vertrag von Aachen, mit dem Deutschland und Frankreich als Zugpferde einen zukünftigen europäischen Superstaat gestalten wollen. 63

Russland

Von der Sowjetunion

Auf einen Blick

- Wie allgemein bekannt ist, ist die Sowjetunion 1991 in ihre einzelnen Unionsrepubliken zerfallen. Weniger bekannt ist, dass es sich wohl um eine Fehldeutung handelt, dabei vom «Untergang des Kommunismus» zu sprechen, denn die angeblich «unabhängig» gewordenen neuen Staaten blieben nahezu vollständig unter der Kontrolle von Vertretern des alten sowjetischen Systems.
- Nach der alten Devise Lenins wurde die Einheitspartei KPdSU zu Beginn der 1990er-Jahre in eine Anzahl kleinerer Fraktionen und Gruppen aufgespalten, die seither in erster Linie dem russischen Geheimdienst gehorchen und eine pluralistische Demokratie – mit vielen unterschiedlichen, nicht-kommunistischen Parteien – nur vortäuschen.
- Gleichzeitig wurden die Schlüsselindustrien der UdSSR in die Hände einiger weniger, vom KGB aufgebauter Oligarchen übertragen, so dass sich im Ostblock auch nach dem vermeintlichen «Untergang des Kommunismus» keine echte Privatwirtschaft auf der Basis eines unternehmerischen Mittelstands entwickeln konnte.
- Es ist offensichtlich, dass die EU-Osterweiterung vor diesem Hintergrund völlig anders bewertet werden muss, als es die offizielle Darstellung nahelegt. Die osteuropäischen Regierungen scheinen eine Art Brückenfunktion zu erfüllen, um Russland das Tor nach Westeuropa zu öffnen und den östlichen Einfluss nach Westen zu erweitern. Zudem könnte das Einströmen von westlichem Kapital, westlicher Technologie und Wissenschaft die militärische Überlegenheit Moskaus gegenüber Westeuropa und den USA herbeiführen.

von Torsten Mann

Im Mai 1991, also ein halbes Jahr bevor der Stalinismus in der Sowjetunion unterging, veröffentlichte die ausschliesslich für Parteimitglieder der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) bestimmte Zeitschrift Political Affairs einen Artikel, in dem ihr Moskaukorrespondent Carl Bloice den amerikanischen Genossen die aktuelle sowjetische Politik wie folgt erläuterte: Gorbatschows **PERESTROIKA*** basiere auf Lenins **«NEUER ÖKONOMISCHER POLITIK» (NEP)*** (Erklärung auf S.6) der 1920er Jahre, die damals dazu dienen sollte, Vorbereitungen für eine neue Offensive gegen den Kapitalismus zu treffen. Zu diesem Zweck sei, wie Lenin ausdrücklich erklärte, zunächst ein «Rückzug» nötig gewesen, weshalb vorübergehend «ein freier Markt und Kapitalismus» zugelassen wurden, die jedoch ausdrücklich «unter der Kontrolle des Staates» geblieben seien. [1] Der Übergang zum staatlich kontrollierten Kapitalismus habe die Anwendung «besonderer Methoden» erfordert, die von Bloice in seinem Artikel zwar nicht einzeln erläutert wurden, jedoch zitierte er ein Schreiben Lenins «an die russische Kolonie in Nordamerika» aus dem Jahr 1922 mit den Worten, dass die Neue Ökonomische Politik nichts am Gesellschaftssystem Sowjetrusslands geändert habe, was die Leser des Parteiorgans der CPUSA zweifellos nur so verstehen konnten, dass auch Gorbatschows Perestroika nichts am wirklichen Wesen und der hintergründigen Zielsetzung der sowjetrussischen Politik ändern werde, wenn auch die Kommunisten nun «anders vorgehen» würden als bisher.[2]

Perestroika: Angewandter Leninismus

Wie allgemein bekannt ist, war die Sowjetunion nur wenige Monate später in ihre einzelnen Unionsrepubliken zerfallen, der Alleinvertretungsanspruch der KPdSU war einem Mehrparteiensystem gewichen und unter der Führung des russischen Präsidenten Boris Jelzin wurde die bisherige Planwirtschaft durch eine besondere Art von Marktwirtschaft ersetzt. Weniger be-

Der russische Präsident Wladimir Putin forderte am 25.11.2010 in der Süddeutschen Zeitung eine eurasische Wirtschaftsgemeinschaft «Von Lissabon bis Wladiwostok».

über die Europäische Union zur Eurasischen Sowjetunion

kannt ist, dass es zu allen diesen drei Phänomenen, die von der westlichen Öffentlichkeit als «Untergang des Kommunismus» fehlgedeutet wurden, tatsächlich Analogien in Lenins Politik der 1920er Jahre gibt. Genauso wie die Einführung der Marktwirtschaft in den 1990er Jahren direkt auf Lenins «Neuer Ökonomischer Politik» (NEP) der 1920er Jahre aufbaute, so gibt es auch zu den Unabhängigkeitserklärungen der sowjetischen Unionsrepubliken von 1990/91 eine historische Parallele in Gestalt der Fernöstlichen Republik an der Grenze zu China und der Pazifikküste, die von Lenin im Jahr 1920 als Abspaltung von Sowjetrussland gegründet worden war, und die sich schon zwei Jahre später, nachdem sie ihren strategischen Zweck erfüllt hatte, wieder der Sowjetunion anschloss. In den zwei Jahren ihrer Existenz war die Fernöstliche Republik trotz ihrer nominellen Unabhängigkeit ein von Sowjetrussland kontrollierter Marionettenstaat geblieben, woran auch die zwischenzeitliche Einführung einer eigenen Verfassung, die eng an die Verfassung der USA angelehnt war, nichts änderte. [3] Bedeutende Apparatschiks der Fernöstlichen Republik, darunter ihr Präsident Nikolai Matwejew, hatten zuvor bereits im sowjetrussischen System gedient und setzten ihre Karriere auch anschliessend in der Sowjetunion fort. Analog dazu blieben die beim «Zerfall» der Sowjetunion in den Jahren 1990/91 «unabhängig» gewordenen Unionsrepubliken nahezu vollständig unter der Kontrolle von Vertretern des alten sowjetischen Systems.

Vorgetäuschter Pluralismus

Darüber hinaus erinnert auch die Einführung eines Mehrparteiensystems im Russland der 1990er Jahre an eine Weisung Lenins aus dem Jahr 1906, in der er die Partei dazu aufrief, vor der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit eine pluralistische Diskussion zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei zu inszenieren. Die Partei brauche, wie Lenin schrieb,

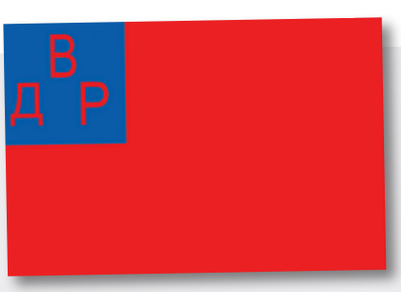
➔

Was ist die Perestroika-Täuschung? Mehr dazu in anderen Ausgaben

«Perestroika» (russ. für Umgestaltung) bezeichnet den von Michail Gorbatschow ab Anfang 1986 eingeleiteten Prozess zum Umbau und zur Modernisierung des Systems der Sowjetunion. Entgegen der im westlichen Bewusstsein verbreiteten Vorstellung hatte die «Perestroika» jedoch keinesfalls die Abschaffung des Kommunismus zum Ziel, sondern vielmehr – wie der Begriff schon andeutet – seine konzeptionelle Umgestaltung und Ausweitung auf eine internationale Ebene, was als Endziel den Weltkommunismus bedeutet. Um mehr zu diesem Thema zu erfahren, empfehlen sich weitere Ausgaben der ExpressZeitung (Nr. 03, 06, 07, 09, 12, 13, 20, 22, 23). Diese sind exklusiv in unserem Webshop **shop.expresszeitung.com** als Einzelausgabe, Dreier- oder Zehnerpaket erhältlich, solange der Vorrat reicht.

JAHRESABO / 10-ER PAKET	3-ER PAKET	EINZELAUSGABE
€ 59.– / CHF 69.–	€ 20.– / CHF 23.–	€ 8.– / CHF 9.50
inkl. 2.5% MWSt und Versandkosten	inkl. 2.5% MWSt und Versandkosten	inkl. 2.5% MWSt und Versandkosten

Foto: NuclearVacuum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Far_Eastern_Republic_(orthographic_projection).png) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en



Schon unter Lenin kam es zur Gründung von nur zum Schein unabhängigen Marionettenstaaten der Sowjetunion, wie der Demokratischen Fernöstlichen Republik in Süd- und Ostsibirien. Diese Methode wurde allerdings später mit dem inszenierten Untergang der UdSSR und der Gründung neuer «demokratischer» Parteien unter der Kontrolle Moskaus weiter verfeinert und perfektioniert.

*Was war Lenins «Neue Ökonomische Politik» (NEP)?

Der Plan einer Weltregierung wurde von der Sowjetunion nie aus den Augen verloren. Die Errichtung des Weltkommunismus wurde sogar in Artikel 28 der sowjetischen Verfassung festgeschrieben, wobei alle Mittel erlaubt waren, die diesem Ziel Vorschub leisteten. (1) Das wichtigste Mittel, um langfristigen politischen Erfolg zu haben, war für die Kommunisten schon immer die Täuschung ihrer Gegner. Lenin befürwortete die Lüge stets als probates Mittel, um die kommunistischen Zwecke zu erfüllen: «Die Kommunisten müssen darauf vorbereitet sein, jedes Opfer zu bringen und, wenn nötig, sogar zu jeder Art von Verschlagenheit, Intrige und Kriegslust ihre Zuflucht zu nehmen, um ungesetzliche Methoden anzuwenden, um sich der Wahrheit zu entziehen und sie zu verheimlichen.» (2) Die Taktik der Sowjets zeichnete sich stets durch eine propagandistische Vorspiegelung falscher Tatsachen aus, da man die westliche Welt über die eigene politische Zielsetzung stets im Dunkeln halten wollte. So glaubte der Westen 1921, der Kommunismus habe sein Ende gefunden, als Lenin nach vier Jahren Bürgerkrieg und ca. zehn Millionen Toten, notgedrungen wieder marktwirtschaftliche Elemente in der Sowjetunion einführte, um den endgültigen Niedergang des Landes aufgrund der fatalen Armut und der fehlenden Schwerindustrie zu verhindern. Diese Massnahme taufte er «Neue Ökonomische Politik» (NEP).

Lenin öffnete das Land nur kurzzeitig für Investitionen der Banken, die die Oktoberrevolution finanziert hatten (siehe u.a. ExpressZeitung Nr.06,20,22,23) und einiger mit ihnen verbandelter Grossunternehmen. Sie sollten die am Boden liegende Industrie wiederbeleben und damit gleichzeitig hohe Profite erzielen, da sie ohne Konkurrenz arbeiten konnten. Die sowjetischen Märkte wurden bei dieser Massnahme aber nicht geöffnet. Die Geheimpolizei GPU überwachte die Investitionen aus dem Westen und kümmerte sich weiterhin um die Unterdrückung einer echten freiheitlichen Opposition. Nachdem westliche Technologie und Investitionen der Sowjetregierung wieder auf die Beine geholfen hatten, kehrte man 1929 unter Stalin mit Kollektivierung der Landwirtschaft und der Verstaatlichung der Industrie - unter der Devise einer sozialistischen Offensive an allen Fronten - zurück zur knallharten Planwirtschaft. (3) Immer wieder wurde der westlichen Bevölkerung ein - je nach Situation - friedliches, schwaches, einsichtiges oder vernünftiges Bild der sozialistischen Anführer verkauft. Die Hilfestellung, die die Sowjets vor allem von den amerikanischen Präsidenten Wilson, Roosevelt und Nixon bekamen, sicherte ihnen die Erhaltung ihres Grossreichs.

Da der Zusammenbruch des Kommunismus schon 1921 erfolgreich von den sowjetischen Führern vorgespielt worden war, stellten die Parteistrategen im Jahr 1956 die Weichen für ein grösseres Schauspiel: Die Vollendung der kommunistischen Weltregierung sollte mit einem täuschend echten Zusammenbruch der gesamten Sowjetunion realisiert werden. Teil dieses Schauspiels waren die Perestroika, der Fall der Mauer und die angebliche Liberalisierung der Ostblockstaaten – wie zu Zeiten von Lenins NEP einhergehend mit einer Vertiefung der Beziehungen zu den Staaten Westeuropas, u.a. durch die EU-Ostererweiterung. So wird der Osten heute wieder für westliche Technologie- und Kapitaltransfers geöffnet, die zwar sicherlich auch das Leben der Normalbürger verbessern, doch gleichzeitig eben auch den russischen Militär-, Geheimdienst- und Polizeiapparat stärken, der sich jederzeit gegen den Westen oder die eigene Bevölkerung richten könnte. ***(tk)***

Quellen:
1. Torsten Mann: Weltoktober - Wer plant die sozialistische Weltregierung, Rottenburg, Jochen Kopp Verlag, 2007, S.34
2. Ebenda, S.207
3. Ebenda, S.47

➔ «mehr Licht», das heisst, mehr Öffentlichkeit – bzw. mehr **«GLASNOST»***, wie Gorbatschow es Jahrzehnte später bezeichnete – um «die Massen» zu beeinflussen und ihren «guten Willen» für die kommunistische Sache zu gewinnen. (4) Lenin schrieb: «Wir brauchen ein grosses Orchester; wir müssen Erfahrung sammeln, um die Rollen richtig zu verteilen, um zu wissen, wem wir die sentimentale Violine zuweisen, wem den grimmigen Kontrabass, wem den Dirigentenstab. Mögen die Spalten des Parteiorgans und aller Parteiveröffentlichungen tatsächlich für alle Meinungen offen stehen [...]. Mögen alle und jeder Einzelne urteilen über unsere ‚Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten' [...]. Erst nach einer Reihe solcher öffentlicher Diskussionen werden wir ein wirklich gut aufeinander abgestimmtes Führerkollegium bekommen, nur unter dieser Bedingung werden die Arbeiter uns weiterhin verstehen, nur dann wird unser Generalstab sich wirklich auf den guten und bewussten Willen einer Armee stützen, die dem Generalstab folgt und gleichzeitig diesen Generalstab lenkt!» (5) Doch trotz dieser öffentlich geführten pluralistisch wirkenden Diskussion würde die Richtung, in die der Generalstab der Partei die Massen führen sollte, natürlich stets dieselbe bleiben, nämlich auf das Endziel der von Karl Marx postulierten zivilisatorischen Entwicklung hin, zur klassenlosen Gesellschaft im globalen Rahmen, zum Weltkommunismus.

Nach dem Vorbild von Lenins «grossem Orchester» wurde die KPdSU zu Beginn der 1990er Jahre in eine Anzahl kleinerer Fraktionen und Gruppen aufgespalten, die ganz im Sinne von «Glasnost» seither das politische Spektrum der russischen Partei-

> **«Die Perestroika hat die Entwicklung zu einem neuen vereinten Europa massgeblich bestimmt.»**
> *Eduard Schewardnadse, ehemaliger sowjetischer Aussenminister, 1992*
>
> Quelle: John Laughland, The tainted source, S.266ff.

Foto: kremlin.ru

Ein S-300-Flugabwehrraketensystem bei einer russischen Militärparade. Wieviel westliche Technologie steckt in Putins Militär-, Geheimdienst- und Überwachungsapparat? Wird mit dem Transfer von westlicher Wissenschaft und Technologie nach dem Ende der Sowjetunion die militärische Überlegenheit Moskaus herbeigeführt?

enlandschaft inszenieren und eine pluralistische Demokratie vortäuschen, ohne dass dies irgendetwas an der grundsätzlichen Richtung der Moskauer Politik ändern würde, die auch in einer Zeit, in der die KPdSU aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden ist, nach wie vor vom «Schild und Schwert der Partei», das heisst vom russischen Geheimdienst gelenkt wird. Es ist keineswegs eine zufällige Entwicklung, sondern vielmehr die Umsetzung von Lenins Vorgaben, dass in Wladimir Putins «gelenkter Demokratie» die «Silowiki» (Vertreter der Geheimdienste und des Militärs) nicht nur den Präsidenten und die wichtigsten Regierungsbeamten stellen, sondern auch zahlreiche Sitze des Parlaments besetzen.

Ähnliches gilt für jene besondere Art von «Marktwirtschaft», die zu Beginn der 1990er Jahre in Russland eingeführt wurde, und deren wichtigstes Kriterium darin besteht, dass die Schlüsselindustrien vorübergehend in die Hände einiger weniger, vom KGB aufgebauter Oligarchen übertragen wurden, um sie anschliessend öffentlichkeitswirksam wieder zu verstaatlichen, während die kleineren Unternehmen direkt unter der Kontrolle der alten kommunistischen Nomenklatura verblieben, so dass sich in Russland auch nach dem vermeintlichen «Untergang des Kommunismus» keine echte Privatwirtschaft auf der Basis eines unternehmerischen Mittelstands entwickeln konnte. «Wir sollten nicht vergessen», sagte der russische Fernsehchef Oleg Poptsov im Juni 1995, «dass sich die Vertreter des früheren politischen Systems alle hervorragend an die neue wirtschaftliche Situation angepasst haben. Sie waren die ersten, die all die positiven Seiten eines Systems des staatlich kontrollierten Kapitalismus verstanden haben. Sie waren sehr gute Organisatoren und waren Pioniere bei der Kommerzialisierung des Landes.» [6] Das heisst, genau wie Lenin es vorgegeben hatte, verblieb nicht nur die Politik, sondern auch die Wirtschaft bis heute im Wesentlichen «unter der Kontrolle des Staates».

Leninistische Umgestaltung Osteuropas

Die Perestroika der 1990er Jahre sollte nicht auf die Sowjetunion beschränkt bleiben, sondern sich auch auf die Staaten Osteuropas ausweiten, wofür das KGB bereits seit Jahrzehnten die nötigen Vorbereitungen getroffen hatte, indem es frühzeitig damit begann, Perspektivagenten aufzubauen, um sie später unter dem Deckmantel reformierter bzw. neu gegründeter «demokratischer» Parteien an die Macht zu bringen. Die französische Sowjetologin Francoise Thom erklärte hierzu: «In Osteuropa war es der Plan Gorbatschows, die korrupten, auf Breschnew eingeschworenen Bürokraten durch Männer mit ‚perestroikistischem' Profil zu ersetzen, die in Ergebenheit gegenüber Moskau eine Reform nach sowjetischem Modell auf den Weg bringen und ihre kommunistische Partei als sozialdemokratisch tarnen sollten, um die Integration eines sozialistischen Europas zu beschleunigen.» [7]

Ganz ähnlich bewertete auch der KGB-Überläufer Anatoliy Golitsyn die Ereignisse in Osteuropa, er schrieb: «Den Kommunisten ist es gelungen, vor dem Westen zu verbergen, dass die ‚nichtkommunistischen' Parteien insgeheim Partner der Kommunisten sind, keine Alternativen oder Rivalen, und dass die neuen Machtstrukturen, obwohl sie demokratisch erscheinen, in Wirklichkeit tragfähigere und effektivere Strukturen darstellen, die von den kommunistischen Parteien auf einer breiteren [politischen] Basis errichtet wurden und von ihnen gelenkt werden. Aufgrund dieser kommunistischen Steuerung sind die Ostblockstaaten keine echten Demokratien und können dies auch in Zukunft nicht werden.» [8] In anderen Worten, der starre Stalinismus, der den Eisernen Vorhang verursacht und damit die Ausbreitung des Moskauer Herrschaftsbereichs nach Westen verhindert hatte, wurde in ganz Osteuropa planmässig beseitigt und durch ideologisch flexible Regime nach dem Vorbild von

➔

*Was war Glasnost?

«Glasnost» bezeichnet als Schlagwort die nach seinem Amtsantritt im März 1985 von Generalsekretär Michail Gorbatschow in der Sowjetunion eingeleitete Politik einer grösseren Transparenz und Offenheit der UdSSR-Staatsführung gegenüber der Bevölkerung. So wurde im Rahmen der Perestroika, die dem Westen eine Schein-Auflösung des Kommunismus vorspielte, auch die Einheitspartei KPDSU abgeschafft und in mehrere vermeintlich unterschiedliche Parteien aufgespaltet, um in den UdSSR-Nachfolgestaaten den Eindruck zu erzeugen, es gebe dort einen regen demokratischen Austausch und eine Vielzahl politischer Strömungen und Meinungen. In Wahrheit werden die Nachfolgeparteien der KPDSU in Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken weiterhin durch russische Geheimdienste kontrolliert und gesteuert, die das Aufkommen wirklich freiheitlicher Parteien oder Bewegungen zu unterdrücken wissen. Schon Lenin hatte in seinen Schriften die Notwendigkeit beschrieben, dem Westen Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten in einem kommunistischen Staat vorzuspielen, um den Kommunismus für das Ausland freiheitlicher und damit harmloser erscheinen zu lassen. ***(tk)***

Oleg Deripaska

Roman Abramowitsch

Foto: Mark Freeman from Hornchurch, UK (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman_Abramovich_2.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

Boris Beresowski

Wladimir Potanin

Die später zu «Oligarchen» getauften Insider bekamen die Filetstücke der sowjetischen Industrie quasi geschenkt, während die russische Normalbevölkerung für über 70 Jahre kommunistische Terrorherrschaft so gut wie gar nicht entschädigt wurde.

Privatisierung unter der Kontrolle der Geheimdienste

Die auf den Untergang des Sowjetimperiums folgende Pseudoprivatisierung, die sich bei genauerer Betrachtung als Re-Sowjetisierung unter dem Deckmantel der Marktwirtschaft entpuppte, war von der Kommunistischen Partei bereits Ende der 70er-Jahre in die Wege geleitet worden. Den Eindruck, den der russische Normalbürger von der freien Marktwirtschaft bekommen sollte, war, dass es unter dem kommunistischen System trotz aller Entbehrungen leichter gewesen war, seinen Alltag zu bewältigen, da der Staat ihn mit den nötigsten Gütern versorgt hatte und so wieder mit dem alten System zu sympathisieren. Zu seiner Verwunderung nahm seine wirtschaftliche Not nach den vermeintlichen wirtschaftlichen Liberalisierungen in vielen Fällen sogar weiter zu, da sich wieder nur eine kleine Gruppe von Partei- und Geheimdienstinsidern das Volksvermögen unter den Nagel riss. Die sogenannten «Oligarchen», die die Filetstücke (Gas, Öl, Mineralien und Teile der industriellen Infrastruktur) bekamen, entstammten entweder der KPDSU, der Mafia oder den Geheimdiensten KGB/GRU, wobei die Trennung zwischen Mafia und Geheimdiensten sowieso nicht eindeutig zu ziehen ist. Wie der Soviet Analyst berichtete, wurden neben der Rekrutierung von Kriminellen junge KGB- und GRU-Agenten speziell für die Konservierung der sowjetischen Wirtschaft unter der Kontrolle der Geheimdienste vorbereitet. Angehende Agenten seien damals buchstäblich von ihren Vorgesetzten gefragt worden, ob sie nicht Lust hätten, Milliardär zu werden. Und nicht wenige von ihnen sollten später zu den Oligarchen werden, die Boris Jelzins Russland prägten. (1) Anstatt Russland zu entsowjetisieren und die alte Elite zu bestrafen, sollten sie die Liberalisierung des neuen Russlands übernehmen. Kein Wunder, dass die Osteuropäer bald die Hoffnung auf die Marktwirtschaft wieder verloren hatten. ***(tk)***

Quelle: 1. Torsten Mann: Weltoktober - Wer plant die sozialistische Weltregierung, Rottenburg, Jochen Kopp Verlag, 2007, S.120

Lenins «grossem Orchester» ersetzt, das im Verborgenen nach wie vor von Moskau aus dirigiert wurde.

Der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn fasste zusammen, welche Beobachtungen die polnische Soziologin Jadwiga Staniszkis im Herbst 1989 machte: «Die jetzt in sämtlichen Staaten Osteuropas [...] ziemlich übereinstimmend in Gang gekommene Welle der radikalen Veränderungen werde in Moskau von einer zentralen Operationsgruppe, einem ‚Stab', gesteuert, der seinen Sitz beim sowjetischen Geheimdienst KGB und damit bei der Gruppe der ‚Globalisten' innerhalb der sowjetischen Führungsspitze habe.» [9] Dieser zentrale Führungsstab arbeitete laut Staniszkis schon seit dem Ende der 1960er Jahre an der Steuerung der Veränderungsprozesse im sowjetischen Lager: «Vordringlichstes Ziel dieser Prozesse sei es, die staatlichen Strukturen der östlichen Wirtschaft durch weitgehend private Besitzverhältnisse zu lösen. Denn nur so könne das entscheidende Hindernis für das Einströmen von westlichem Kapital und westlicher Technologie beiseite geräumt werden.» [10] Ähnlich sah dies auch der polnische Historiker Josef Darski, der die Perestroika als «neue Offensivwaffe des Kommunismus» bezeichnete und vor einer wirtschaftlichen Verbindung Osteuropas mit dem bisher freien Europa warnte, denn dies würde den «ungehinderten Fluss von Technologie in die UdSSR» ermöglichen und zwar ausdrücklich «durch Vermittlung jener mitteleuropäischen kommunistischen Länder, die sich dem Vereinigten Europa anschliessen.» [11]

Osterweiterung der EU oder Westerweiterung Russlands?

Es ist offensichtlich, dass die Osterweiterung der Europäischen Union vor diesem Hintergrund völlig anders bewertet werden muss als es die offizielle Darstellung nahelegt, die suggeriert, dass der sowjetische Machtbereich zu Beginn der 1990er Jahre tatsächlich zusammengebrochen sei. Denn wenn scheinbar demokratische, aber in Wirklichkeit noch immer von Moskau gesteuerte Regierungen in Osteuropa darauf drängen, mit ihren Staaten der Europäischen Union und sogar der NATO beizutreten, dann bedeutet dies, dass die osteuropäischen Staaten eine Art Brückenfunktion erfüllen, mit der in Wirklichkeit nicht die Absicht verfolgt wird, den Westen nach Osten auszuweiten, sondern den östlichen Einfluss nach Westen zu erweitern. Die osteuropäischen Regierungen würden demnach die Funktion eines trojanischen Pferdes übernehmen, um Russland das Tor nach Westeuropa zu öffnen. Tatsächlich lässt sich eine Äusserung des Direktors des Europainstituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften Vitaly Shurkin so deuten, dass den osteuropäischen Staaten im Hinblick auf das sowjetische Projekt des «gemeinsamen europäischen Hauses» genau eine solche Funktion zukommen sollte. Shurkin schrieb im Jahr 1990, dass es besser sei, «an seinen Staatsgrenzen nicht einen vermeintlichen Monolith aus immer weniger verlässlichen Bundesgenossen, sondern

Ab Mai 2004 traten mehrere ehemalige UdSSR-Satellitenstaaten der EU bei. Führt man sich vor Augen, dass es sich bei den neu entstandenen Parteien in diesen Ländern höchstwahrscheinlich um weiterhin aus Moskau gesteuerte Organisationen handelt, erscheint die EU-Osterweiterung in einem völlig anderen Licht. Denn wenn diese Regierungen darauf drängen, der Europäischen Union und sogar der NATO beizutreten, dann bedeutet dies, dass die osteuropäischen Staaten eine Art Brückenfunktion erfüllen könnten, mit der in Wirklichkeit die Absicht verfolgt wird, Technologie- und Wissenschaftstransfers nach Russland zu ermöglichen sowie den östlichen Einfluss nach Westen zu erweitern.

Foto: Maximilian Dörrbecker (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Karte_EU-Erweiterungen.png) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

verschiedene, aber freie und in Zukunft prosperierende Staaten zu haben, die zu immer besseren Partnern bei der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses werden.» [12]

Zwar kann drei Jahrzehnte später kein Zweifel daran bestehen, dass die Staaten Osteuropas durch die Liberalisierung ihrer Wirtschaft und durch den Zustrom westlichen Kapitals und westlicher Technologie im Vergleich zur früheren Stagnation ganz erheblich prosperierten. Aber die Frage bleibt offen, ob ihre Völker auch in politischer Hinsicht wirklich frei geworden sind, oder ob es sich bei ihrer neugewonnenen Freiheit nicht lediglich um eine Täuschung handelt. Denn wenn die Völker Osteuropas wirklich frei wären, dann müssten sie auch die Freiheit besitzen, sich von Moskau oder der EU abzuwenden und ihren eigenen Weg zu gehen und eben keine «Partner bei der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses» zu werden, ohne befürchten zu müssen, im Winter zu frieren, weil Russland zur politischen Erpressung die Energieversorgung unterbunden hat – was die baltischen Völker in den 1990er-Jahren erdulden mussten –, einen Grossteil ihrer gewählten Regierung durch einen Flugzeugabsturz zu verlieren – was die Polen im April 2010 erfahren mussten – oder durch «grüne Männchen» in einen Bürgerkrieg geführt zu werden – was die Ukrainer im Frühjahr 2014 erlitten haben.

Der Kampf um die politische Herrschaft über Europa

Jedoch gab es bis zum Beginn der 1990er Jahre in den Reihen der CDU noch Stimmen, wie zum Beispiel den Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn, welche die sowjetische Strategie durchschauten und ausdrücklich davor warnten, «dass das eigentliche Ergebnis der von den Sowjets verfolgten Politik darin bestehen soll, erst das ganze Deutschland

➔

US-Präsident Reagan (rechts) und der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow (links) unterzeichnen die INF-Verträge im Weissen Haus, 8. Dezember 1987. Als INF-Vertrag (INF: Intermediate Range Nuclear Forces, zu Deutsch: nukleare Mittelstreckensysteme) oder als «Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme» bezeichnet man die bilateralen Verträge zwischen der Sowjetunion/Russland und den USA über die Vernichtung aller landgestützten Flugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer). Der Besitz, die Produktion und Flugtests mit ihnen sind eigentlich verboten. Die Verträge wurden jedoch am 1. Februar 2019 durch die USA mit der vorgesehenen 6-monatigen Frist aufgekündigt. Zuvor hatten sie Russland, dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion, eine Verletzung des Abkommens durch neue landgestützte Marschflugkörper vorgeworfen, die diese Reichweite überschreiten. Russland warf hingegen den USA vor, bereits seit 1999 gegen die Verträge zu verstossen und darüber hinaus in Osteuropa Mittelstreckenraketen zu stationieren.

«Die russische Mitgliedschaft im Europarat wird eine intensivere neue Zusammenarbeit zwischen Russland und Europa eröffnen und uns dabei helfen, unser Ziel zu erreichen, Mitglied in der Europäischen Union und der NATO zu werden.»

Andrei Kosyrew, russischer Aussenminister, 1996

Quelle: Christopher Story, European Union Collective, S.98

und vielleicht, so die vermutliche Planung, mit Hilfe von Deutschland ganz Europa gefügig zu machen». [13] Leo Trotzki hatte schon im Jahr 1923 auf die besondere Bedeutung Deutschlands und Frankreichs als «Grundkern Westeuropas» zur «Lösung des europäischen Problems» hingewiesen und eine Partnerschaft mit der Sowjetunion angeboten, womit er gewissermassen die Bildung der «Achse Paris-Berlin-Moskau» vorwegnahm, die zu der Amtszeit Gerhard Schröders in Deutschland und Jacques Chiracs in Frankreich entstand. In dieser Zeit intensivierten sich die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Russlands zu den zwei europäischen Kernstaaten. [14]

Tatsächlich wurden die Regierungen Frankreichs und Deutschlands in den 1990er Jahren zu eifrigen Befürwortern eines «gesamteuropäischen Sicherheitssystems» und Bundeskanzler Kohl setzte sich nach anfänglicher Skepsis nicht nur für «eine politische und wirtschaftliche Partnerschaft» zwischen Moskau und der Europäischen Union, sondern auch für eine Osterweiterung der NATO ein, um «eine ganz tragfähige, eindeutige und für alle Beteiligten akzeptable Sicherheitspartnerschaft [...] mit Russland und der Ukraine» zu erarbeiten. [15] Dies wurde auch in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 so festgeschrieben, in der die NATO und Russland gemeinsam vereinbarten, eine dauerhafte und gleichberechtigte Partnerschaft aufzubauen. Damals zielte die sowjetische Strategie in Anlehnung an Trotzkis Konzept des Entrismus (Unterwanderung und Infiltration) noch immer darauf ab, den europäischen Institutionen beizutreten, um sie zu übernehmen. So wurde Russland im Jahr 1995 durch die Unterstützung der deutschen Bundesregierung der Beitritt in den Europarat ermöglicht, woraufhin Wladimir Lukin, der Vorsitzende des Dumaausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, sagte, dass Russland nun «hart daran arbeiten» müsse, «Mitglied in allen europäischen Institutionen» zu werden. [16] Doch damit wiederholte Lukin lediglich die Worte des russischen Präsidenten Boris Jelzin, der – ähnlich wie Gorbatschow – bereits im Mai 1994 während eines Staatsbesuchs in Bonn die Mitgliedschaft Russlands «in allen europäischen Organisationen» gefordert hatte, und zwar ausdrücklich auch in der Europäischen Union.[17]

«Russlands Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO würde Russlands Erfolg besiegeln, Sun-Tsus Hauptziel erreicht zu haben: Den Eintritt ins feindliche Lager.»

Christopher Story, ehemaliger Wirtschaftsberater von Margaret Thatcher, 2002

Quelle: Christopher Story, European Union Collective, S.100

Währenddessen häuften sich Berichte, die darauf hindeuteten, dass Russland offenbar systematisch versuchte, nahezu alle Abrüstungsverträge zu brechen oder zu umgehen, die in der damaligen Zeit «Vertrauen» zwischen Ost und West schaffen sollten, von der Chemiewaffenkonvention über den KSE-Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa und den INF-Vertrag über Nukleare Mittelstreckensysteme bis hin zum ABM-Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen. Trotzdem verschob sich der Schwerpunkt der NATO-Doktrin seit den 1990er Jahren unter dem Einfluss der europäischen Sozialisten immer stärker weg von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Bündnisverteidigung, auf die

«Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer hat bei den Umwälzungen des Jahres 1989 [...] der KGB seine Hand im Spiel gehabt, ja, er war vielfach sogar das auslösende Moment. Auch in Ostberlin hätte es Änderungen ohne eine gezielte sowjetische Politik nicht gegeben. Die Umwälzungen in der DDR und der Fall der Berliner Mauer sind im Gegenteil eine zentrale Vorbedingung für die erfolgreiche Durchführung der sowjetischen Operation ‚Gemeinsames Europäisches Haus'.»

Hans Graf Huyn, deutscher Diplomat, Politiker und Publizist, 1991

Quelle: Hans Graf Huyn, Die Deutsche Karte, S.165

Die Nord-Stream-Pipeline, auch Ostseepipeline genannt, ist eine Unterwasser-Gasleitung, die am 8. November 2011 eingeweiht wurde. Sie transportiert russisches Erdgas unter anderem vom Erdgasfeld Juschno-Russkoje durch die Ostsee nach Deutschland. Eigentümer und Betreiber dieser Gasleitung ist die Nord Stream AG. Deren Anteile werden von Gazprom (51 %), Wintershall, E.ON, Gasunie und Engie gehalten. (E.ON und Engie sind auch Teil der EU-Lobbyorganisation ERT, siehe S.30) Über die abzweigende Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung (OPAL) wird Tschechien angebunden, über die Nordeuropäische Erdgasleitung (NEL) Deutschland.

Foto: Samuel Bailey (sam.bailus@gmail.com) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Nordstream.png) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Durchführung zweckfremder humanitärer Einsätze und die Erfüllung äusserst fragwürdiger internationaler Polizeiaufgaben.

Die Eurasische Union «von Lissabon bis Wladiwostok»

Leo Trotzki sagte im Jahr 1923, «das einzige Mittel, unseren Kontinent vor der wirtschaftlichen Zersetzung und Unterjochung durch das überstarke amerikanische Kapital zu retten», sei eine «enge wirtschaftliche Kooperation der europäischen Völker».[18] Ein sozialistisches vereintes Europa würde sich, wie Trotzki ausführte, selbst wenn es von den USA isoliert wäre, «nicht nur halten, sondern auch steigern können, nachdem es die inneren Zollschranken vernichtet und seine Wirtschaft mit den unermesslichen natürlichen Reichtümern Russlands vereinigt hat», denn «unsere Sowjetunion wird [dem sozialistischen Europa], den Zugang nach Asien eröffnen und damit Asien den Weg nach Europa bahnen.» [19] Am 25.11.2010 veröffentlichte der russische Präsident Wladimir Putin in der Süddeutschen Zeitung ein Plädoyer für eine eurasische Wirtschaftsgemeinschaft, in dem er unter dem Titel «Von Lissabon bis Wladiwostok» die Absicht formulierte, ausdrücklich «als Lehre aus der grössten Krise der Weltwirtschaft seit acht Jahrzehnten wesentlich enger mit der Europäischen Union» zusammenzuarbeiten. [20] Da Europa eine eigene Zukunftsvision brauche, schlug Putin vor, «diese Zukunft durch die Partnerschaft zwischen Russland und der EU gemeinsam zu gestalten» und zwar durch die Schaffung einer «harmonischen Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok», in Zukunft käme «eventuell auch eine Freihandelszone» oder sogar «noch fortgeschrittenere wirtschaftliche Integrationsformen» in Frage. Dazu gehöre auch «eine gemeinsame Industriepolitik, welche sich auf die Zusammenballung der Technologie- und Ressourcenpotentiale Russlands und der EU stützen soll». Russland wolle, wie der frühere KGB/FSB-Chef ankündigte, «konsequent seine Betriebe modernisieren» und dabei «europäische Technologien zum breiten Einsatz bringen». Nicht weniger als «eine neue Industrialisierungswelle» solle «über den europäischen Kontinent rollen» und zwar insbesondere dadurch, «dass strategische Allianzen etwa in Bereichen des Schiff- und Flugzeugbaus, der Automobilproduktion, der Weltraumtechnologien, der Medizin- und Pharmaindustrie, der Kernenergie und Logistik geschmiedet werden».

Zudem sei laut Putin ein «gemeinsamer Energiekomplex» zu errichten, was zweifellos so zu verstehen ist, dass Russland eine Monopolstellung über die europäische Energieversorgung anstrebt, nachdem insbesondere die deutsche Politik mit ihrer an Sabotage erinnernden «Energiewende» wirklich alles dafür getan hat, um die Energieversorgung Deutschland zu untergraben und ein entsprechendes Abhängigkeitspotential zu schaffen. Darüber hinaus schlug Putin eine enge Partnerschaft auf den Gebieten Wissenschaft und Bildung sowie die Aufhebung des Visumszwangs vor, der nicht das Ende, sondern sogar erst «den Anfang einer echten Integration von Russland und der EU manifestieren» würde. Wer die Rhetorik ähnlich lautender Vorstösse anderer russischer Politiker während der letzten zwei Jahrzehnte

Foto: RIA Novosti archive, image #89501/ Prihodko / CC-BY-SA 3.0

«Wir betrachten das vereinte Deutschland als sehr vielversprechenden potentiellen Partner beim Aufbau des gesamteuropäischen Hauses.»

Gennadi Gerrassimow, Leiter der Informationsabteilung des sowjetischen Aussenministeriums, am 26. September 1990

Quelle: Hans Graf Huyn, Die Deutsche Karte, S.183

➔

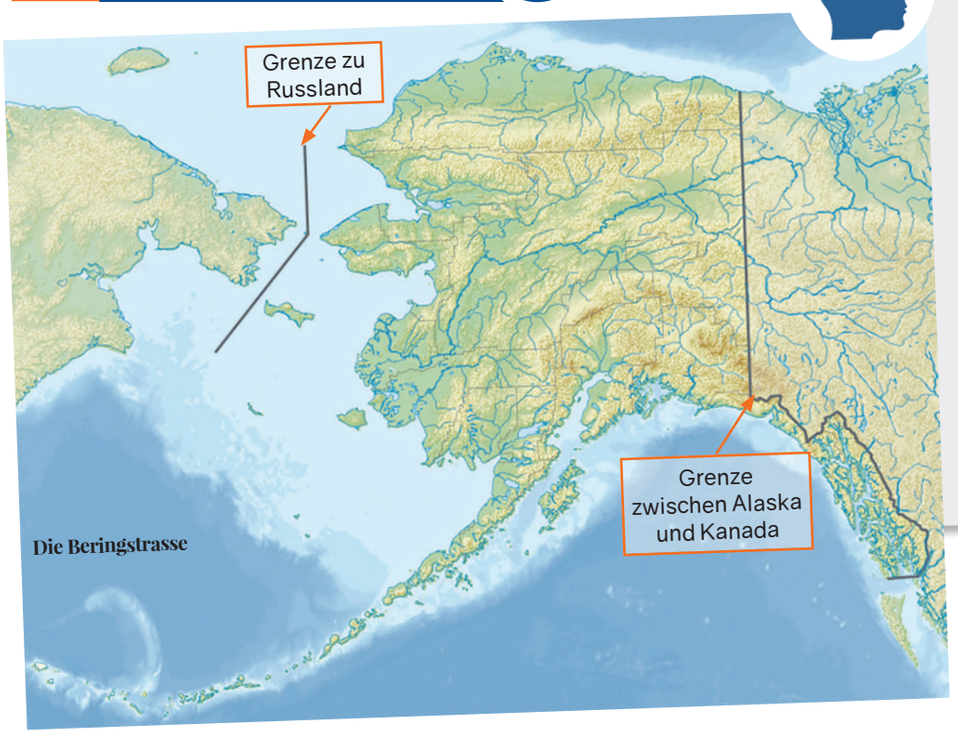


Foto: Nzeemin (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Relief_map_of_USA_Alaska.png) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Wussten Sie.....

.... dass Nordamerika und Russland eigentlich direkt nebeneinanderliegen? Alaska und die Tschuktschen-Halbinsel sind nur durch die schmale Beringstrasse voneinander getrennt. Hierüber würde wohl auch ein militärischer Angriff erfolgen. Ob es dazu kommen und von welcher Seite dieser ausgehen wird, steht in den Sternen.

kennt, der mag sich darüber wundern, dass Putin bei dieser Gelegenheit nicht – wie sonst üblich – mit einem Atomkrieg gedroht hat, für den Fall, dass seine Vorschläge nicht zügig umgesetzt werden. Es ist davon auszugehen, dass eine «echte Integration von Russland und der EU» die Ausweitung des Schengen-Abkommens auf den gesamten eurasischen Kontinent «von Lissabon bis Wladiwostok» bedeuten würde, was mit der Endphase der sowjetischen Langzeitstrategie übereinstimmt, über die KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew sagte, dass dann zwar «nationale Grenzen nicht mehr benötigt» würden, aber die Rote Armee weiterhin sicherstellen müsse, dass die «sozialistische Staatenfamilie» nicht durch fortgesetzte «bürgerliche Tendenzen» in den «ehemals kapitalistischen Staaten» bedroht würde. [21]

Vor dem, was dann anschliessend folgen würde, hat der brillante sowjetrussische Regimegegner Andrei Navrozov schon 1991 in aller Deutlichkeit gewarnt, denn der mit der Perestroika begonnene Transfer von Wissenschaft und Technologie würde die militärische Überlegenheit Moskaus irreversibel machen, «besonders in seiner zukünftigen Dimension in den kommenden Tagen der pan-eurasischen NEP, während der Totalitarismus eine kapitalistische Maske aufsetzt, und die Grenzen, die Ost- und Westeuropa voneinander trennen» würden dann «ebenso bedeutungslos werden, wie grundgesetzliche Rechte oder parlamentarische Verfahren in einer Welt der nackten und unüberwindbaren Gewalt.» [22] Denn sobald die Zeit anbricht, an dem «das industrielle Potential des neuen Eurasiens weit genug mobilisiert ist für seine weitere Expansion auf den amerikanischen Kontinent [...] und in die islamische Welt» wäre selbst «ein Augenzeuge der Verbrechen Pol Pots nicht in der Lage, sich die Hölle auf Erden vorzustellen, die ein entfesselter Totalitarismus, der von aussen nicht eingedämmt wird, auf dem Territorium zwischen Island und Japan errichten wird». [23] ***(tm)***

Weltoktober – Wer plant die sozialistische Weltregierung

304 Seiten
ISBN 978-3-946168-027

Rote Lügen in grünem Gewand – Der kommunistische Hintergrund der Öko-Bewegung

224 Seiten
ISBN 978-3-946168-058

TORSTEN MANN,
Jahrgang 1976, ist politischer Publizist (Weltoktober, Rote Lügen in grünem Gewand, Am Vorabend der Weltrevolution). Er vertritt die These, dass der Kommunismus zu Beginn der 1990er Jahre nicht untergegangen ist, sondern unter Beibehaltung seiner Ziele lediglich eine planmässige Umgestaltung seiner Methoden vorgenommen hat. Er betreibt die Webseite www.weltoktober.de.

Quellen:

1. EU Collective S.62 / S.138; Bloice zitiert hier Lenin «Draft Thesis on the role and Functions of Trade Unions under the New Economic Policy» vom 28. Dezember 1921
2. Christopher Story, EU Collective S.62
3. Wikipedia.com – Far Eastern Republic
4. Lenin Collected Works, Volume 7, S.115-118
5. Lenin Collected Works, Volume 7, S.115-118
6. EU Collective S.63
7. Huyn, Die Deutsche Karte S.134
8. The Perestroika Deception S.87
9. Die Deutsche Karte S.118
10. Die Deutsche Karte S.118
11. Die Deutsche Karte S.112
12. Grossbaustelle Europa S.27f
13. Die Deutsche Karte S.167
14. Leo Trotzki »Über die Aktualität der Parole «Vereinigte Staaten von Europa», 1923
15. The tained source S.278 / Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung Nr. 76 (4. Oktober 1995) Helmut Kohl – Rede vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Strassburg am 28. September 1995
16. The tainted source S.280f
17. FAZ 13.05.1994 - Kohl stellt Jelzin Vollmitgliedschaft in der Gruppe der Sieben in Aussicht
18. Leo Trotzki »Über die Aktualität der Parole «Vereinigte Staaten von Europa», 1923
19. Ebenda
20. Sueddeutsche.de 25.11.2010 - Putin: «Von Lissabon bis Wladiwostok»
21. We Will Bury You S.100ff
22. The Coming Order S.54
23. Ebenda, S.47

Europa am russischen Gastropf

Foto: Evlakhov Valeriy/shutterstock

Dass der CO_2-Ausstoss des Menschen definitiv nicht zu einer Erwärmung des Klimas führt und zweitens «alternative»/erneuerbare Energien wie Windräder, Biokraftwerke, Solarenergie, E10-Benzin oder Elektroautos rein technisch nicht effizient funktionieren, darauf wurde bereits in der ExpressZeitung Nr.09/Thema: Klimaschwindel aufmerksam gemacht. Ein weiterer entscheidender Aspekt des Energiewende-Debakels in Europa wurde dabei allerdings noch nicht behandelt: Durch die Ineffizienz und Anfälligkeit eines Stromnetzes mit erneuerbaren Energien, wächst die Abhängigkeit Europas von russischer Öl-, Gas- und Atomenergie.

«Solange die Energiekonzerne vom Staat kontrolliert werden, werden Gas und Strom als politische Waffe benutzt», warnte der frühere Präsidentenberater Putins Andrej Illarionow. (1) Die Energievorkommen Russlands werden von Putin in der Tat als Waffe im Kampf um imperiale Stärke verstanden, mit der man andere Staaten unter Druck setzen kann. Überspitzt könnte man die Drohung mit der Zurückhaltung von Öl- und Gaslieferungen als eine neue Form der atomaren Erpressung während des Kalten Krieges verstehen. Im Gegensatz zur Atombombe zögert Putin aber nicht, diese Waffe einzusetzen: Am 01.01.2006 drehte Gazprom der Ukraine den Gashahn zu. Diese Entscheidung traf die Ukrainer hart: Die Behörden konnten nur noch 14 Grad in Wohnungen, Schulen und Kindergärten garantieren. Hätten sich Moskau und Kiew nicht nach 72 frostigen Winterstunden geeinigt, wäre die Situation für viele Ukrainer lebensgefährlich geworden: Russland hob den Gas-Stopp auf, nachdem die Ukraine kapitulierte und die von Putin geforderte Preiserhöhung akzeptierte. Das Verhalten Russlands war allerdings ein Vertragsbruch, wie Putins Ex-Berater Illarionow beteuerte: «Russland nutzt Gas als politische Waffe. In einem Abkommen aus dem Jahr 2004 sicherte Moskau Kiew nicht nur günstige Marktpreise bis 2009 zu, sondern garantierte auch, den Bedarf der Ukraine voll zu decken. Dieser Vertrag lag mir im Kreml vor. Eine einseitige Ausstiegsklausel ist darin nicht enthalten.» (2)

"500.000 Hektar mit Photovoltaikanlagen zugepflastert! Unsere Gemeinde auf 200 Jahre verschuldet! Keine Fläche mehr zum Grasen oder Ernten! Bürgermeister! Warum?" --- "Weil es doch 60.000 Euro aus Brüssel dazu gab!"

Freie Bahn für Putins Machtspiele

Politiker und Ökonomen lassen zwar immer wieder verlautbaren, Europa sei nicht abhängig von russischem Erdgas, doch Energieexperten schätzen die Situation vollkommen anders ein: Manche EU-Länder würden einen Lieferstopp nur wenige Tage überstehen - auch Deutschland wäre hart getroffen. Heute ist Russland mit einem Anteil von knapp 34% der wichtigste Gaslieferant der EU. Auch beim Öl hängt Westeuropa mit 30% an Russlands Tropf. In Deutschland machen die russischen Importe beim Gas 36% der eingeführten Menge aus, beim Öl sind es sogar 39% Prozent. Im Winter 2011 drosselte Gazprom über Nacht seine Gasexporte nach Europa. Für einige Tage floss bis zu 30% weniger Gas nach Europa als üblich. Das führte im Jahr 2013 aufgrund der fehlenden Gasvorräte beinahe zu einem deutschlandweiten Blackout (3), was bedeutet, dass Putin die deutsche Infrastruktur jederzeit mit dem Druck des Abzugs seiner Energiewaffe lahmlegen könnte.

Russland allein die Schuld für seine Machtspiele im Energiesektor zu geben, wäre indes zu einfach gedacht. Die deutsche Politik hat sich selbst darum gekümmert, Putin die Waffen Öl, Gas und Atomkraft in die Hand zu legen. Die heutige Abhängigkeit von russischer Energie ist vor allem auf die Politik von Ex-Kanzler Gerhard Schröder zurückzuführen, der heute in den Diensten russischer Konzerne steht. Rot-Grün forcierte den Ausbau der Ostsee-Pipeline/Nordstream, die 2011 von Angela Merkel eingeweiht wurde. (4)

Da erneuerbare Energien nicht problemlos funktionieren und ineffizient sind, gleicht es einem Todesstoss, wenn vermeintliche Experten empfehlen, sich durch die breitere Nutzung alternativer Energien von Russland unabhängig zu machen. Die heutige deutsche Politik bezeichnet das Gas aus Russland, welches das schwankende Aufkommen von Wind und Sonnenstrom ausgleichen soll, als eine Zwischenlösung, bis Deutschland vollständig auf Öko-Strom umgestellt

➔

Kostenhämmer am Energiewendepunkt

➔ hat. Da die Energiewende aber mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit scheitern wird, wird Deutschland auch in ferner Zukunft noch am russischen Gas-Tropf hängen.

Kaum eine Spur von Ökostrom in Russland

In Deutschland schreitet die destruktive Energiewende in rasendem Tempo voran, was durch autoritäre Gesetze wie das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) dazu führt, dass der Geldbeutel des Durchschnittsdeutschen extrem belastet wird. Wladimir Putin machte hingegen bei der Eröffnung eines Solarkraftwerks am 28. September 2014 deutlich, dass die «fossilen Brennstoffe auch in Zukunft noch die gleiche Bedeutung wie heute» haben würden und dass die Entwicklung der Atomenergiewirtschaft weiter einen hohen Stellenwert in Russland einnehme. «Doch für schwer zugängliche Regionen ist die Nutzung alternativer Energieformen, vor allem der erneuerbaren Energiequellen, eine ausserordentlich wichtige Entwicklungsrichtung der Energiewirtschaft», meinte Putin in Bezug auf das Solarkraftwerk, welches er gerade eröffnete. [5] Das heisst, Putin spielt zwar bei der Klima-Posse rund um Erderwärmung und erneuerbare Energien mit, doch ergreift in Wahrheit kaum Massnahmen, um eine Klimapolitik nach dem Modell der westlichen Staaten umzusetzen. Die Ökobewegung entstand schliesslich aus der 68er-Bewegung, die nachweislich ein Produkt der psychologischen Kriegsführung des kommunistischen Ostblocks zur Schwächung des Westens darstellte. Putin führt diese Strategie anscheinend momentan erfolgreich zu Ende, indem er zusieht, wie Europa sich durch die Energiewende schwächt, während er selbst keine echte Energiewende in Russland durchführt.

Mehr über den Mythos vom menschgemachten Klimawandel und die verheerende Energiewende in der ExpressZeitung Nr.09. Diese ist in unserem Webshop shop.expresszeitung.com erhältlich.

So schrieb der Energie-Anbieter «Next-Kraftwerke» auf seiner Webseite: «Russland ist im Bereich der Erneuerbaren Energien Schlusslicht der G20-Gruppe. Das Ausbauziel bis 2020, das unter dem ehemaligen russischen Präsidenten Medwedew noch 4,5% betrug, wurde mittlerweile auf nunmehr 2% heruntergesetzt. In Deutschland werden im selben Zeitraum 50% angepeilt.» [6] Während die Energiewende in Deutschland zur grössten politischen Aufgabe des 21. Jahrhunderts erklärt wird, ist sie in der russischen Politik nicht mehr als eine unbedeutende Randerscheinung. Das wird dazu führen, dass Russland in den nächsten Jahrzehnten in seiner Energieversorgung autark bleiben wird, während die «Erneuerbaren Energien» Westeuropa in eine tiefe Krise stürzen werden. Die Nachfrage nach russischem Gas wird zu- und nicht abnehmen, je mehr Atomkraft- und Kohlekraftwerke in Deutschland ausgeschaltet werden. Möglicherweise könnte Russland schon heute ganz Europa den Gashahn abdrehen und es in eine tiefe Krise stürzen. Die Klimapolitik der letzten Jahre zerstört den Westen und weitet Russlands geopolitische Macht aus.

«Atomrenaissance im Osten»

Die geplante Ausschaltung aller Atomkraftwerke bis 2022 könnte Deutschland den endgültigen Energie-Knockout verpassen. Russland plant nämlich im gleichen Zeitraum dreissig neue Atomkraftwerke zu bauen, weshalb die Wirtschaftswoche zurecht von einer «Atomrenaissance im Osten» [7] sprach. Russland wird in naher Zukunft vor überschüssigem Strom nur so strotzen und das von der Energiewende gebeutelte Deutschland wird keine andere Wahl haben, als russischen Strom zu importieren. Die Öko-Politik der etablierten deutschen Parteien führt in der Realität dazu, dass die Öl-, Gas- und Atomkraftwerke einfach in anderen Ländern gebaut werden. Das wird den Wählern und Zeitungslesern aber schlicht unterschlagen. Hans Werner Sinn, der Chef des deutschen IFO-Instituts und damit Deutschlands wichtigster Wirtschaftsexperte, stellte 2014 in einem Gastbeitrag für die Wirtschaftswoche heraus, dass die Energiewende Deutschlands Abhängigkeit von russischem Gas weiter erhöhen würde: «Wenn wir wie geplant unsere noch laufenden Atomkraftwerke abschalten und voll auf den Wind- und Sonnenstrom setzen, wird sich die Abhängigkeit von Russland weiter erhöhen – und die Versorgungssicherheit verringern.» [8] ***(tk)***

Quellen:
1. Boris Reitschuster: Putins Demokratur - Ein Machtmensch und sein System, Berlin, Econ, 2014, Dritte Auflage, S.260/261
2. Ebenda, S.18
3. Deutschland entkam nur knapp dem Strom-Blackout, Frankfurter Allgemeine Online, 31.05.2013
4. Boris Reitschuster: Putins Demokratur - Ein Machtmensch und sein System, Berlin, Econ, 2014, Dritte Auflage, S.285
5. Russische Energiewende: Solarstrom aus Sibirien, Russia beyond the Headlines, 28.09.2014
6. Erneuerbare Energien in Russland, Next-Kraftwerke Online, 16.01.2015
7. Atomrenaissance im Osten: Russland will 22 neue Kernkraftwerke bauen, Wirtschaftswoche Online, 05.12.2013
8. Energiewende verschärft Abhängigkeit von Russland, Wirtschaftswoche Online, 15.03.2014

Ist die EU die EUdSSR?

Ganz abgesehen von den elitären Kreisen, die nachweislich eine sozialistische Union in Europa anstreben (siehe Express-Zeitung Nr.23), ist es erkennbar, dass die EU der Sowjetunion in ihrer Struktur sehr ähnlich ist. Dazu muss man die beiden Konstrukte nur vergleichen. Lassen wir den russischen Dissidenten und Gulag-Überlebenden Wladimir Bukowski zu Wort kommen, der den Ausdruck EUdSSR geprägt hat:

«Es ist auch kein Zufall, dass zum Beispiel das Europäische Parlament an den Obersten Sowjet erinnert. Es sieht so aus wie der Oberste Sowjet, weil es nach dessen Vorbild konzipiert wurde. Und wenn wir uns die Europäische Kommission ansehen, dann sieht diese so aus wie das Politbüro. Und zwar ziemlich genau, abgesehen von der Tatsache, dass die Kommission 25 Mitglieder (Anm.: heute 28) hat und das Politbüro dreizehn oder fünfzehn Mitglieder hatte. Ansonsten gleichen sie sich haargenau: Sie sind niemandem Rechenschaft schuldig und werden von niemandem direkt gewählt. Wenn Sie einen Blick auf all diese bizarren Aktivitäten der EU mit ihren 80.000 Seiten an Regulierungen werfen, dann denken Sie an den Gosplan, den sowjetischen Staatsplan. Wir hatten eine Organisation, die alles Wirtschaftliche plante, bis zur letzten Schraube. Und fünf Jahre im Voraus. Genau dasselbe geschieht in der EU. Wenn Sie sich die Art von Korruption in der EU anschauen, dann ist dies genau der sowjetische Typ von Korruption, welche sich von oben nach unten vollzieht, statt andersherum.» (1)

Zusätzlich zu den ausufernden Regulierungen erstellen die EU und ihre Mitgliedstaaten exakt wie in der Sowjetunion

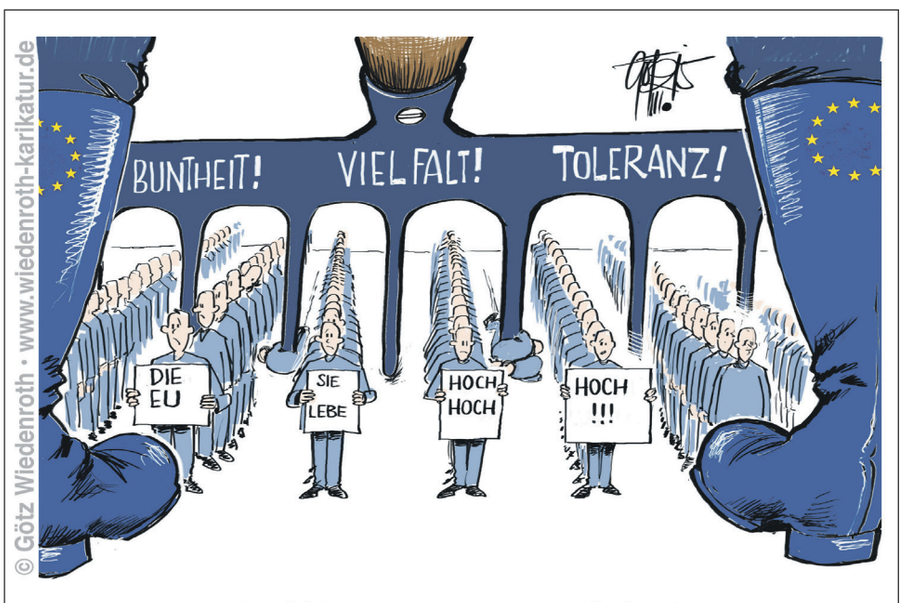
Sieben-Jahres-Plan EU soll knapp eine Billion Euro ausgeben

In der Sowjetunion wurden alle Betriebe und Landwirtschaften verstaatlicht und nach Fünfjahresplänen geführt. Die EU hat ebenso z.B. «Sieben-Jahres-Pläne» (Überschrift der Kölnischen Rundschau, 29.06.11).

Foto: Rob C. Croes (ANEFO) (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Boekovski1987.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

Der russische Dissident und Gulag-Überlebende Wladimir Bukowski prägte den Begriff «EUdSSR».

Jahrespläne für die Industrieproduktion. Das ist kein Witz. Sie können die Fünfjahrespläne auf der Webseite der «Energieagentur» herunterladen, zum Beispiel den «nationalen Allokationsplan 2008 bis 2012.» (2) Der simple Bauerntrick: Es wird nicht die Produktion direkt geplant, sondern deren CO_2-Emission. Da bei jedem Produktionsprozess Kohlendioxid anfällt, kann jede Branche nach Gutdünken der Planer gelenkt werden. Pro Branche werden Emissionsquoten festgelegt, mit der Folge, dass energieintensive, also hochtechnologische Produktion, aus Europa vertrieben wird. Es sei denn, die Branche ist nahe genug an der Politik dran und kann bei den «Politbüromitgliedern»/EU-Politikern eine Ausnahmegenehmigung erkaufen. Das ist Teil der Korruption, von der Bukowski spricht.



Morgenappell im EUdSSR-Umerziehungslager für Spalter und Abweichler

Die Tyrannei der politischen Korrektheit

Bukowski weiter:

«Wenn Sie alle Strukturen und Merkmale dieses entstehenden europäischen Monsters durchgehen, werden Sie bemerken, dass es immer mehr der Sowjetunion gleicht. Natürlich ist es eine sanfte Version der Sowjetunion. Missverstehen Sie mich nicht. Ich sage nicht, dass die EU einen Gulag hat. Sie hat noch keinen KGB, doch ich beobachte solche Strukturen zum Beispiel sehr sorgfältig bei Europol. Dies beunruhigt mich besonders, denn diese Organisation wird möglicherweise grössere Vollmachten haben, als sie der KGB jemals hatte. Sie wird diplomatische Immunität haben. Können Sie sich einen KGB mit diplomatischer Immunität vorstellen?»

Ein harmlos daherkommendes, aber zunehmend wichtiges Unterdrückungsinstrument war für Bukowski die «politische Korrektheit»:

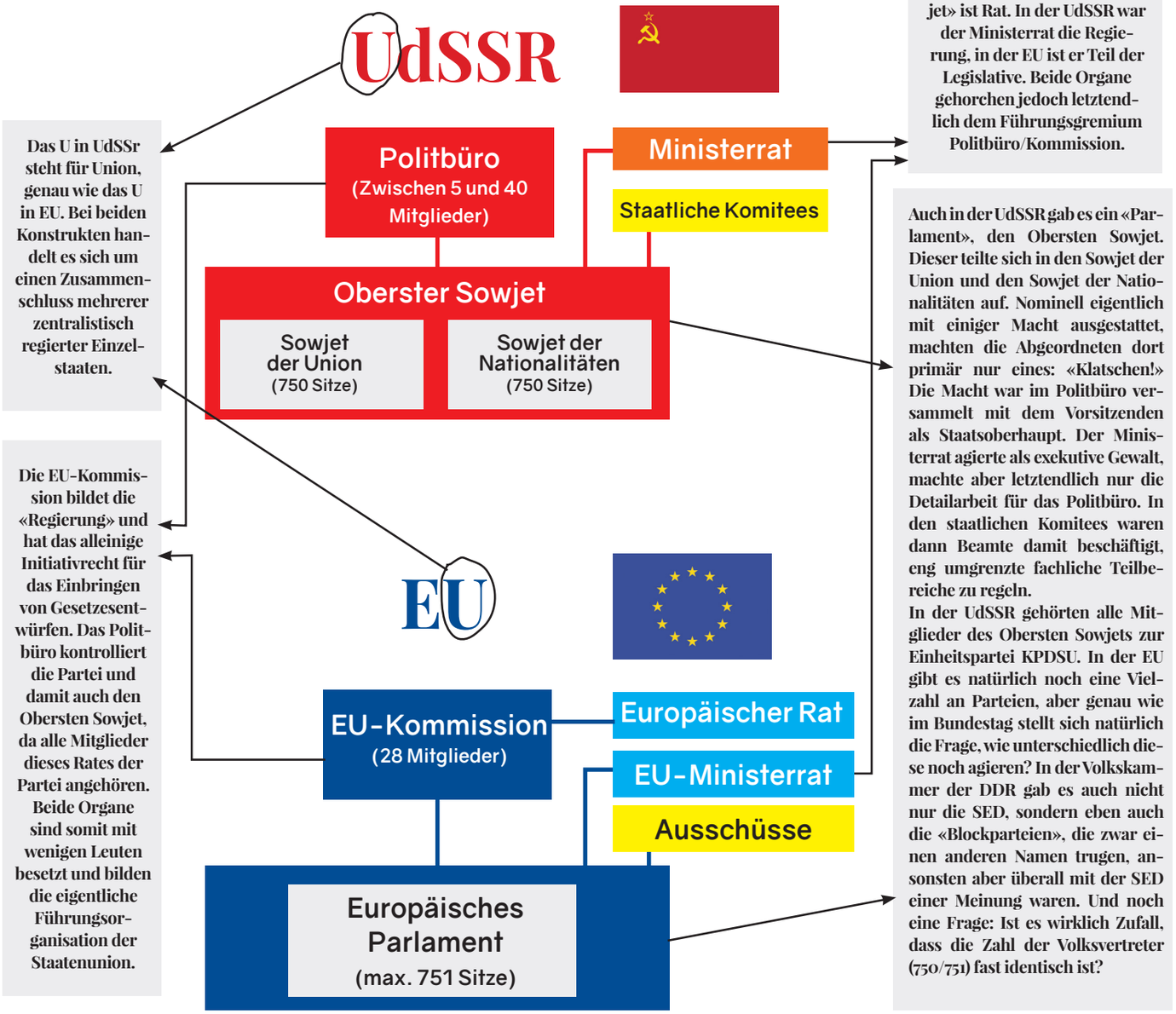
«Mittlerweile wird immer mehr Ideologie in die EU eingeführt. Die Sowjetunion war ein von Ideologie geleiteter Staat. Die heutige Ideologie für die Europäische Union ist sozialdemokratisch und etatistisch (Anm.: staatsgläubig). Sie besteht zu einem grossen Teil aus politischer Korrektheit. Ich beobachte sehr sorgfältig, wie die politische Korrektheit sich ausbreitet und zu einer repressiven Ideologie wird. Davon zeugt unter anderem der Umstand, dass das Rauchen nun fast überall verboten wird. Was wir perspektivisch beobachten können, ist die systematische Einführung von Ideologie, welche später mit repressiven Methoden durchgesetzt werden kann.» (1)

An anderer Stelle sagte Bukowski:

«Und wie entstand die Sowjetunion? Sie entstand, indem die verschiedenen Republiken gezwungen wurden, oft durch militä-

➔

Parallelen im Staatssystem von UdSSR und EU



rische Gewalt, der Union beizutreten. Wie entstand die Europäische Union? Die Länder wurden zum Beitritt gezwungen, indem sie finanziell bedroht und eingeschüchtert wurden [...] Theoretisch hatte jede sowjetische Republik das Recht auszutreten, so stand es in der Verfassung. Aber praktisch gab es kein Verfahren, um auszutreten. Und so konnte kein Land auch nur beginnen, einen Austrittsprozess einzuleiten. Zu meinem Entsetzen stellte ich nun fest, dass es sich in der Europäischen Union ähnlich verhält. Es existiert kein rechtliches Verfahren für einen Austritt, obwohl niemand je gesagt hat, man könne die Europäische Union nicht mehr verlassen. [...] Die Menschewiki (Anm.: Sozialdemokraten) hatten immer den Traum, dass die Bolschewiki eines Tages milder gestimmt zur Herde der Sozialdemokraten zurückkehren würden. Und jedes Mal wendeten die Bolschewiki den gleichen Trick an. Sie täuschten vor, sie würden zur Sozialdemokratie zurückkehren, und die Sozialdemokraten waren glücklich. Der Trick funktionierte unter Lenin, unter Stalin, unter Chruschtschow, unter Breschnew und besonders unter Gorbatschow. Und im Laufe der Zeit wurde eine Theorie dazu gemacht, eine Theorie der Annäherung, die besonders in den frühen Sechzigerjahren sehr populär war, ganz besonders unter den Sozialisten.» [3]

Bis auf den Gulag sind sich EU und Sowjetunion also sehr ähnlich. Ein riesiges Parlament, das nichts zu sagen hat, und ein Politbüro/Kommission, von dem keiner weiss, wie die Leute, die dort regieren, überhaupt dorthin gekommen sind. Bis 1946 hiessen in der Sowjetunion die Mitglieder der Regierung sogar Volkskommissare! Erst Stalin benannte sie in Minister um. Nur sie konnten wie heute die EU-Kommissare Gesetze vorschlagen. Das UdSSR-Parlament nickte nur noch ab wie das EU-Parlament. Es ist dabei Teil der Strategie, die Gesetze so zu verkomplizieren, dass es ohnehin nie zu einer Ablehnung kommt, wie EU-Lobbyist Daniel Gueguen erklärte. Aber selbst wenn einmal ein Gesetz abgelehnt würde, bringt man es eben in leicht veränderter Form erneut ein. ***(oj)***

Quellen:
Oliver Janich, Die Vereinigten Staaten von Europa, 2014, FinanzBuch Verlag
1. schweizerzeit.ch, Wie Gorbatschow, Giscard d'Estaing und andere die EU neu erfanden, 09.03.2007
2. energieagentur.nrw, Einführung Emissionshandel
3. Vortrag in Salzburg am 26.10.2000

Europäische Union

Wer regiert die Europäische Union, und wie demokratisch ist sie?

von Gerhard Wisnewski

Auf einen Blick

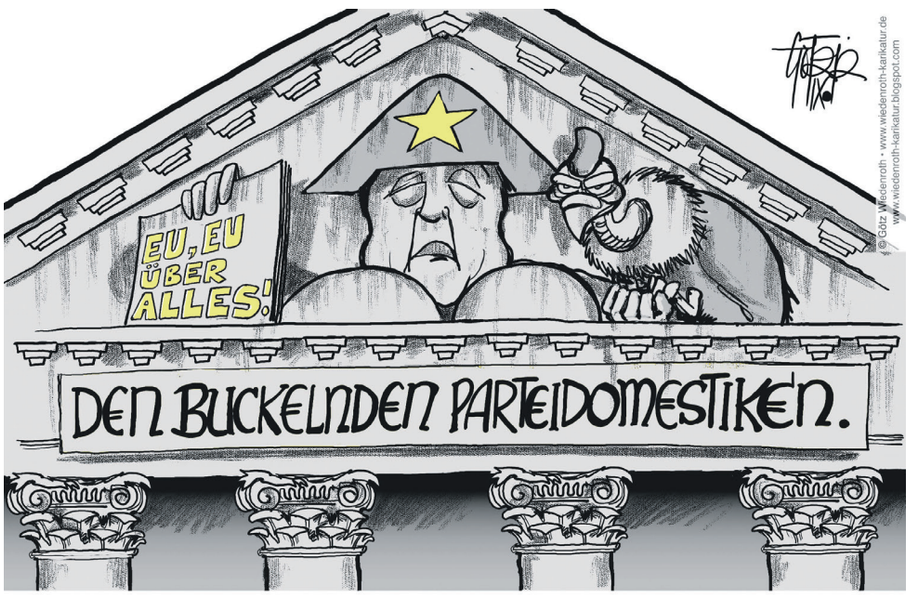
- Inzwischen wird die überwiegende Mehrheit an geltenden Gesetzen den europäischen Völkern von einem nicht demokratisch legitimierten EU-Apparat aufgezwungen. Tatsächlich besteht der EU-Gesetzgeber nur aus 28 EU-Kommissaren, welche als einzige Instanz mit dem so genannten «Initiativrecht» ausgestattet sind und damit über die alleinige Hoheit bezüglich neuer Gesetzesvorschläge verfügen.
- Es ist nahezu unmöglich, den bürokratischen Dschungel der EU auch nur ansatzweise zu durchblicken. Dies betrifft nicht nur die von Brüssel aus kommende Sintflut an EU-Gesetzen (Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse und Empfehlungen), sondern auch das Verhältnis zwischen EU-Recht und dem Grundgesetz der Mitgliedstaaten. So gilt das EU-Recht als «vorrangig» und wird auch so umgesetzt, aber steht offiziell dennoch nicht über dem Grundgesetz. Ergebnis: Verwirrung bis hin zu den höchsten gerichtlichen Instanzen.
- Die Chance auf einen Austritt aus diesem undemokratischen Konstrukt ist für Deutschland sehr klein, denn der Artikel 23 GG, der einst die Staatlichkeit Deutschlands definierte, wurde in die nicht rechtswirksame Präambel des Grundgesetzes verschoben und durch den «Europaartikel» ersetzt, der Deutschland zur EU-Mitgliedschaft verpflichtet.

Preisfrage: Wie heisst Deutschlands Hauptstadt? Berlin? Falsch! Versuchen wir es noch einmal: Wie heisst der deutsche Regierungschef? Angela Merkel? Auch falsch. Die richtige Antwort lautet «Brüssel» und «Jean-Claude Juncker». In Brüssel befindet sich nämlich der Sitz der Europäischen Kommission, deren Vorsitzender der Luxemburger Jean-Claude Juncker ist. Papperlapapp! Deutschland wird immer noch von Berlin aus regiert! Keineswegs, denn wie bereits der damalige Bundespräsident Roman Herzog vorrechnete, kamen schon 2007 etwa 80% der deutschen Gesetze aus Brüssel. Nichts da, zitierte kurz darauf die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen Politologen und eine Verwaltungsexpertin: Herzog habe auch EU-Verordnungen mitgezählt, «die keinerlei Gesetzescharakter haben, sondern blosse Detailregelungen sind wie Milchquoten oder Käfiggrössen. Realistisch betrachtet, belaufe sich der europäisch geprägte Anteil des geltenden Rechts in Deutschland auf etwa 35 Prozent». [1]

Mehr als 80 Prozent der Gesetze aus Brüssel?

Tja – da ist guter Rat teuer: Was stimmt denn nun? Wer regiert denn nun Deutschland und die anderen EU-Staaten? Und vor allem: Wie? Denn wieder andere Fachleute hielten auch davon nichts: «Die Bedeutung von Gesetzen und also auch die Macht einer normsetzenden Instanz wie Brüssel» verhalte sich «nicht proportional zu ihrer Anzahl». Oft bewirke eine einzige Verordnung – etwa über die Deregulierung des Güterverkehrs auf der Strasse – «mehr als Dutzende von Richtlinien, etwa zur Arbeitszeit im Transportwesen», so der Berliner Politologe Dieter Plehwe laut FAZ. [1] Dabei ist es doch ganz einfach. **Betrachtete man zum Beispiel den Zeitraum von 1998 bis 2008, standen 6.500 deutschen Gesetzen und Rechtsverordnungen 25.000 unmittelbar geltende EU-Verordnungen gegenüber, also im Verhältnis 80 zu 20. Da aber auch die deutschen Bundesgesetze zu etwa 36% «auf EU-Impulse zurückgehen, stammen zum Schluss sogar mehr als 80% der in der BRD geltenden Gesetze direkt oder indirekt aus Brüssel», heisst es in einer Studie des Vereins Mehr Demokratie e.V.** So einfach sei es zwar auch wieder nicht, denn von vielen dieser Verordnungen sei Deutschland gar nicht betroffen, andere wiederum seien weniger bedeutend. Aber immerhin heisse es auch bei «bei offiziellen Führungen durch den Bundestag», «dass 60 Prozent der Gesetze aus Brüssel stammen.» [2]

➔



Längst überfällige Widmungsänderung

Lauter spannende Fragen, die der Mainstream-Journalismus im Jahr 2018 sträflich vernachlässigt hat, hat Gerhard Wisnewski in seinem neuen und brisanten Jahrbuch «verheimlicht – vertuscht – vergessen 2019» aufgearbeitet – oft mit unglaublichen Ergebnissen: Wie immer wurden wir auch im vergangenen Jahr belogen und hinters Licht geführt, was das Zeug hält. Begleiten Sie den Autor also bei seiner kritischen Zeitreise durch das Jahr 2018, bevor wir es vergessen und endgültig all die dicken Kröten schlucken, die man uns aufgetischt hat (Kopp Verlag, 288 Seiten, Euro 14,95, in jeder Buchhandlung oder auf wisnewski.ch).

And the Oscar goes to... Jean-Claude Juncker!

And the Oscar goes to..,Jean-Claude Juncker! Demnach hiesse der deutsche Regierungschef also tatsächlich Juncker und die deutsche Hauptstadt Brüssel. Und nicht nur die deutsche, sondern die vieler EU-Mitgliedsstaaten. Demnach verwandeln sich Bundestag und Bundesrat immer mehr in Potemkinsche Dörfer oder politische Dioramen, in denen das politische Lokaltheater aufgeführt wird, während die Fäden ganz woanders gezogen werden. Zum Beispiel auch bei der UNO. Denn neben der EU spielt auch diese internationale Organisation eine grosse Rolle in unserer Gesetzgebung. Viele Gesetze gehen auf UN-Abkommen zurück. Das sind internationale Verträge, die in den Unterzeichnerstaaten in Gesetze umgemünzt werden. Das heisst, dass die politische Macht der europäischen Regierungen ausgehöhlt wird und auf ein Minimum schrumpft.

Demokratie oder Potemkinsche Dörfer

Aber trotzdem können wir ganz beruhigt sein, denn zumindest die EU funktioniert ja strikt demokratisch. Alles ist schliesslich transparent. Sieht man nicht ständig im Fernsehen den Ministerrat und die EU-Kommission tagen? Hält nicht Kommissionspräsident Juncker überall sein Gesicht in die Kamera, um seine aktuellen Absichten hinein zu nuscheln? Wirft man nicht immer wieder Blicke über das Fernsehen in das beeindruckende Rund des Plenarsaals des Europaparlaments in Strassburg mit seinen 751 Sitzen? Und sind wir nicht alle fünf Jahre aufgerufen, das Europaparlament zu wählen, wovor es jedes Mal erbitterte Wahlkämpfe der Parteien gibt? Alle dürfen doch hier mitreden – im Jahr 2019 finden die Europawahlen vom 23. bis 26. Mai statt. Die Wahrheit ist: Das Ganze ist nur ein Beschäftigungsprogramm und ein Ablenkungsmanöver. Pseudodemokratische Volksbeschäftigung. Während unsere Augen beeindruckt sind, sagt uns unser Verstand, dass dieser Eindruck nicht richtig ist. Demokratie sieht in Wahrheit anders aus. So

- war die EU schon von Anfang an ein Projekt dubioser Eliten aus Kommunisten, Korporatisten, Geheimdiensten und Jesuiten (siehe ExpressZeitung Nr. 23)
- gab es nicht in allen EU-Mitgliedsstaaten Volksentscheide über den Beitritt, zum Beispiel in Deutschland
- gibt es keine von den Völkern verabschiedete EU-Verfassung
- sind die EU-Verträge zwischen den Mitgliedstaaten intransparent und kompliziert
- wurden diese Verträge auch noch mehrfach gebrochen (siehe u.a. S.54)
- ist der EU-Gesetzgeber weniger das Parlament, als vielmehr eine nicht vom Volk gewählte «Kommission» und ein «Ministerrat»
- ist der Einfluss des Parlaments gering
- ergibt die Summe all dessen ein völlig undemokratisches Monster.

Nicht demokratisch legitimiert

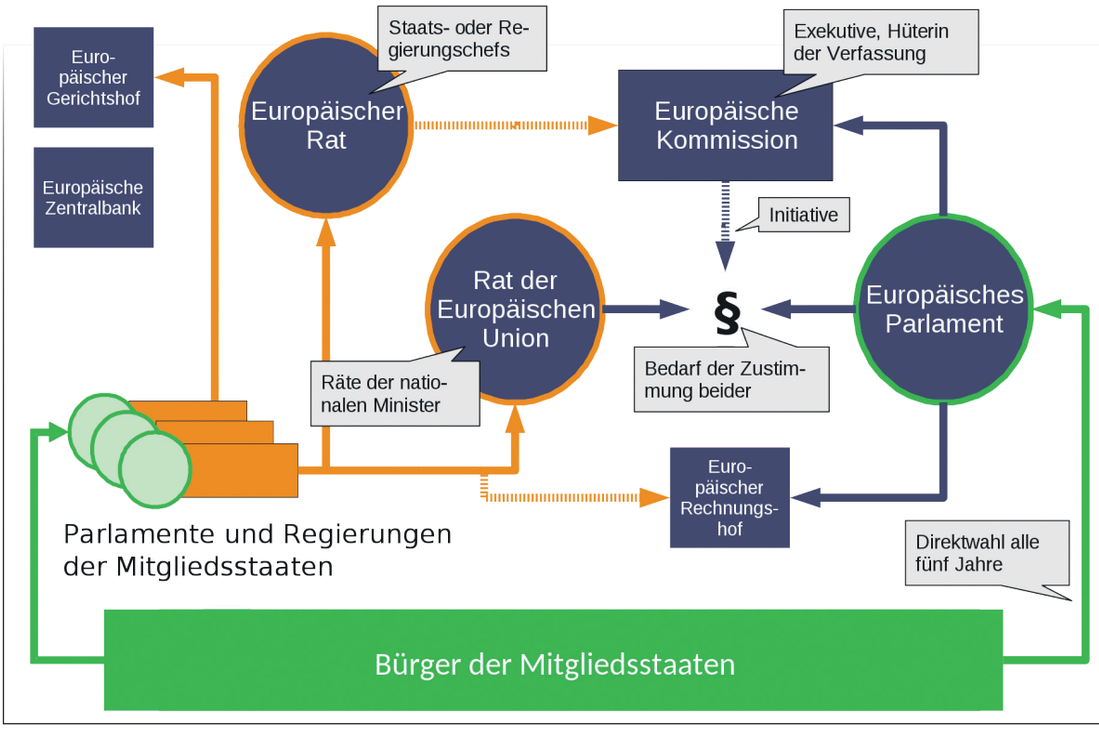
Die EU ist also nicht demokratisch legitimiert und verfasst. Eine Verfassung, die von allen EU-Bürgern beschlossen worden wäre, gibt es ebenso wenig wie ein demokratisches Gesetzgebungsverfahren. Beweise? Bitte sehr: Nehmen wir nur den Gesetzgebungsvorgang. Wobei die Europäische Union den Begriff «Gesetz» lieber vermeidet, weil damit die Kompetenzverschiebung allzu offensichtlich würde. Viel lieber spricht man in Brüssel deshalb von «Richtlinien» und «Verordnungen». Aber noch immer nicht geklärt wäre damit die Frage, wie eigentlich diese EU-Richtlinien und –Verordnungen zustande kommen, die anschliessend in nationale Gesetze gegossen werden oder sogar direkt gelten (Verordnungen). Hier die Rechtsakte der Union in der Reihenfolge ihrer Verbindlichkeit:

1. Verordnungen (gelten direkt in allen Mitgliedstaaten)
2. Richtlinien (müssen von den Mitgliedsstaaten in eigene Gesetze umgesetzt werden)
3. Beschlüsse (betreffen nicht die gesamte Union, sondern nur einzelne Mitgliedsstaaten oder Unternehmen)
4. Empfehlungen (nicht verbindliche Vorschläge von EU-Institutionen)

Wo genau kommen die Gesetze her?

Aber wo kommen denn nun die EU-Gesetze her? Wer erlässt diese Verordnungen und Richtlinien, wie werden sie verabschiedet? Zur Beantwortung dieser Frage, muss man sich die vier Hauptinstitutionen der EU vergegenwärtigen:

Europäischer Rat (die obersten Chefs): Versammlung der 28 Staats- und Regierungschefs, des EU-Kommissionspräsidenten und der «Hohen Vertreterin der Union für Aussen- und Sicherheitspolitik». Tagt i.d.R. vierteljährlich. Kompetenz: Bestim-



Übersicht der einzelnen EU-Institutionen in ihren Abhängigkeiten. Der Europäische Rat (Staats- oder Regierungschefs) gibt den politischen Rahmen vor, daraufhin schlägt die EU-Kommission entsprechende Gesetzesinitiativen vor, anschliessend werden diese vom EU-Parlament und dem Rat der Europäischen Union verabschiedet oder abgelehnt.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Organe_der_Europ%C3%A4ischen_Union_Deutsch.svg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Der überwiegende Anteil der Gesetze in Europa wird nicht mehr auf nationaler Ebene beschlossen, sondern in Brüssel, dem Sitz der (nicht vom Volk gewählten) Europäischen Kommission.

Foto: niroworld/shutterstock.com

mung der grossen Leitlinien der EU-Politik, Nominierung des Kommissionspräsidenten, Entscheidung über die Kommissionsmitglieder. Initiativrecht: Nein.

Europäische Kommission: Versammlung der 28 EU-Kommissare, die nicht vom Parlament gewählt, sondern von den jeweiligen Regierungen vorgeschlagen werden. Ablehnung durch das Parlament nur «in toto» (als Ganzes) möglich. Wöchentliche Sitzung. Hat das alleinige «Initiativrecht» für neue Rechtsakte der Union (Richtlinien, Verordnungen). Leitet die Gesetzesinitiativen dem Parlament und dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) zu. Erstellt den Haushalt und stellt ihn ebenfalls dem Parlament und dem Rat der Europäischen Union zu. Wacht über die ordnungsgemässe Anwendung des EU-Rechts in den Mitgliedsstaaten. Initiativrecht: Ja.

Rat der Europäischen Union (Ministerrat; die kleinen Chefs): Versammlung der jeweiligen Fachminister der Mitgliedsstaaten (zum Beispiel für Wirtschafts-, Innen- oder Gesundheitspolitik). Hauptbeschlussorgan der EU, auch in Sachen Haushalt. Diskutiert, ändert und verabschiedet EU-Rechtsakte in Zusammenarbeit mit dem Parlament. Initiativrecht: Nein.

Europäisches Parlament: 751 Abgeordnete aus allen Mitgliedsstaaten, wird alle fünf Jahre von den EU-Bürgern gewählt. Diskutiert Gesetzesvorschläge der Kommission und verabschiedet diese in Zusammenarbeit mit dem Ministerrat. Initiativrecht: Nein. Kann die Kommission unverbindlich auffordern, Rechtsakte vorzuschlagen.

Politische Inzucht

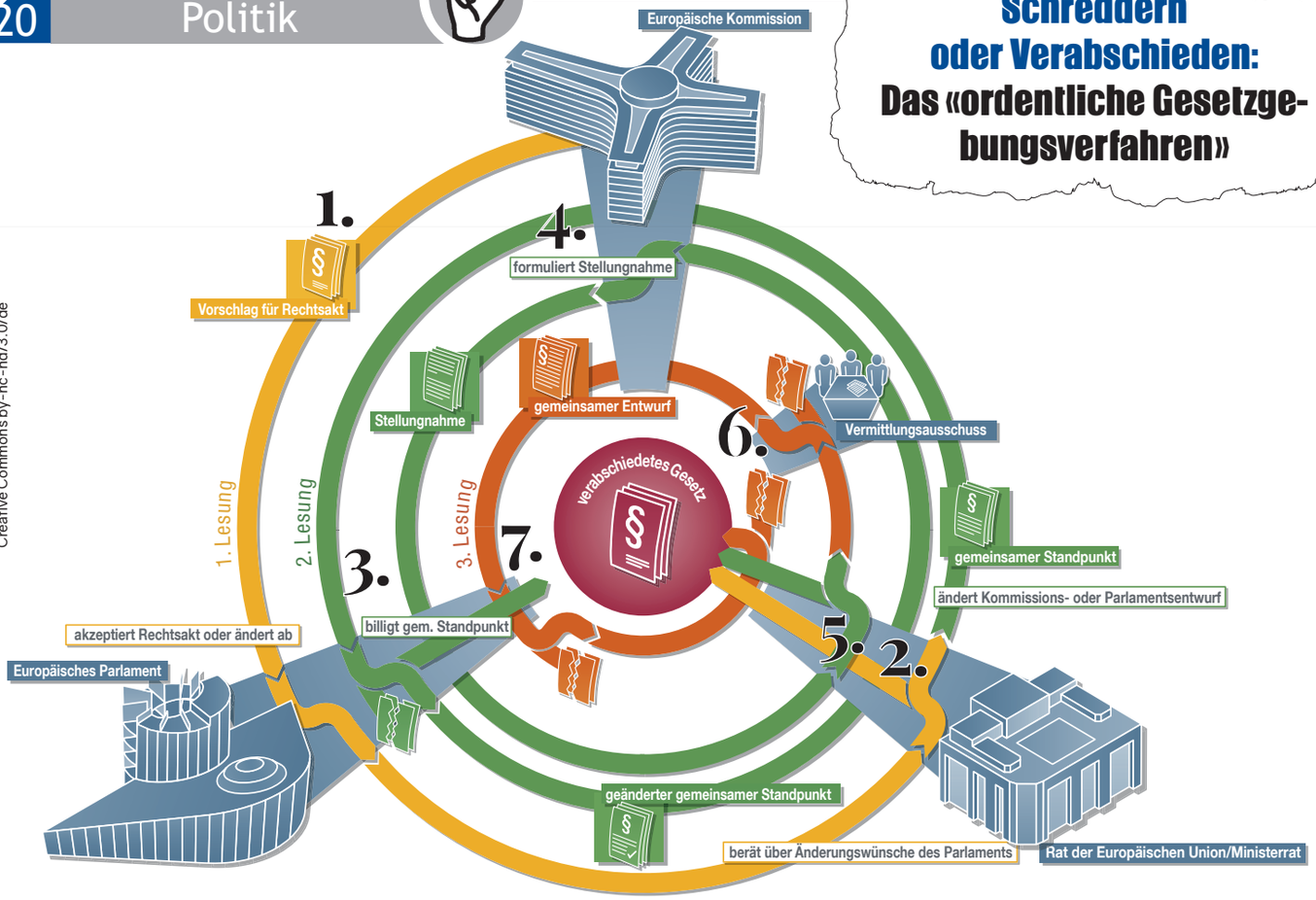
Na, immerhin: Klingt das nicht nach einem ausgefuchsten System der «Checks and Balances»/Gewaltenteilung? Wo also kommt das schlechte Image der Europäischen Union und ihr angebliches «Demokratiedefizit» her, dem selbst Wikipedia einen eigenen Artikel gewidmet hat? Wie kann es zum Beispiel sein, dass die Europäische Union eine zutiefst völkerfeindliche Politik der Grenzöffnung und Durchmischung betreibt? Wie kann es sein, dass sie ihren Mitgliedsstaaten Abgasgrenzwerte aufzwingt, durch die die Bürger (durch Wertverlust ihrer Autos) um ein Milliardenvermögen gebracht werden? Ganz einfach: Das oben beschriebene System suggeriert eine Gewaltenteilung, die es so nicht gibt. Schon gar nicht wird so etwas wie der «Volkswille» in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Denn in Wirklichkeit ist der Igel immer schon da. Sie erinnern sich: Der langsame Igel aus der Fabel konnte den schnellen Hasen im Wettrennen besiegen, weil er jedes Mal seine Frau ans andere Ende des Ackers gestellt hat, die dann fröhlich rief: «Ich bin schon da». Nachdem der Hase das Rennen 73 Mal mitgemacht hatte, starb er beim 74. Mal vor Erschöpfung. Und so hetzt ein Gesetzesvorschlag zwar von einer Institution zur an-

➔

Die EU-Kommission ist die einzige EU-Institution, welche mit einem Initiativrecht für Gesetzesvorschlägen ausgestattet ist. Die 28 Kommissare sind somit die alleinigen Entscheidungsträger darüber, inwiefern neue Gesetze in den offiziellen Diskurs kommen bzw. überhaupt jemals in Kraft treten können.

Schreddern oder Verabschieden: Das «ordentliche Gesetzgebungsverfahren»

Foto: Bundeszentrale für politische Bildung, 2010, Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de



1. Die eigentliche «Rechtsquelle» (Initiativrecht) ist die von den europäischen Regierungen installierte EU-Kommission. Im «ordentlichen Gesetzgebungsverfahren» schlägt sie einen Rechtsakt vor und leitet ihn dem EU-Parlament zu, wo er beraten wird (1. Lesung).

2. Von nun an gibt es einen langen und einen kurzen Weg, je nachdem, wie kontrovers der Vorschlag zwischen den EU-Institutionen ist. Nach dem Parlament geht der gebilligte oder abgeänderte Vorschlag zum Rat der Ressortminister (Rat der Europäischen Union/Ministerrat). Im Idealfall verabschiedet der Rat den Rechtsakt nun, womit das Gesetzgebungsverfahren beendet wäre.

3. Hat der Rat jedoch Änderungswünsche, geht der Vorschlag «zurück an den Absender», nämlich an das Parlament (2. Lesung). Das kann nun entscheiden, ob ihm der vom Ministerrat abgeänderte Vorschlag «schmeckt» oder nicht. Wenn ja, wird das Gesetz nun verabschiedet. Wenn nein, kann das Parlament den abgeänderten Vorschlag des Ministerrates entweder endgültig ablehnen…

4. …oder aber (mit absoluter Mehrheit) erneute Änderungen verlangen, woraufhin der Gesetzesvorschlag nunmehr der Kommission zur Stellungnahme zugeleitet wird. Je nachdem, wie ihr die Änderungen gefallen, kann auch sie ihn befürworten oder ablehnen.

5. Bei einer Befürwortung kann der Ministerrat das Gesetz oder die Verordnungen anschliessend verabschieden. Hat die Kommission die aktuelle Fassung abgelehnt, ist eine einstimmige Entscheidung des Ministerrates notwendig.

6. Kommt diese nicht zustande, wird ein Vermittlungsausschuss einberufen. Wenn auch das nicht «hilft» (=keine Einigung), scheitert das Gesetz.

7. Kommt es aber zu einer Einigung, geht der geplante Rechtsakt erneut in das EU-Parlament (3. Lesung), wo er entweder «geschreddert» oder verabschiedet werden kann. Wenn anschliessend noch der Ministerrat zustimmt, ist der Gesetzgebungsprozess erfolgreich beendet. Wenn nicht, ist das Gesetz endgültig gescheitert.

➔ deren, aber dort haben die immer gleichen Leute das Sagen, nämlich die Mitglieder der führenden europäischen «Einheitsparteien». Die von den europäischen Regierungen installierten Kommissare reichen ihre Gesetzesvorschläge also tendenziell an die Vertreter der Regierungsparteien im Parlament weiter, während im Ministerrat in der Regel die Minister jener Regierungen sitzen, die die Kommissare bestimmt haben. Mit anderen Worten herrscht hier keine Gewaltenteilung, sondern eine politische Inzucht der immer gleichen Machteliten.

Wenn Regierungen über Bande spielen

Doch das Thema ist noch komplizierter. So kann es auch sein, dass Regierungen der Mitgliedsstaaten «über Bande» spielen, indem sie Vorhaben, die daheim nicht oder nur schwer durchsetzbar wären, über die EU-Institutionen einfädeln, von wo aus sie dann als Verordnung oder Richtlinie zurückkommen. In diesem Fall wird die EU benutzt, um irgendeinen Gesetzesirrsinn über die EU-Institutionen durchzusetzen und über ganz Europa zu verbreiten. Gleichzeitig ist das die perfekte Tarnung, weil nun «die EU» als der Bösewicht erscheint. Ein Beispiel ist die berüchtigte «Feinstaubrichtlinie»: «Die nationalen Umwelt-Regenten [gemeint ist der Rat der Umweltminister] legten 1999 in Brüssel die Grenzwerte für den unsichtbaren Schmutz in der Luft so streng fest, dass sie daheim aufgeschrien hätten. Auf dem Rückweg von Brüssel nach Berlin war das aber schnell vergessen. Und daheim hat es dieselbe Regierung unterlassen, die in Brüssel verabschiedete Richtlinie rechtzeitig mit entsprechenden Gesetzen für Russpartikelfilter in Dieselautos durchzusetzen.» [3] So benutzen nationale Regierungen oder Politiker die EU, um ihre eigenen Institutionen auszutricksen und die Bürger hinters Licht zu führen.

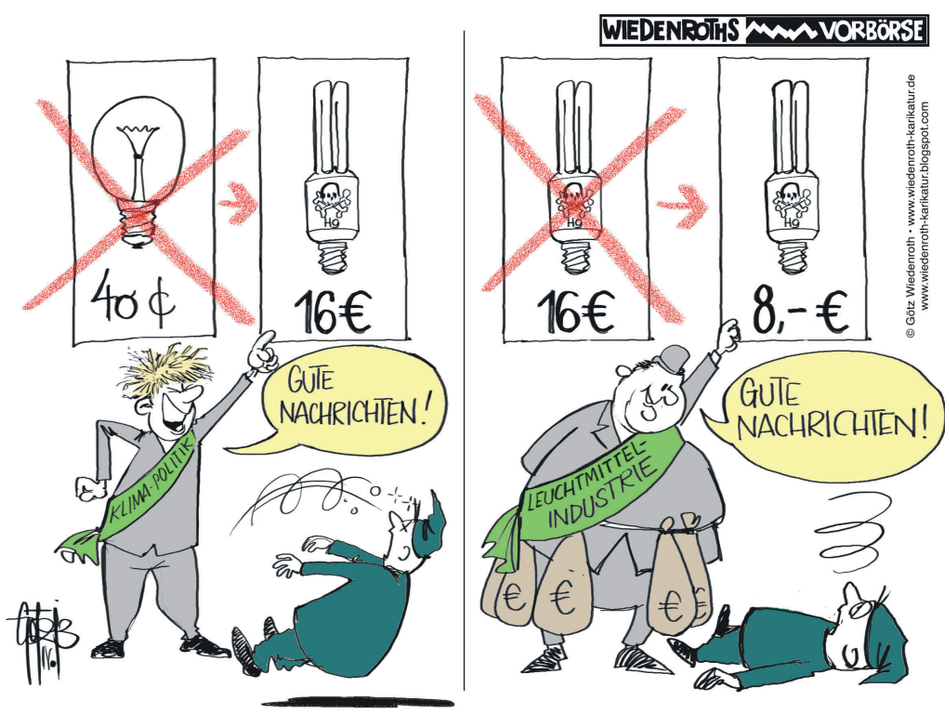
Wie die «Energiesparlampe» durchgewinkt wurde

Apropos «Licht»: Auch der Glühbirnenirrsinn (Stichwort: «Energiesparlampe», siehe S.37) soll ursprünglich keine Idee der EU, sondern des deutschen Umweltministers Sigmar Gabriel gewesen sein: «Das

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015-12_Sigmar_Gabriel_SPD_Bundesparteitag_by_Olaf_Kosinsky-63.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Steckte der damalige Umweltminister Sigmar Gabriel, der sich zeitgleich als Handelsvertreter der Osram AG (Hersteller der neuen Energiesparlampen) engagierte, hinter dem Glühbirnenverbot?

Verbot der Glühbirnen in den Haushalten Europas wird gern als Beweis der sinnlosen EU-Bürokratie genannt», schrieben die Deutschen Wirtschafts Nachrichten 2013. «Was die wenigsten wissen: Das Verbot geht auf den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zurück.» **Die entsprechende Verordnung wurde nach dem so genannten Komitologie-Verfahren durchgewinkt, bei dem die Gesetzgebungskompetenz des EU-Parlamentes und des Europäischen Rates an die Kommission «delegiert» (sprich: abgegeben) wird – was bedeutet, dass die Kommission allein entscheidet. Dabei «müssen weder der EU-Ministerrat noch das Europaparlament, schon gar nicht die Volksvertretungen der [damals] 27 Mitgliedstaaten befasst werden», so das österreichische Nachrichtenmagazin profil (online, 19.3.2009).** Laut profil liess der deutsche Umweltminister Gabriel auf Wahlveranstaltungen «Energiesparlampen» verteilen und tourte «als selbst ernannter Handelsvertreter für die Osram AG, eine Tochter des Siemens-Konzerns, durch seinen Wahlkreis.» Und Osram sei es auch, der «die neuen Quecksilberleuchten, welche die EU vorschreibt», produziere, hiess es auf einer Website der Freien Wähler (1.12.2012). «Rein zufällig» befinde sich in Gabriels Wahlkreis auch die Geschäftsleitung von Osram. Ob das nun stimmt oder nicht: 2018 verhalf die Osram-Mutter Siemens dem ehemaligen Vizekanzler Sigmar Gabriel «zum Einstieg in eine neue Karriere nach der Politik», schrieb das manager magazin: «Der Technologiekonzern nominierte den langjährigen SPD-Vorsitzenden als Verwaltungsrat für die geplante Zug-Allianz mit dem französischen Konzern Alstom.» [4] Ob da wirklich ein Zusammenhang besteht, ist natürlich nicht bewiesen.



Von wegen «Bürgerwille»

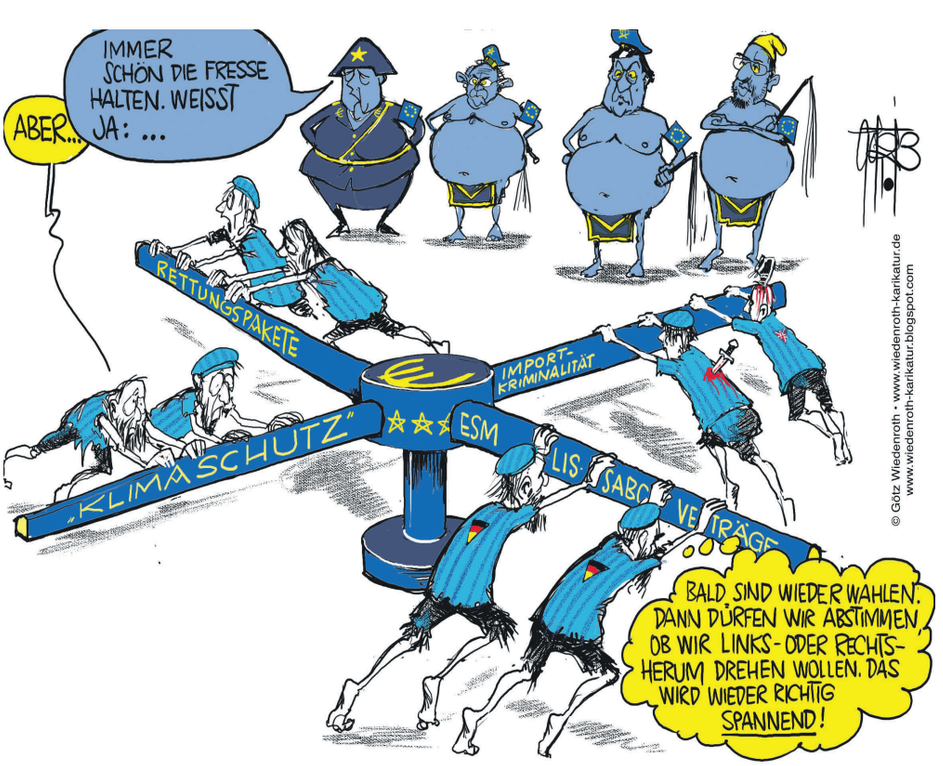
In Wirklichkeit haben die Bürger in der Europäischen Union jedenfalls überhaupt nichts zu sagen. Allenfalls werden sie einmal mit einem pseudodemokratischen Bonbon abgespeist, etwa der «Zeitzoneninitiative» von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Jahr 2018. Da erklärte er eine europaweite Onlineumfrage über die Zeitumstellung kurzerhand zum Plebiszit über den ständigen Wechsel zwischen Sommer- und Winterzeit und versuchte das Ganze als grossen basisdemokratischen Akt zu verkaufen. Bei der Umfrage hatten sich 84% der Teilnehmer für die Abschaffung der Zeitumstellung ausgesprochen. Insgesamt hatten sich zwar 4,6 Millionen EU-Bürger daran beteiligt, aber dennoch handelte es sich dabei um weniger als ein Prozent der EU-Bürger. Nichtsdestotrotz wollte sich Juncker mit einem grossen Gestus zum Anwalt dieses vermeintlichen Bürgerwillens aufschwingen und daraus eine Gesetzesinitiative der Europäischen Kommission machen: «Die Menschen wollen das, wir machen das», tat er so, als hätten die Bürger irgendetwas mitzureden. Man könne die Menschen nicht erst fragen, was sie denken und dann so tun, «als ob die nichts zu Protokoll gegeben hätten». Eine Schnapsidee. Denn in Wirklichkeit war dieses Verfahren sogar offensichtlich undemokratisch, da die Umfrage für Europa ja in keiner Weise repräsentativ war. Im Gegenteil kam dabei hauptsächlich der Wille der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck, die allein der 4,6 Millionen Stimmen abgegeben hatte.

Eine Million und nichts erreicht

Zwar gibt es in der Europäischen Union ein basisdemokratisches Verfahren, nämlich die «Europäische Bürgerinitiative» (5), die allerdings reiner Etikettenschwindel ist. Denn um mit diesem Instrument einen Vorschlag oder Gesetzesvorschlag auf den Weg zu bringen, müssen innerhalb von zwölf Monaten eine Million Unterschriften von Bürgern aus einem Viertel der Mitgliedstaaten gesammelt werden. Wobei vor der Sammlung die «Registrierung» (das heisst Genehmigung) der Europäischen Kommission steht. Unliebsame Initiativen können so von vorneherein aussortiert werden. Aber selbst wenn eine Million Signaturen gesammelt werden können, ist damit noch gar nichts erreicht, denn auf diese Weise kann man die Europäische Kommission lediglich «auffordern», im Rahmen ihrer Befugnisse «geeignete Vorschläge» zu Themen zu unterbreiten, «zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf». (6) Was die Kommission mit einer solchen «Aufforderung» anstellt, ist allein ihre Sache. Weder muss sie nun tatsächlich einen Gesetzesvorschlag machen, noch muss dieser den Wortlaut des Vorschlages der Bürgerinitiative wiedergeben. Ob, und wenn ja, welchen Vorschlag sie als «geeignet» betrachtet, um den zum Ausdruck gekommenen Bürgerwillen umzusetzen, ist allein ihre Entscheidung. Bürgerwille adé. Und so ist die grosse Mehrzahl der bisherigen «Europäischen Bürgerinitiativen» denn auch gescheitert, entweder, weil sie gar nicht erst «registriert» wurden, die Unterschriftensammlungen abgebrochen wurden oder die Initiativen von den EU-Institutionen schliesslich nicht umgesetzt wurden (zum Beispiel die Initiative «Wasser ist ein Menschenrecht»; Stand 2016). Am weitesten kamen bisher die üblichen politisch korrekten Themen wie «Vielfalt Europas» (Minderheitenschutz), «Stoppt Extremismus», Erziehung von «aktiven und verantwortungsbewussten Bürgern» (Bürgererziehung), «Let'sfly2Europe» (Flüchtlingen legalen und sicheren Zugang nach Europa gewähren) etc.pp.

Fehlende Gewaltenteilung und demokratischer Exitus

Vergleicht man das «Ordentliche Gesetzgebungsverfahren der EU» (siehe S.20) mit dem menschlichen Herzen, besteht das Problem, dass in allen «Herzkammern» im Grunde dasselbe Blut fliesst. Während sauerstoffreiches und -armes Blut im Herzen strikt getrennt werden, weil es sonst zu ernsten Schwierigkeiten käme, schwappt in allen Kammern der EU im Wesentlichen dieselbe politische Suppe, nämlich Politiker der grossen europäischen Blockparteien, die sich auf EU-Parlamentsebene zu noch grösseren Blöcken zusammenschliessen. Ergebnis: Fehlende Gewaltenteilung und demokratischer Exitus. Versucht man diesem demokratisch entgleisten System frisches Blut zuzuführen, etwa in Form «rechtspopulistischer Parteien» wie der AfD, kommt es zu heftigen Abstossungsreaktionen. Dissens ist in diesem Organismus nämlich unerwünscht. Das Zweikammersystem der meisten föderalen Demokratien (Ober-/Unterhaus; Bundestag/Bundesrat) wurde durch ein «Vierkammersystem» aus Europäischem Rat, Kommission, Ministerrat und Parlament ersetzt, in dem das Parlament nur eine untergeordnete Rolle spielt. Anders als in herkömmlichen Demo-



"... Europa macht frei von Schuld und darf nicht zerredet werden!"

kratien, pfuschen dem Repräsentanten des Souveräns (dem Parlament) noch drei weitere Kammern ins Handwerk, die jedoch nicht das Volk oder den Wähler repräsentieren, sondern die Regierungen (Europäischer Rat, Kommission, Ministerrat). Wie die Mächtigen in der EU dabei vorgehen, hat einmal Kommissionspräsident Juncker wie folgt enthüllt: «Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» [7]

Der Zug ist abgefahren

Die weiteren Demokratiedefizite der EU füllen ganze Bücher, zum Beispiel

- kein einheitliches Staatsvolk,
- nur wenige europaweite Medien
- zahlreiche Sprachbarrieren
- Ergebnis: Kein gemeinsamer europäischer Diskurs über politische Fragen der Union
- die Macht geht nicht vom gewählten Parlament aus, sondern von den Regierungen
- Ministerrat und Kommission nicht vom Volk gewählt, sondern nur indirekt legitimiert (über die Nationalparlamente und die nationale Regierungsbildung)
- intransparente Verträge und Entscheidungen
- etc. pp.

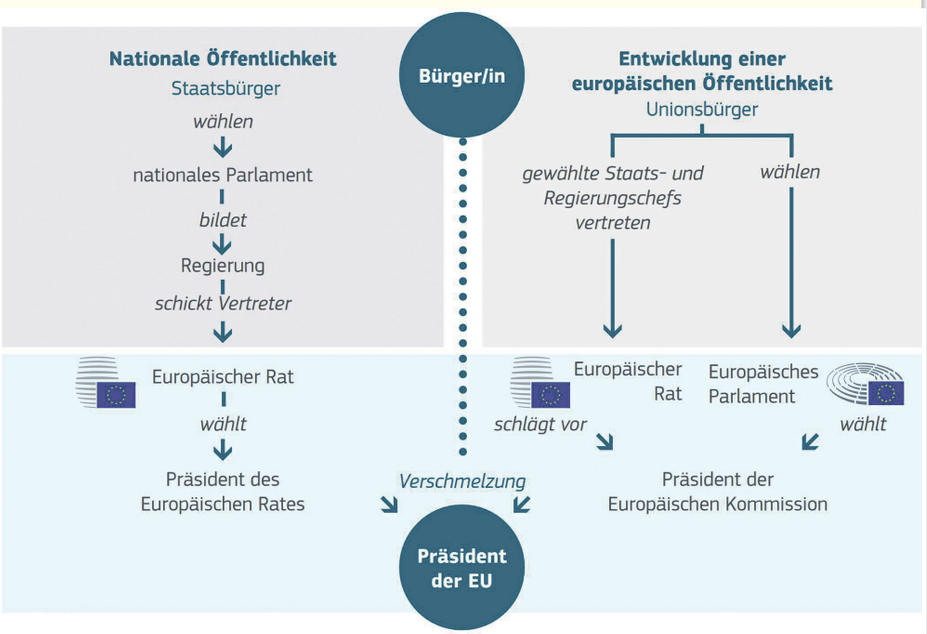
Aber kann uns denn das Grundgesetz nicht davor schützen? Kann Deutschland zum Beispiel nicht einfach aus der EU austreten? Dieser Zug ist abgefahren, oder zumindest haben die Politiker alles unternommen, dass er auf Nimmerwiedersehen abfährt. Denn mit der Grundgesetzänderung vom 23. September 1990 wurde einerseits die Staatlichkeit Deutschlands aufgehoben und andererseits die Mitgliedschaft in der Europäischen Union begründet – und zwar in einem Aufwasch.

Putsch gegen das Grundgesetz

Laut Grundgesetzänderung vom 23. September 1990 besitzt Deutschland in Wirklichkeit gar kein Staatsgebiet mehr. An jenem Tag wurde nämlich mit dem Gesetz zum Einigungsvertrag der Artikel 23 des Grundgesetzes aufgehoben, der dessen Geltungsbereich und damit das Staatsgebiet festlegte. Begriffe wie «Staatsgebiet»,

➔

Noch mehr Machtakkumulation? Geplanter «EU-Präsident»



Mit dem fortschreitenden Bröckeln der EU-Fassadendemokratie könnte demnächst, unter dem Vorwand der Effizienz, ein gemeinsamer «EU-Präsident» die obersten EU-Institutionen zusammenschliessen – ein weiterer Schritt in den EU-Zentralstaat?

Jean-Claude Juncker, der derzeitige Präsident der Europäischen Kommission, sähe sich gerne im Amt eines «EU-Präsidenten».

Foto: kremlin.ru (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Claude_Juncker_(2017-07-08)_01.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Unter dem Vorwand, «Doppelarbeit» zu vermeiden, wurde in einem kürzlich erschienenen Papier der EU-Kommission propagiert, dass in Zukunft nur noch eine einzige Person die beiden Ämter des Präsidenten des Europäischen Rates und des Präsidenten der Europäischen Kommission ausüben sollte. Der Vertrag von Lissabon würde die Möglichkeit eines «EU-Präsidenten» offen halten, er müsse lediglich kein nationaler Amtsträger sein. Der derzeitige EU-Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker befürwortete bei seiner Rede zur «Lage der Union» am 13. September 2017 – ganz ungehemmt (für sich selber) – einen ausgedehnten Kompetenzbereich:

«Europa würde besser funktionieren, wenn wir das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates mit dem des Präsidenten der Europäischen Kommission verschmelzen könnten.»

Mit einem gemeinsamen Präsidenten hätte dann wohl schlagartig der bisher ohne Initiativrecht ausgestattete Europäische Rat einen Präsidenten mit Initiativrecht und die vom Europäischen Rat bestimmte EU-Kommission einen Präsidenten, der unmittelbar bei der Ernennung seiner Kommissionsmitglieder mitwirken dürfte. Ist das etwa die «Mitbestimmung», «Transparenz» und «strikte Demokratie», mit der sich die EU-Politiker ständig brüsten?

Quelle: ec.europa.eu, A Double-Hatted President, 16.02.2018

> **«Seit 1949 ist deshalb das ‚vereinte Europa' als Staatsziel im Grundgesetz verankert. Die AfD will dahinter zurück: den Euro abschaffen, die Integration stoppen und notfalls aus der EU austreten. Mit Artikel 23, der sich ausdrücklich zur europäischen Integration bekennt, wäre das nicht vereinbar.»**
>
> *Heiko Maas, Aussenminister der BRD*

Foto: Connectedmorgenbriefing (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Heiko_Maas_2018.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Quelle: fr.de, AfD ist in Teilen verfassungswidrig, 10.09.2017

Altbundespräsident über EU: «hat [...] nicht mehr viel mit einem Rechtsstaat zu tun»

Der Altbundespräsident Roman Herzog nahm in einem Schreiben an die Kanzlerin Merkel kein Blatt vor den Mund, um auf die undemokratischen Verhältnisse der EU-Bürokratie aufmerksam zu machen:

«Wir brauchen Abwehrrechte der nationalen Parlamente gegen die Kompetenzüberschreitungen in Brüssel, die von den nationalen Regierungen geschickt ausgenutzt werden.»

Weiter führte er aus, dass er nicht gegen eine zentrale Anlaufstelle für die Vertretung europäischer Interessen sei, **jedoch «[...] bin ich strikt gegen einen europäischen Superstaat, der seine Bürger mit immer neuen Gesetzen, Regelungen und Verordnungen drangsaliert.»**

Dass ein neuer Mitgliedsstaat inzwischen beim Beitritt 60.000 bis 70.000 Seiten an EU-Recht übernehmen müsse, quittierte Herzog, der auch Präsident des Bundesverfassungsgerichts war, folgendermassen:

«Das kann doch kein Bürger kennen. Aber er soll sich daran halten. In der Tendenz hat diese Praxis nicht mehr viel mit einem Rechtsstaat zu tun.»

Quelle: welt.de, Herzog sympathisiert mit britischer EU-Skepsis, 15.05.2015

Roman Herzog, von 1994 bis 1999 der siebte Bundespräsident der BRD

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Roman_Herzog_2012.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

«Territorium» oder «Grenzen» suchte man im Grundgesetz zwar auch früher vergebens. Die Definition des Staatsgebietes fand sich aber in dem genannten Artikel 23, der das Staatsgebiet indirekt über die Bundesländer definierte:

> «Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Gross-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.»

Damit war klar, aus welchen Territorien sich die Bundesrepublik Deutschland zusammensetzte und dass die Grenzen ihrer Länder zum benachbarten Ausland die Staatsgrenze bildeten.

...und weg war der Staat

Mit dem Gesetz zum Einigungsvertrag vom 23. September 1990 (in Kraft getreten am 29.9.1990) wurden Artikel 23 und damit das Staatsgebiet Deutschlands jedoch aufgehoben und gleichzeitig die Verpflichtung zum Aufbau der Europäischen Union in das Grundgesetz geschrieben. Ein Staat ohne Staatsgebiet ist nämlich kein Staat. Dafür wurde der ursprüngliche Text von Artikel 23 in die Präambel des Grundgesetzes verschoben, wo er keine rechtlich bindende Wirkung mehr hat, da Präambeln nicht zu den rechtswirksamen Bestandteilen eines Gesetzes oder Vertrages gehören. Die Aufzählung der Bundesländer in der Präambel definiert auch inhaltlich keinen Geltungsbereich mehr, sondern erklärt nur in einer Art Rückblick, dass die genannten Länder «in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet» hätten. Gemäss dieser Präambel gilt das Grundgesetz nicht mehr für ein bestimmtes Gebiet (die Bundesländer), sondern nur für ein Volk, nämlich «das gesamte Deutsche Volk». Damit wird der geografische Geltungsbereich quasi durch einen «ethnischen» ersetzt.

Wiedervereinigung oder Auflösung?

Statt die Staatlichkeit Deutschlands zu definieren und festzulegen, wurde der Artikel 23 in sein Gegenteil verkehrt, die Staatlichkeit aufgelöst und Deutschland zum Aufbau eines «vereinten Europa» verpflichtet. Weshalb der Artikel, der früher das deutsche Staatsgebiet definierte, inzwischen auch «Europaartikel» heisst. In Wirklichkeit wurde die Staatlichkeit Deutschlands also durch eine Verpflichtung zur «europäischen Staatlichkeit» ersetzt. Wie man an den Manövern rund um den Artikel 23 erkennen kann, war die «deutsche Wiedervereinigung» in Wirklichkeit also Deutschlands Auflösung. Während die Deutschen in der alten Bundesrepublik die Mehrheit stellten, sind sie in der Europäischen

Das EU-Parlament in Strassburg sorgt seit seiner Fertigstellung im Jahr 1999 regelmässig für erstaunte Blicke bei Kennern christlicher Symbolik. Die Ähnlichkeit zwischen dem Parlamentsgebäude und dem alttestamentarischen «Turm zu Babel» sticht ins Auge. Die EU warb sogar mit dem Gemälde «Der Turmbau zu Babel» von Pieter Bruegel und dem Spruch «Viele Zungen, eine Stimme». Nach biblischen Berichten war Babel eine Stadt, die die Menschheit vereinte. Alle sprachen eine einheitliche Sprache. Es war die Heimatstadt von Nimrod, des ersten Tyrannen der Geschichte. Nimrod war es, der den Befehl zum Bau des Turmes gab. Die Überlieferung sagt uns jedoch, dass der Turmbau zu

Achtung! Nicht verwechseln!

EU

Ein zentralistisches, technokratisches Bürokratiemonster aus Brüssel gegen die Freiheit und den Wohlstand der Normalbürger, für nimmersatte Bürokraten, Banken und Konzerne. Zeichnet sich aus durch Bevormundung, Souveränitätsentzug, Rechtsbruch und Korruption.

Europa

Vielfältige, seit Jahrtausenden gewachsene unterschiedliche Länder, Völker und Kulturen, die sich gegenseitig bereichern. Eine Wiege der Zivilisation, aus der Höchstleistungen in Technik, Kunst, Architektur uvm. hervorgingen.

Union nunmehr eine Minderheit. Als Volk ohne Staat gleichen die Deutschen inzwischen den Palästinensern (die immerhin um ihre Staatlichkeit kämpfen). Allerdings hat den Deutschen das niemand erzählt.

Da das Grundgesetz selbst natürlich an die Bundesrepublik gebunden war, verlor es damit de jure seinen Sinn. Ergebnis ist ein einziges Durcheinander zwischen dem de facto (aber nicht de jure) abgeschafften Grundgesetz und den Europäischen Grundrechten. Selbst die Bundeszentrale für Politische Bildung gibt zu: «Das Verhältnis zwischen EU-Recht und Grundgesetz kann bis auf den heutigen Tag als nicht eindeutig geklärt bezeichnet werden. Obwohl das europ. Recht prinzipiell Anwendungsvorrang gegenüber nationalem Recht geniesst (auch gegenüber dem nationalen Verfassungsrecht), steht es nicht ‚über' dem Grundgesetz.» «Vorrangig», aber nicht «darüber»? Die Quadratur des Kreises: Wie soll das denn gehen? Wie man sieht, geht der ganze europäische Schwindel an seinen Widersprüchen zugrunde (jedenfalls auf der logischen Ebene). Ergebnis ist einstweilen, dass je nach Sachlage mal das Bundesverfassungsgericht den Europäischen Gerichtshof ignoriert und ein andermal der EuGH in das Grundgesetz eingreift.

Aber an Demokratie war von Anfang ohnehin niemand interessiert. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem System der EU nur um ein «Legitimationstheater» mit einer «Prise Demokratie» in Form eines (Schein-) Parlamentes. Wahlen geben den Bürgern das Gefühl, beteiligt zu werden. Wo die Reise hingehen soll, formulierte dagegen EU- (und übrigens auch UNO-)Pionier Winston Churchill so: «Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endzie

Gerhard Wisnewski

studierte Politikwissenschaften in München. Seit 1986 arbeitet er als hauptberuflicher Journalist, Schriftsteller und Filmautor. Spezialgebiete: Wissenschaft, Technik, Politik und Geschichte. Wisnewski arbeitete für zahlreiche Mainstreammedien wie Bild, Frankfurter Neue Presse, AZ, tz, SZ-Magazin u.v.a.m. Erstes Aufsehen erregte Wisnewski 1992 mit dem Buch Das RAF-Phantom (mit Landgraeber, Sieker). Der darauf beruhende Fernsehfilm erhielt im Jahr 2000 den Grimme-Preis (Regie: Dennis Gansel). Heute gilt Wisnewski als führender Vertreter der Gegenöffentlichkeit und zählt laut «Spiegel» zu den Pionieren «des aktuellen Gegenzeitgeistes». Seit 2008 veröffentlicht er seinen sehr erfolgreichen kritischen Jahresrückblick «verheimlicht – vertuscht – vergessen».

Babel nie vollendet wurde. Als Gott durch die grosse Sprachverwirrung intervenierte, scheiterte Nimrods Vision vom babylonischen Grossreich und damit auch sein architektonisches Mammut-Projekt, mit dem er Gottes Strafe trotzen wollte. Gut möglich, dass auch die EU eines Tages an ihren Widersprüchen zugrunde gehen wird, z.B. an dem undurchschaubaren Gesetzeswirrwarr, das doch schon sehr an die babylonische Sprachverwirrung erinnert. Ebenso gut möglich, dass dieser (kontrollierte?) Zusammenbruch die Europäer wieder in eine neue, noch mächtigere und grössere politische Union treiben könnte: Das altbewährte Prinzip der Ordnung aus dem Chaos.

Quellen:

1. FAZ online, 2.9.2007;
2. Löhle, Claudia: Was ist dran am Mythos 80 Prozent?, Zeitschrift für Direkte Demokratie, Nr.85, 1/10;
3. Stern Nr. 32/2005;
4. online, 16.5.2018;
5. nach Paragraph 11 Absatz 4 des Vertrages über die Europäische Union);
6. Paragraph 11, a.a.O.;
7. Der Spiegel, 27.12.1999

Die Aufhebung des deutschen Staatsgebiets durch Artikel 23

„Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“

Artikel 23 des Grundgesetzes, der das deutsche Staatsgebiet festlegte, wurde mit der Wiedervereinigung durch einen Artikel ersetzt, der Deutschland zum Aufbau eines Vereinten Europas verpflichtet, auch «Europaartikel» genannt.

(1) [1]Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit, die demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist und einen diesem Grundgesetz im wesentlichen vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleistet. [2]Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen. [3]Für die Begründung der Europäischen Union sowie für Änderungen ihrer vertraglichen Grundlagen und vergleichbare Regelungen, durch die dieses Grundgesetz seinem Inhalt nach geändert oder ergänzt wird oder solche Änderungen oder Ergänzungen ermöglicht werden, gilt Artikel 79 Abs. 2 und 3.

(1a) [1]Der Bundestag und der Bundesrat haben das Recht, wegen Verstoßes eines Gesetzgebungsakts der Europäischen Union gegen das Subsidiaritätsprinzip vor dem Gerichtshof der Europäischen Union Klage zu erheben. [2]Der Bundestag ist hierzu auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder verpflichtet. [3]Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können für die Wahrnehmung der Rechte, die dem Bundestag und dem Bundesrat in den vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union eingeräumt sind, Ausnahmen von Artikel 42 Abs. 2 Satz 1 und Artikel 52 Abs. 3 Satz 1 zugelassen werden.

(2) [1]In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit. [2]Die Bundesregierung hat den Bundestag und den Bundesrat umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu unterrichten.

(3) [1]Die Bundesregierung gibt dem Bundestag Gelegenheit zur Stellungnahme vor ihrer Mitwirkung an Rechtsetzungsakten der Europäischen Union. [2]Die Bundesregierung berücksichtigt die Stellungnahmen des Bundestages bei den Verhandlungen. [3]Das Nähere regelt ein Gesetz.

(4) Der Bundesrat ist an der Willensbildung des Bundes zu beteiligen, soweit er an einer entsprechenden innerstaatlichen Maßnahme mitzuwirken hätte oder soweit die Länder innerstaatlich zuständig wären.

(5) [1]Soweit in einem Bereich ausschließlicher Zuständigkeiten des Bundes Interessen der Länder berührt sind oder soweit im übrigen der Bund das Recht zur Gesetzgebung hat, berücksichtigt die Bundesregierung die Stellungnahme des Bundesrates. [2]Wenn im Schwerpunkt Gesetzgebungsbefugnisse der Länder, die Einrichtung ihrer Behörden oder ihre Verwaltungsverfahren betroffen sind, ist bei der Willensbildung des Bundes insoweit die Auffassung des Bundesrates maßgeblich zu berücksichtigen; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren. [3]In Angelegenheiten, die zu Ausgabenerhöhungen oder Einnahmeminderungen für den Bund führen können, ist die Zustimmung der Bundesregierung erforderlich.

(6) [1]Wenn im Schwerpunkt ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse der Länder auf den Gebieten der schulischen Bildung, der Kultur oder des Rundfunks betroffen sind, wird die Wahrnehmung der Rechte, die der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union zustehen, vom Bund auf einen vom Bundesrat benannten Vertreter der Länder übertragen. [2]Die Wahrnehmung der Rechte erfolgt unter Beteiligung und in Abstimmung mit der Bundesregierung; dabei ist die gesamtstaatliche Verantwortung des Bundes zu wahren.

(7) Das Nähere zu den Absätzen 4 bis 6 regelt ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Der ursprüngliche Text von Artikel 23 wurde in die Präambel des Grundgesetzes verschoben, wo er keine rechtlich bindende Wirkung mehr hat. War die deutsche Wiedervereinigung in Wahrheit also Deutschlands Auflösung?

Präambel

[1]Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. [2]Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. [3]Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Vertrag von Lissabon – Lesen verboten!

von Gerhard Wisnewski

Angela Merkel unterzeichnet den EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) am 13.12.2007, der zu diesem Zeitpunkt für Politiker und Bürger so gut wie unlesbar war.

Wie bereits die europawilligen Kanzler vor ihr, setzte auch Angela Merkel bereitwillig ihre Unterschrift unter ein Gesetzeswerk, das die Macht aller EU-Regierungen schwächte und die der Europäischen Union ausweitete. Obwohl laut Umfragen vom 29. Mai und 01. Juni 2005 54,67% der französischen und 61,54% der niederländischen Wähler den Reformvertrag abgelehnt hatten, unterschrieb Angela Merkel den «Vertrag von Lissabon» – auch EU-Reformvertrag genannt – am 13.12.2007 zusammen mit den anderen EU-Staats- und Regierungschefs. Obendrein nickte der Deutsche Bundestag das Ganze am 24. April 2008 ab. Ein «grosses Projekt» sei dieser EU-Reformvertrag, frohlockte Merkel, und eine «solide Grundlage für die Weiterentwicklung Europas» – wohin auch immer.

So feierte plötzlich ein totgesagtes Papier fröhliche Wiederauferstehung, nämlich die mit Pauken und Trompeten gescheiterte EU-Verfassung bzw. der «Vertrag über eine Verfassung für Europa» – das gescheiterte Vorgängerdokument des «Vertrags von Lissabon». Wie tot dieses Dokument eigentlich war, ist schon längst vergessen. Es war nämlich keineswegs nur durch die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 zu Fall gebracht worden. Vielmehr kam die europaweite Ratifizierung auch durch mehrere Verfassungsklagen ins Stocken, unter anderem in Deutschland. Das heisst: Selbst wenn Frankreich und Holland damals zugestimmt hätten, wäre es fraglich gewesen, ob die Verfassung in Deutschland hätte ratifiziert werden und ob sie damit für Europa wirklich hätte in Kraft treten können. Denn zwar billigten Bundestag und Bundesrat 2005 die Verfassung, nicht aber das Bundesverfassungsgericht und auch nicht der Bundespräsident, der die Ratifizierungsurkunde hätte unterschreiben müssen. Aufgrund mehrerer anhängiger Verfassungsklagen legte Bundespräsident Horst Köhler die Unterzeichnung seinerzeit auf Eis. Genau wie bald darauf das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung über die EU-Verfassung. Denn immerhin zeichnete sich bereits ab, dass sich die Verfassung in dieser Form erledigt hatte und auf europäischer Ebene ein neuer Prozess in Gang kam, der schliesslich zum «EU-Reformvertrag» führte.

Vertrag unlesbar

So weit, so gut – oder schlecht. Je nach Blickwinkel. Aber was wurde mit dem EU-Reformvertrag eigentlich genau verabschiedet? Aufschluss gab damals ein Vortrag des dänischen Europa-Abgeordneten Jens-Peter Bonde: «Sie sollten wissen», sagte Bonde zu seinen Zuhörern, «dass das, was bisher veröffentlicht wurde, unterzeichnet von den Premierministern, ein Text ist, den sie niemals gelesen haben. Niemals! Warum? Weil er gar nicht lesbar ist! Dies ist kein Vertrag, sondern 300 Verweise auf 3000 andere Seiten in EU-Verträgen. Und Sie können das nur lesen, wenn Sie jede einzelne Ergänzung nehmen und dann in den anderen Verträgen nachschlagen, um sie dort einzusetzen.»

Angela Merkel hatte den Reformvertrag nicht gelesen, weil sie es gar nicht konnte? Der Reformvertrag – kein lesbares Schriftstück, sondern nur eine Sammlung von Verweisen auf 3000 andere Seiten? Was bedeutet, dass man den Reformvertrag Stand 2007 Artikel für Artikel unter Zuhilfenahme der 3000 Seiten starken anderen Verträge zusammensetzen musste? Dass er also bei der Unterzeichnung durch die Staats- und Regierungschefs am 13. Dezember 2007 bloss eine Art Sirup war, den man erst mit den Seiten der anderen Verträge zu einem «geniessbaren» Vertrag zusammenrühren musste? Kaum zu glauben. Aber leider wahr. Denn der gerühmte Reformvertrag war zunächst nur ein Änderungsvertrag von anderen Verträgen. In Bezug auf die Satzung des Gerichtshofs der EU heisst es zum Beispiel:

«p) In Artikel 51 Absatz 1 Buchstabe a dritter Gedankenstrich wird der Verweis auf Artikel 202 dritter Gedankenstrich ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 249c Absatz 2 und in Buchstabe b wird der Verweis auf Artikel 11a ersetzt durch einen Verweis auf Artikel 280f Absatz 1. In Absatz 2 werden die Worte ‚oder der Europäischen Zentralbank' gestrichen.»

Lesbarkeit verboten

Les- und verstehbar ist erst eine sogenannte «konsolidierte Fassung» eines solchen Änderungsvertrages, in welche die Änderungen eingearbeitet wurden. Die aber gab es bei der Unterzeichnung durch Angela Merkel und die anderen Regierungschefs im Dezember 2007 nicht. Noch drei Monate nach der Unterschrift kämpften der Europa-Abgeordnete Bonde und seine Kollegen vergeblich um eine lesbare (konsoli-

Foto: F13T35 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tratado_de_Lisboa_pt_-_blue_bg.svg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Der 2007 durch die Hintertür eingeführte Lissabon-Vertrag war in grossen Teilen identisch mit dem im Jahre 2005 abgelehnten «Vertrag über eine Verfassung für Europa». Bei der Einführung des Vertrags von Lissabon wurden (ausser in Irland) Volksabstimmungen vermieden und bewusst das Wort «Verfassung» aus dem Vertrag herausgestrichen, um die fehlende Legitimation durch den Volkswillen zu umgehen.

➔

dierte) Fassung: «Im Europäischen Parlament sind wir im Ausschuss für Verfassungsangelegenheiten einstimmig der Meinung, dass wir eine lesefreundliche und konsolidierte Fassung haben wollen», sagte Bonde im Januar 2008, also einen Monat nach Merkels Unterschrift unter den Vertrag. Nächste Überraschung: Als er und seine Kollegen eine lesbare Fassung herstellen wollten, kamen sie zu dem Schluss, dass es schlicht verboten war, eine solche Fassung rechtzeitig von den Parlamentsentscheidungen herzustellen: «Im Rat haben sie beschlossen, dass es keiner einzigen Institution in der EU erlaubt ist, eine konsolidierte Fassung zu drucken, die man überhaupt lesen kann, bevor der Vertrag von allen 27 Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde.»

Der dänische EU-Abgeordnete Jens Peter Bonde kämpfte vergeblich um eine lesbare Fassung des EU-Reformvertrags, bevor es in den nationalen Parlamenten zur Abstimmung darüber kam.

Lissabon-Vertrag = EU-Verfassung?

Man werde die lesbare Fassung also «nicht bekommen. Weil höhere Mächte beschlossen haben, dass wir sie nicht bekommen werden. Dies ist eine Anweisung von einigen Premierministern, die nicht wollen, dass der Text gelesen wird. Der Befehl lautet: Unterschreiben!» Man erkennt die Absicht und ist verstimmt. **Das klingt fast so, als wären die europäischen Institutionen noch viel schlimmer als der windigste Haustürverkäufer, der seine Verträge so kleingedruckt und unverständlich abfasst, dass man die versteckten Überraschungen darin garantiert nicht erkennen kann. Zum Beispiel, dass es sich eben doch um eine Verfassung handelt. Denn zwar habe man «das Wort ‚Verfassung' von der Titelseite entfernt», so Bonde, «doch wenn Sie die Deklaration 27 des Vertrages lesen, werden Sie die Verfassung wiederfinden, weil diese Deklaration die Urteile des Luxemburger Gerichts bestätigt, wonach es sich bei dem europäischen Rechtssystem um ein Verfassungssystem handelt.»**

«Es gibt eine gute und zu begrüssende europäische, fast schon globale Kultur, nämlich dass Verfassungen vom Volk entschieden werden», sagte mir Dr. Michael Efler, EU-Experte bei dem Verein «Mehr Demokratie e.V.». Klar, denn niemand anderer als das Volk kann und sollte am Beginn eines neuen Staatswesens stehen. Tut es das nicht, fehlt es dem Staatswesen an Legitimation. «Und deswegen gab es auch bei der ersten Runde des europäischen Verfassungsvertrages vier Länder, die abgestimmt haben. Und um genau das zu vermeiden, hat man das Wort Verfassung gestrichen und hat das Ganze zu einem blossen Vertrag umgewidmet, den man dann auch noch bewusst nicht lesbar gestaltet hat. Das kann man auch an den Äusserungen einzelner hochrangiger Politiker belegen.» Starker Tobak. Aber durchaus berechtigt, denn:

- «Alle früheren Vorschläge sind in dem neuen Vertrag, aber irgendwie versteckt und verschleiert.» (Valéry Giscard d'Estaing, Ex-Präsident Frankreichs und Autor der ursprünglichen EU-Verfassung)
- «Man beschloss, dass das Dokument unleserlich sein sollte.» (Giuliano Amato, ehemaliger Ministerpräsident Italiens)
- «Dieser Vertrag musste unklar sein. Das ist gelungen.» (Karel de Gucht, Aussenminister Belgiens)

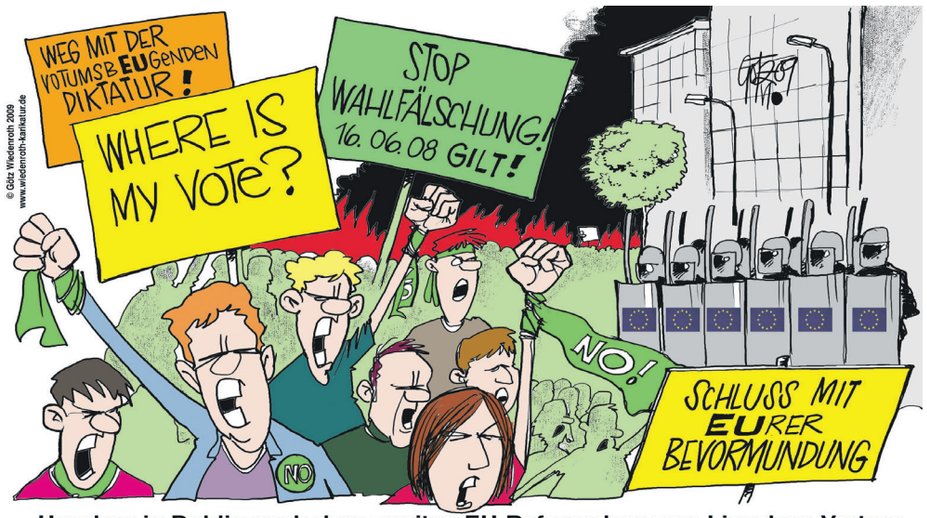
Blau, blau, blau ist alles, was ich habe/ blau, blau, blau ist alles, was ich mag ...

Bewusste Irreführung?

Gratulation. Aber kann man einem Europa, das auf diese Weise geschaffen wird, trauen? Eigentlich nicht, denn heraus kam ein Vertrag, der bereits nach den EU-Verbrauchergesetzen null und nichtig gewesen wäre: «Im Kleingedruckten von Verträgen verbergen sich oft kundenfeindliche Klauseln», heisst es zum Beispiel auf einer Seite des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. «Eine Richtlinie schützt vor bösen Überraschungen.» Na so was! Und welche EU-Richtlinie schützt die Bürger vor den bösen Überraschungen in windigen «Reformverträgen» mit Verfassungsrang? «Die EU will härter gegen irreführende Werbung und unfaire Praktiken vorgehen, mit denen Käufer im Internet auf der Suche nach billigen Flügen in die Falle gelockt werden», lobte sich die EU-Kommission. Aber was ist mit den juristischen Fallstricken, die die EU-Führung für ihre Bürger vorbereitet hat? «Irreführende oder betrügerische Werbung ist laut EU-Recht untersagt», jubelt eine EU-Broschüre über Verbraucherschutz: «Im Fernverkauf sowie bei Bestellungen per Post oder Internet müssen die Anbieter vielmehr offen und ehrlich sein.» Offen und ehrlich – na, das wär' doch mal was! «Laut EU-Recht sind sie verpflichtet, Ihnen gegenüber umfassend offenzulegen, wer sie sind, was sie verkaufen, wie viel es kostet.» Eine tolle Sache, dieses EU-Recht. Nur was man den Bürgern mit dem EU-Reformvertrag angedreht hat, wurde keineswegs umfassend offengelegt. Im Gegenteil. Seine eigentliche Bedeutung wurde lange Zeit peinlich unter Verschluss gehalten.

Und das sollte auch so sein, wie auch ein Antrag der Fraktion «Die Linke» im Deutschen Bundestag vom 6. Dezember 2007, allen EU-Bürgern baldmöglichst eine lesbare Fassung des Reformvertrages vorzulegen, belegt. **Sieben Tage bevor die Kanzlerin das juristische Durcheinander am 13. Dezember 2007 willfährig unterschrieb, beantragte «Die Linke» (Bundestagsdrucksache 16/7446), allen Deutschen «schnellstmöglich» und «kostenfrei» eine lesbare (konsolidierte) Fassung vorzulegen. Ein vernünftiger Vorschlag: Warum sollten die Bürger den Vertrag auch nicht lesen dürfen, bevor ihre Vertreter darüber entscheiden würden? Es ist eigentlich kaum zu glauben, aber der Antrag wurde abgelehnt. Die Bürger sollten nicht nur nicht abstimmen dürfen, sie sollten den Vertrag nicht einmal rechtzeitig zu lesen bekommen!**

Um dabei etwas Böses zu denken, muss man nicht einmal ein Schelm sein. «Es ist definitiv so», dass auch «der Bundestag bei seiner Entscheidung auf der Basis eines Änderungsvertrages entschieden hat», so Dr. Michael Efler von «Mehr Demokratie e.V.»: «Da behaupte ich mal, dass 99% der Abgeordneten das nicht kapiert haben.» Tatsächlich wurde am 24. April 2008 im Bundestag auf der Grundlage einer nicht konsolidierten (also unlesbaren) Fassung abgestimmt, und zwar über Bundestagsdrucksache 16/8300. In Artikel 2 Absatz 3 heisst es zum Beispiel:



Unruhen in Dublin nach dem zweiten EU-Referendum zum Lissabon-Vertrag

«3. In den folgenden Artikeln werden die Worte ‚Rat ... einstimmig' an der geeigneten Stelle ergänzt durch die Worte ‚gemäss einem besonderen Gesetzgebungsverfahren'; die Worte ‚auf Vorschlag der Kommission' werden gestrichen:

- Artikel 13, der 16e wird, Absatz 1
- Artikel 19 Absatz 1
- Artikel 19 Absatz 2
- betrifft nicht die deutsche Fassung
- Artikel 93
- Artikel 94, der 95 wird
- Artikel 104 Absatz 14 Unterabsatz 2
- Artikel 175 Absatz 2 Unterabsatz 1.»

Das heisst,

- dass etwa 90% der Bundestagsabgeordneten (515 Ja-Stimmen) bei weitreichenden Entscheidungen, die das Schicksal der gesamten deutschen Bevölkerung betreffen, noch weniger Sorgfalt an den Tag legen, als man es gemeinhin beim Abschluss eines Handyvertrages tut,
- dass eine De-facto-Verfassung, deren Zurkenntnisnahme durch die Abgeordneten und die Bevölkerung vor der Abstimmung nicht möglich war, nicht legitim und damit auch nicht gültig sein kann. Angesichts dieser und anderer Umstände lag es auf der Hand, dass der sogenannte «EU-Reformvertrag» gestoppt werden musste.

Im Wesentlichen gab es da zwei Hoffnungen:

1. die von dem Bundestagsabgeordneten Peter Gauweiler und anderen angestrengten Verfassungsklagen
2. die Volksabstimmung am 12. Juni 2008 in Irland.

Das Volk als Störfaktor

Nach der Bundestagsverabschiedung des Lissabon-Vertrags vom 24.04.2008 sahen Gegner des EU-Reformvertrages nur noch eine Hoffnung: Die Volksabstimmung in Irland am 12. Juni 2008. An diesem Tag hiess es deshalb: Last Exit Irland. Ergebnis: 53,4% der Iren lehnten den EU-Reformvertrag ab. Danach herrschten in Europa Heulen und Zähneknirschen – jedenfalls im Europa der Politiker. Die Völker lachten sich eher ins Fäustchen, hatten doch gerade mal 4,2 Millionen Iren den Bürokraten gezeigt, wo's langgeht. Während die übrige EU-Bevölkerung dem Ratifizierungsprozess des undurchsichtigen Vertragswerkes tatenlos zusehen musste, durfte als einziges Volk das irische über die als «Reformvertrag» getarnte Verfassung abstimmen. Der Witz dabei: Mit der Ablehnung des Vertrages taten die Iren mehr für die Einigung der europäischen Völker als Generationen von EU-Politikern.

Nichts da. Schon kurz nach dem Abstimmungsdesaster war ausgemacht: Versagt haben nicht die Politiker, sondern das Volk. «Das Nein der Iren zum EU-Reformvertrag hat Verärgerung, Unverständnis und Ratlosigkeit in der deutschen Politik ausgelöst», konnte man bei Spiegel Online lesen. Er habe «kein Verständnis dafür», sagte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Stübgen. Hier werde «in einer Mischung aus politischer Engstirnigkeit und Politikverdrossenheit so nebenbei die Demokratisierung der EU verhindert», moserte die Süddeutsche Zeitung. Der Schwanz habe mit dem Hund gewedelt, schimpfte Claus Kleber im heute journal vom 13.06.2008. Vier Millionen Iren hätten verhindert, dass eine halbe Milliarde Europäer einen Schritt nach vorne hätten tun können. Da sieht man mal, wie unsere Journalisten, die angebliche «Vierte Gewalt» im Staate, die Perspektive der Obrigkeit übernehmen und das Volk als Störfaktor betrachten.

Dass all das so nicht akzeptiert werden konnte, war abzusehen und so wurde die Abstimmung in Irland 2009 einfach wiederholt, begleitet von einer riesigen Pro-EU-Propaganda-Kampagne. Im zweiten Anlauf «entschieden» sich die Iren dann für den EU-Reformvertrag.

Vorgeschmack auf die EU-«Demokratie»

Diese Art von Legislative im Geheimverfahren oder die Wiederholung demokratischer Abstimmungen bis zum erwünschten Ergebnis kann man wohl als Vorgeschmack auf die neue Art europäischer Demokratie interpretieren. «Am Beispiel des Durchboxens des EU-Vertrages lässt sich der Zustand der Demokratie in der EU studieren», brachte es der Buchautor Christian Felber auf den Punkt (Europa am Scheideweg. Kritik am EU-Reformvertrag). «Umso peinlicher, als ‚mehr Demokratie' und ‚Bürgernähe' zu den angeblichen Vorzügen des Lissabon-Vertrages zählen...».

Irland liess als einziges EU-Land seine Bürger über den Lissabon-Vertrag abstimmen: Der Vertrag wurde abgelehnt. Ein Jahr später wurde jedoch mit aufwendigen Pro-EU-Kampagnen die Abstimmung wiederholt und ein Pro-EU-Ergebnis geradezu propagandistisch erzwungen

Die Verfassungen souveräner Staaten wie beispielsweise das Grundgesetz wurden durch den Reformvertrag null und nichtig und quasi abgeschafft. So heisst es auf Seite 436 des Reformvertrages, dass den EU-Verträgen «keine wie immer gearteten innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgehen können», so Felber, «also auch nicht Verfassungsrecht».

Die Regierungskonferenz zur Annahme des Vertrags von Lissabon, heisst es da, weist darauf hin, dass die Verträge und das von der Union auf der Grundlage der Verträge gesetzte Recht «Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten haben». Die Verabschiedung des Reformvertrages war also nicht irgendein Handstreich, sondern ein Staatsstreich von oben gegen das Grundgesetz. ***(gw)***

Lobbyismus

In der Schmiede

Auf einen Blick

- Am 07.04.1983 gründete in Paris eine kleine Gruppe von führenden Konzernchefs den European Round Table of Industrialists (ERT). Aus ihm wurde eine der bis in die heutige Zeit einflussreichsten Lobbygruppen der Welt, die seither Hand in Hand mit der EU ihre monopolistischen Ziele innerhalb Europas verwirklicht. Bestes Beispiel dafür war das grösste Infrastrukturprojekt Europas TEN (Transeuropäische Netze), das nahezu identisch mit der kurz zuvor veröffentlichen Publikation – «Reshaping Europe» – des ERT war.
- Anstatt sich gegenseitig im offenen Wettbewerb zu stellen, war den Mitgliedern des ERT von Anfang an klar, dass es viel einfacher ist, sich in Zusammenarbeit mit einer zentralistischen EU-Regierung eine dominierende Marktposition aufzubauen und dass – auf Kosten der Gesellschaft – innerhalb der Politik die besten Geschäfte zu machen sind (Zuschüsse, Subventionen, Steuerfreibeiträge, etc.).
- Dieser Missbrauch des EU-Gewaltmonopols ähnelt dem Kommunismus, denn in beiden Fällen werden auf Basis eines Einheitsstaates einheitliche Märkte sowie einheitliche Verbraucher und Staatsbürger, die dem System ausgeliefert sind, geschaffen.
- Obwohl die Industrie und die EU somit quasi eins wurden, zeigt die Realität, dass aufgrund der derzeitigen EU-Politik mit ihrem unablässigen Regulierungswahn früher oder später auch die grossen Branchenmonopole auf der Strecke bleiben werden. Die schleichende Deindustrialisierung scheint unumgänglich zu sein auf dem Weg in den Globalstaat, in dem am Ende eben keine zahlungskräftigen Kunden und eine blühende Wirtschaft stehen, sondern vielmehr ein Monokonzern mit Einheitsprodukten niedrigster Qualität – siehe George Orwells 1984.

von Gerhard Wisnewski

Wir schreiben das Jahr 1993. Olivier Hoedeman ist Umweltschützer bei einer NGO in Amsterdam. An einem Tag im Sommer 93 landet ein Fax in seinem Büro: «Es kam aus Frankreich von einer lokalen Umweltgruppe», erinnert sich Hoedeman in einer TV-Dokumentation: «Die Gruppe kämpfte gegen den Bau einer Autobahn durch ein Tal in ihrer Gegend – das Aspetal, eine ökologisch sehr wertvolle wunderschöne Gegend. Sie fragten, ob wir mehr über die Rolle der EU bei diesem Projekt wüssten, speziell über die Rolle der Europäischen Kommission. So sahen wir uns das näher an.» Hoedeman und seine Mitarbeiter machten sich auf die Suche. Sie wälzten Akten, durchforsteten Archive und fanden schliesslich einen umfangreichen Plan der EU: das TEN-Projekt der Europäischen Kommission (Trans European Network/ Transeuropäische Netze), ein riesiges Infrastrukturprojekt mit einem geschätzten Volumen von 400 Milliarden Euro. Dazu gehörten Strassen, Autobahnen, Bahnverbindungen, Wasserstrassen, Flughäfen und anderes mehr. Man findet dieses Vorhaben auch heute noch auf Wikipedia.

Die Henne oder das Ei?

Was man dort allerdings nicht findet, sind die mutmasslichen Urheber dieses Multimilliardenprojekts. Hoedeman und Co. stiessen nämlich auch noch auf ein anderes Papier, nämlich den Plan einer geheimnisvollen Organisation namens European Round Table of Industrialists (ERT), ein Zusammenschluss der 50 mächtigsten europäischen Konzerne.» with «ein Zusammenschluss aus etwa 50 mächtigen europäischen Konzernen. Dieses Konzept trug zwar einen anderen Namen: «Reshaping Europe» (Europa umgestalten). Aber ansonsten sahen sich die Papiere zum Verwechseln ähnlich: «Ich vergleiche die Publikationen hin und her - was für eine auffallende Ähnlichkeit! Die Projekte sind fast identisch!», erinnert sich Hoedeman. Kurz: Die Konzepte glichen sich wie ein Ei dem anderen! Und auch die Frage, was zuerst da war, die Henne oder das Ei, wurde beantwortet: Die EU-Kommission schien die Vorschläge der ERT-Industriellen lediglich kopiert zu haben. Hoedemans Recherchen zufolge war das wohl grösste Infrastrukturprojekt der Europäischen Union von drei Konzernchefs entworfen worden: «Jerome Monod, Chef von Lyonnaise des Eaux, einem riesigen französischen Wasserkonzern; Pehr Gyllenhammar, Chef von Volvo und Wisse Dekker aus den Niederlanden, Chef von Philips, einem der grössten Unternehmen des Landes. [...] Es war ein politisches Manifest, verfasst von diesen Industriekapitänen. Erstaunlich war, dass sich drei Konzernchefs zusammensetzen und detaillierte Empfehlungen dafür schreiben, wie Europa umgestaltet werden sollte». (1) Die EU hatte den Plan der Industriellen demzufolge lediglich entgegengenommen, abgenickt und in ein eigenes Projekt namens TEN umgesetzt – Transeuropäische Netzwerke.

des EU-Korporatismus

ERT

Am European Round Table of Industrialists (ERT) nehmen über 50 Geschäftsführer und Vorsitzende grosser multinationaler Unternehmen aus Europa teil, um Einfluss auf die EU-Politik zu nehmen. Die Unternehmen der ERT-Mitglieder sind in ganz Europa vertreten, erzielen zusammen einen Umsatz von mehr als 2.250 Milliarden Euro und decken damit rund 6,8 Millionen Arbeitsplätze.

Strategien der Monopolisten

Dass viele der Konzerne aus dem ERT durch neue Aufträge an den 400 Milliarden kräftig mitverdienten, versteht sich von selbst. Sie profitierten direkt von einem Budget, das im Wesentlichen mit Steuergeldern der EU-Mitgliedsstaaten finanziert wurde. Ein anschauliches Beispiel, um zu verstehen, warum die meisten Grosskonzerne sich nicht gegen immer höhere Steuern und hanebüchene Regulierungen zur Wehr setzen: Denn allzu oft ist die eigentliche Ursache für die Monopol- oder Oligopolstellung von Unternehmen die Steuerbefreiung (während mittelständische Unternehmen weiter unangemessen hoch belastet werden) oder die direkte Beteiligung am Steuertopf von Staaten respektive supranationalen Organisationen wie der EU, z.B. durch Grossaufträge bei Infrastrukturprojekten.

Die Blaupause für diese etwas andere Art von Raubzug wurde bereits 1906 vom Geschäftsmann Frederick C. Howe dargelegt. Der erklärte in seinem Buch «Confessions of a Monopolist» (Geständnisse eines Monopolisten), wie man als cleverer Geschäftsmann mit Hilfe der Regierung ein Monopol erschafft. So erkannte Howe, dass es viel einfacher ist, sich von einer zentralen Autorität ein Monopol geben zu lassen, anstatt sich dem Wettbewerb zu stellen:

> «Dies sind die Regeln des Big Business. Sie haben die Lehren unserer Eltern abgelöst und sind auf eine einfache Maxime zu reduzieren. Besorg dir ein Monopol. Lasse die Gesellschaft für dich arbeiten: Und erinnere dich, dass das beste aller Geschäfte die Politik ist, denn Zuschüsse, Subventionen, Konzessionen oder Steuerfreibeträge sind viel mehr wert als eine Diamanten- oder Goldader, weil sie keine Arbeit, weder mental oder physisch, benötigen, um sie auszubeuten.» (2)

Eine andere Methode, um die Konkurrenz auszuschalten oder zumindest zu übertrumpfen, sind Gesetze bzw. Verbote zu den eigenen Gunsten: 2008 gab die EU-Kommission bekannt, «dass sie im Zuge ihrer Ökodesign-Richtlinie ein stufenweises Verkaufsverbot» für angeblich «ineffiziente Glühbirnen» umsetzen wolle. Zufall? «Dass die Hersteller der Energiesparlampen die Verbotsidee nach Kräften befördert haben, dafür braucht es keine Verschwörungstheorie. Da reicht auch das kleine Einmaleins des Lobbyismus», resümiert das Buch «Das Glühbirnenkomplott». (3)

Im Fadenkreuz: Die Europäische Union

Dem European Round Table ging es aber nicht nur um einzelne Produkte, sondern um eine breite Lobbyoffensive und die Gestaltung Europas nach seinen (monopolistischen) Bedürfnissen. «Nach eigenen Angaben versucht der European Round Table of Industrialists insbesondere über Studien, Positionspapiere und Vieraugengespräche auf politische Entscheidungsträger der nationalen bzw. europäischen Ebene Einfluss zu nehmen», heisst es in der Lobbypedia: «Auf europäischer Ebene werden gezielt Mitglieder der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats, des Rats der Europäischen Union (Ministerrat) sowie Abgeordnete des Europäischen Parlaments vom ERT adressiert. Auch auf den nationalen Ebenen der verschiedenen Staaten versuchen die ERT-Mitglieder direkten Einfluss auf Regierungsmitglieder und Parlamentarier zu nehmen, und versorgen Medien und Meinungsmacher sowie potentielle Interessenverbündete mit vorgefertigten Informationen.» Daneben gründet der ERT «themenfokussierte» Institute und Initiativen, also sogenannte Think Tanks, die die jeweils genehmen Argumente ausbrüten. (4)

> **«Die Präsentation eines Berichts unter dem Namen des ERT scheint die einzige Möglichkeit zu sein, die Aufmerksamkeit der Führer der EG (Anm.: Europäische Gemeinschaft, EU-Vorgänger) auf sich zu lenken. […] Die politische Agenda der Europäischen Kommission wurde zu einem grossen Teil vom ERT dominiert […] Während es den rund 5000 in Brüssel tätigen Lobbyisten manchmal gelang, die Details in den Richtlinien zu ändern, hat der ERT in vielen Fällen die Agenda festgelegt und entschied über den Inhalt von Vorschlägen der EG.»**
>
> ***Keith Richardson, Generaldirektor des ERT von 1988-98***
>
> Quelle: Big Business and the European Agenda (2000), The Sussex European Institute, S.30

Was war Hund, und was war Schwanz?

Und siehe da: nur wenige Tage vor den wichtigen Sitzungen der EU-Kommission habe sich jeweils der ERT getroffen, um die Richtlinien für die kommende Kommissionskonferenz auszuarbeiten. «Der ERT und die europäische Kommission arbeiteten Hand in Hand», hiess es in der genannten TV-Dokumentation. Laut Umweltschützer Hoedeman gab es für die Gipfeltreffen der EU-Regierungschefs «klare Botschaften». Da fragt man sich: Was war hier eigentlich Hund, und was war Schwanz? Tatsächlich stiess die amerikanische Wirtschaftsexpertin Maria Green Cowles auf ein Telex des Philips-Chefs Wisse Dekker. Demnach hatte der Grossindustrielle und ERT-Stratege Dekker «unmittelbar vor Unterzeichnung der einheitlichen Europäischen Akte, die den Binnenmarkt starten sollte, im Dezember 85 einen Brief an die europäischen Staatschefs geschrieben. Die Kernaussage lautete demzufolge: ‚Wir wissen

➔

Jerome Monod, Chairman von Lyonnaise des Eaux

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:-J%C3%A9r%C3%B4me_Monod.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Pehr Gyllenhammer, CEO von Volvo

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pehr_G._Gyllenhammar.JPG) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Wisse Dekker, Chairman von Philips

Foto: Nationaal Archief (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wisse_Dekker_(1987).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Die Quasi-Verfasser des grössten Infrastrukturprojekts der EU waren drei an der Lobbyorganisation ERT beteiligte Konzernchefs. Kurz nach Erscheinen ihrer Pläne namens «Reshaping Europe» (Europa umgestalten) wurde von der EU ein Projekt in fast identischer Art und Weise unter dem Namen TEN (Transeuropäische Netze) umgesetzt.

Die Transeuropäischen Netze (TEN) sind ein Infrastrukturprojekt, das hunderte Milliarden verschlingt. Ein gigantisches Unterfangen aus der Feder ein paar weniger Industrieller aus dem ERT.

➔ nicht, was Sie vorhaben, aber wir wollen dass Sie handeln. Sie können das in die eine oder andere Richtung tun'». Aber: «Entschliessen Sie sich, keinen Binnenmarkt zu errichten, dann lassen Sie uns keine andere Wahl, als unsere Unternehmen möglicherweise woanders anzusiedeln».

Lobbyismus und Korporatismus

Für ihre Geschäfte schufen sich die Konzerne in Gestalt der EU zumindest vorerst ein optimales Umfeld: ohne Handelsschranken, ohne Währungsvielfalt und mit Gesetzen zu ihren Gunsten. Bis in die jüngste Vergangenheit und Gegenwart lud auch Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitglieder des European Round Table «ins Kanzleramt ein. Mit dabei waren der damalige Präsident Frankreichs und der Chef der EU-Kommission», hiess es in einem Artikel des Deutschlandfunks. (5)

Private Konzerne bedienen sich in der EU also des staatlichen Gewaltmonopols und lassen Gesetze zu ihren Gunsten schreiben. Nach Schätzungen, die sogar auf den Webseiten der Europäischen Union veröffentlicht wurden, gibt es alleine in Brüssel 15.000 Lobbyisten. Dort tummeln sich besonders viele, weil jedes Gesetz gleichzeitig 500 Millionen EU-Bürger betrifft. Das ist auch ein Grund, warum grosse Konzerne zu den Treibern der Vereinigten Staaten von Europa gehören. Ein einziges Gesetz, das 500 Millionen Menschen dazu zwingt, ein bestimmtes Produkt zu kaufen, wie etwa die Energiesparlampe oder «Ökostrom», kann auf einen Schlag viele Milliarden einbringen. Die Beeinflussung der Gesetzgeber kann Milliarden wert sein. Man kann sich ungefähr ausmalen, wie viel Geld der Lobbyist zur Verfügung hat, um den entsprechenden Bürokraten von seiner Idee zu «überzeugen». Meist kann er das ganz legal, indem er einen lukrativen Job nach der «Beamtenkarriere» in Aussicht stellt, ihn für «Reden» oder «Beratung» bucht oder seine Familienangehörigen anstellt. Der Fantasie eines Lobbyisten sind keine Grenzen gesetzt. Er hat genug Gehirnkapazität frei, denn er muss sich nicht mit echten Innovationen aufhalten, die sich von alleine am Markt durchsetzen würden. Da den Konzernen deshalb auch zwangsläufig grosses politisches Mitspracherecht zufällt, sprechen viele Kritiker vom «Korporatismus», also die Übernahme des Staats durch Konzerne.

Erstaunlicherweise unterscheidet sich der Korporatismus nicht sehr vom Kommunismus. Denn beide benötigen einheitliche Riesenstaaten, einheitliche Märkte sowie einheitliche Verbraucher und Staatsbürger, die dem System ausgeliefert sind. Dazu kommt eine Planwirtschaft mit Verboten und künstlichen Märkten, wie beispielsweise eben der «Energiesparlampe» oder dem Elektroauto. Das fast schon natürliche Streben der Unternehmen zum Monopol entspricht dem Streben der Macht zur Diktatur. Sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Macht halten eigentlich nichts von Vielfalt und Konkurrenz. Die Europäische Kommission und der ERT waren quasi zwei Seiten ein- und derselben Medaille, die da hiess: Korporatismus.

Der EU-Puppenspieler

Und wenn vorhin gesagt wurde, dass ERT und europäische Kommission Hand in Hand arbeiteten, dann handelte es sich auch noch um die Hände ein und derselben Person, nämlich des belgischen Industriellen Étienne Davignon. Diese hielten gleichzeitig zwei Puppen: den ERT und die Europäische Kommission. Meistens auch noch eine dritte, nämlich die Bilderberger-Konferenz (siehe ExpressZeitung Nr.23). Als stellvertretender Kommissionspräsident, ERT-Mitglied und Bilderberger war Davignon das Scharnier zwischen diesen Gruppen – oder eben der Puppenspieler. Womit wir wieder bei dem Henne-und-Ei-Thema wären: In Wirklichkeit war es niemand anderer als der Industriekommissar (von 1977 bis 1985) und stellvertretende Kommissionspräsident des EU-Vorgängers EG (1981 bis 1985) Davignon, der auf allen Hochzeiten tanzte – meistens sogar gleichzeitig. Oder besser gesagt: Der alle diese Hochzeiten massgeblich gestaltete. Auf diese Weise bildete er nicht nur das Scharnier zwischen Europäischer Kommission, ERT und der Bilderberger-Gruppe. In seiner Zeit als Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Industrie spielte Davignon auch «eine unverzichtbare Rolle bei der Gründung des European Round Table of Industrialists (ERT)», heisst es in einer Davignon-Biografie. Demnach entwarf niemand Geringerer als Davignon den ERT selbst: «Zusammen mit Pehr Gyllenhammar von Volvo erstellte Davignon im Berlaymont-Gebäude die erste Liste der potenziellen Mitglieder» - also im Gebäude der Europäischen Kommission: «Die meisten Mitglieder der ursprünglichen Gruppe des ERT rekrutierte Davignon persönlich. Die ersten Angehörigen des ERT entwickelten die Agenda der Organisation im Berlaymont, in Anwesenheit von Herrn Davignon.» (6) Dass der Gründer und Spiritus Rector 1986 auch formal Mitglied des Round Table wurde, gerät da eher zur Randnotiz. Gleichzeitig war Davignon jedoch auch Mitglied der berüchtigten Bilderberger Gruppe, 2005 wurde er gar ihr Präsident. Kurz: Der heute fast 90-jährige Davignon war und ist einer der europäischen Strippenzieher und Strategen eines Europas der Konzerne – wozu auch eine einheitliche Währung gehört.

1991 wurde Davignon nämlich auch Präsident der «Vereinigung für die Schaffung der Europäischen Währungsunion». Zehn Jahre später wurde der Euro eingeführt. Ja, in Gestalt Davignons waren Industrie und EU quasi eins. Die Frage nach der Macht des ERT ist daher gleichzeitig auch die Frage nach der Macht der EU und von Figuren wie Davignon.

➔

Die Lobbyorganisation ERT hat regelmässige Treffen mit EU-Führungskräften und hochrangigen Kommissionsbeamten. Hier im Jahre 2013; in der Mitte Angela Merkel, rechts von ihr François Hollande (ehem. französischer Staatspräsident), neben ihm José Manuel Barroso (ehem. EU-Kommissionspräsident) und rundherum die mächtigen Konzernchefs.

Im Berlaymont-Gebäude, dem Sitz der EU-Kommission in Brüssel, entstand die Mitgliederliste zur Gründung des European Round Table (ERT).

Foto: Zinneke (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlaymont_Br%C3%A9issel.JPG) Template:Bild-CC-by-sa

Am 6. und 7. April 1983 kamen in Paris 17 führende Konzernchefs zusammen, um den European Roundtable (ERT) zu gründen. Von links nach rechts (oben): Karl Beurle (Thyssen), Carlo De Benedetti (Olivetti), Curt Nicolin (ASEA), Harry Gray (Vereinigte Technologien), John Harvey-Jones (ICI), Wolfgang Seelig (Siemens), Umberto Agnelli (Fiat), Peter Baxendell (Shell), Olivier Lecerf (Lafarge Coppée), José Bidegain (Cie de St Gobain), Wisse Dekker (Philips).

Von links nach rechts (unten): Antoine Riboud (BSN), Bernard Hanon (Renault), François-Xavier Ortoli (EC), Pehr G. Gyllenhammar (Volvo), Étienne Davignon (Europäische Kommission), Louis von Planta (Ciba-Geigy) , Helmut Maucher (Nestlé).

Nach seiner Promotion zum Doktor der Rechte Ende der Fünfziger-Jahre stieg Étienne Davignon zur zentralen Figur der europäischen Industrie und Politik und zu einem der wichtigsten Strategen der Europäischen Union auf. Er war auch der wichtigste Mann bei der Gründung des ERT.

Europäische Kommission

Von 1977 bis 1985 war Davignon als Kommissar für Binnenmarkt, Verwaltung der Zollunion und der industriellen Angelegenheiten Mitglied der Europäischen Kommission. Von 1981 bis 1985 fungierte Davignon dabei als Vizepräsident der Europäischen Kommission.

ERT

Davignon spielte «eine unverzichtbare Rolle bei der Gründung des European Round Table of Industrialists (ERT)», heisst es in einer Davignon-Biografie. Demnach entwarf niemand Geringerer als Davignon den ERT selbst. Er spielte die wichtigste Rolle bei der Rekrutierung von Mitgliedern und entwickelte die Agenda der Organisation.

Bilderberg-Konferenzen

Auch als Stammgast der geheim-elitären Bilderberg-Konferenzen spielt Davignon dort eine entscheidende Rolle. 2005 wurde er sogar zum Präsidenten der Gruppe gemacht. Im Jahr 2009 meinte er, das Bilderberg-Treffen habe in den Neunziger-Jahren den Euro geschaffen.

Trilaterale Kommission

Davignon ist auch Mitglied der Trilateralen Kommission, die aus den Bilderberg-Konferenzen entstand.

Das Aus für Europas Industrie?

Betreibt die EU also eine «Pro-Wirtschafts-Politik», weil sie ihre Projekte und Entscheidungen von Grosskonzernen bestimmen lässt? Das ist zu kurz gedacht, wie die Realität zeigt: Das deutsche Meister-System wurde durch die EU geschwächt, das Diplom dem «Master» geopfert, und das höchst erfolgreiche dreigliedrige Schulsystem steht ohnehin auf der Abschussliste. Auch die für die Wirtschaft wichtige Mobilität sowie die Schaffung von entsprechenden Verkehrsinfrastrukturen werden durch «Umweltorganisationen» behindert und durch Regierungen abgewürgt. Die massenhafte Einwanderung unqualifizierter Migranten kann das Fehlen eines gut ausgebildeten europäischen Nachwuchses nicht wettmachen, sondern bringt eher den «Wurm» in Bildung, Ausbildung und Produktion. Die Akzeptanz der CO_2-Lüge (siehe ExpressZeitung Nr.9) und entsprechender Grenzwerte durch den ERT hilft zwar der Elektroindustrie, sabotiert aber massiv die grosse Autoindustrie. Unsinnige Abgasgrenzwerte bedrohen ganze Industrien und sogar das Wirtschaftswachstum.

Für die Zukunft fordert das Europaparlament sogar noch schärfere CO_2-Grenzwerte. «Die Abgeordneten fordern eine Senkung der CO_2-Grenzwerte um 40 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2020. Damit strebt das Parlament ehrgeizigere Ziele an als die EU-Kommission und die Bundesregierung, die den Ausstoss um 30 Prozent drücken wollen», schrieb die Neue Ruhr Zeitung am 3. Oktober 2018 (online). «Ist das das Aus für Europas Autoindustrie?», fragte das Blatt. Aber nicht nur das: Ist es auch das Aus für Europas Wirtschaft? Gleichzeitig mit der Diesel- und Grenzwerthysterie hatte sich das deutsche Wirtschaftswachstum schon 2018 deutlich abgeschwächt. «Verantwortlich für den Schwächeanfall» mache der Internationale Währungsfonds «unter anderem die neuen Emissionsstandards für Dieselfahrzeuge, die Bremsspuren in der Industrieproduktion und beim privaten Verbrauch hinterlassen hätten», so das Handelsblatt. (7) Die ruinösen Abgas-Grenzwerte betreffen ja nicht nur die Autoindustrie, sondern führen bei den von Fahrverboten betroffenen oder bedrohten Autobesitzern zu Sparzwang und behindern daher auch den allgemeinen Konsum. In einem Umfeld, in dem die Anschaffungen von Heute der Schrott von morgen sein können, will niemand mehr investieren. Nach dem Motto: Darf mein Auto morgen noch fahren, meine Waschmaschine morgen noch waschen, mein Staubsauger morgen noch saugen?

«Die privaten Mächte der Wirtschaft wollen freie Bahn für ihre Eroberung grosser Vermögen. Keine Gesetzgebung soll ihnen im Wege stehen. Sie wollen die Gesetze machen, in ihrem Interesse, und sie bedienen sich dazu eines selbstgeschaffenen Werkzeugs, der Demokratie, der bezahlten Partei.»

Oswald Spengler, deutscher Philosoph und Autor

Quelle: Untergang des Abendlandes, Seite 1193

Tiefschläge gegen die Wirtschaft

Tatsächlich ist die Behinderung des Verkehrs und des Konsums ein glasklares Rezessionsprogramm. Selbst Mainstream-Medien räumten ein, dass die jüngsten pessimistischen Wirtschaftsprognosen mit den Schwierigkeiten der Kfz-Hersteller zusammenhängen: «Die Autoindustrie zieht die Wirtschaft runter», titelte die Neue Zürcher Zeitung am 23. November 2018 (online): «Belastet wurde die Entwicklung vor allem von den Problemen in der für Deutschland wichtigen Autoindustrie» auch «wegen der Umstellung auf den neuen Abgas-Prüfstandard WLTP» (Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure). Dazu kamen und kommen aber noch weitere Tiefschläge:

- der deutsche Ausstieg aus der Stein- und Braunkohle und damit die Aufgabe strategischer und preiswerter Energieträger (siehe auch S.34),
- der Angriff auf die Chemieindustrie durch den suizidalen Kauf von Monsanto durch den Bayer-Konzern – hier droht eine ähnliche Entwicklung wie in der Autoindustrie,

- der fortlaufende Angriff auf Schule und Bildung, zum Beispiel auch durch die «Digitalisierung» (digitale Medien hinterlassen einen flüchtigeren Erinnerungseindruck und ermöglichen ausserdem die schnelle Änderung und Fälschung von Bildungsinhalten)
- u.v.a.m.

Ist der ERT gescheitert?

Allein der Ausstieg aus der Braunkohle wird den deutschen Stromkunden Milliardenbeträge kosten, den deutschen Steuerzahler Prognosen zufolge 78 Milliarden Euro. Und steigende Strompreise und Steuern sind nun mal tödlich für den Konsum. Ein halb strangulierter Verbraucher hat nun mal kein Geld mehr für Autos und andere Konsumgüter– egal, ob mit Verbrennungs- oder Elektromotor. Und preiswerten Strom brauchen nicht nur Verbraucher, sondern auch die Industrie. Doch sind Deindustrialisierung und Korporatismus (also die politische Einflussnahme der Industrie) denn nicht ein Widerspruch? Überhaupt nicht: Denn während viele Industrien leiden, dürften sich andere zumindest vorübergehend die Hände reiben, wie beispielsweise Elektrokonzerne à la Siemens oder Bosch, die Elektromotoren herstellen. Oder eben die von der EU bevorzugten Konzerne des ERT.

Letztendlich werden die grossen Branchenmonopole auf dem Weg zum Globalstaat allerdings ebenfalls auf der Strecke bleiben. Denn die Entlassung von Mitarbeitern und die ständige Enteignung von Aktionären entziehen langfristig natürlich auch den Konzernen die Lebensgrundlage – weil sie ihre eigenen Kunden entlassen, Aktionäre ärmer werden und dadurch die Kaufkraft sinkt. Ein Autokonzern, der die Streichung von Zehntausenden Arbeitsplätzen plant, würde damit sogar ganz direkt seine eigenen Kunden entlassen, weil die Mitarbeiter traditionsgemäss zu den treuesten Abnehmern seiner Produkte gehören. 14.000 direkte Kunden weniger sind also in Wirklichkeit auch ein übler Schlag gegen das Unternehmen oder die beteiligten Konzerne. Am Ende steht also nicht eine wirtschaftlich prosperierende Welt, weil auch Konzerne nun mal ohne zahlungskräftige Kunden nicht leben können. Am Ende steht vielmehr der Monokonzern, der sich irgendwann in die totale Diktatur mit Einheitsprodukten niedrigster Qualität verwandeln wird – siehe George Orwells 1984.

Die Visionen des Elon M.

Ein monopolistischer Wind weht auch von jenseits des Atlantiks nach Europa. Wie der Name «Worldwide harmonized Light vehicles Test Procedure» schon sagt, ist dieser seit 01.09.2017 in der Europäischen Union eingeführte neue Abgas-Messstandard, der für Personenkraftfahrzeuge und leichte Nutzfahrzeuge gilt, nicht auf dem Mist der EU oder des Round Table gewachsen, sondern kam von der UNO aus New York. Die UNO wiederum ist die Mutterorganisation einer «Kommission über der Kommission», nämlich der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE), die das neue Messverfahren festlegte. Und man fragt sich ja auch: Aufgrund welcher Markterwartungen kam eigentlich ein US-Unternehmer namens Elon Musk schon 2003 auf die Idee, im industriellen Massstab Elektroautos zu bauen? Zu einer Zeit, als Benziner und vor allem Diesel als leistungsfähig und unschlagbar umweltfreundlich und Elektroautos als chancenloses Aussenseiterprodukt galten? Und als von Fahrverboten noch keine Rede war? Auf welchen Markt also spekulierte Musk? Konnte er etwa damals schon wissen, dass die Europäische Union durch die neuen UNECE-Messverfahren und die von der UNO-«Weltgesundheitsorganisation» übernommenen WHO-Grenzwerte reif für das Elektroauto gemacht werden würde? Denn ansonsten wäre nicht ersichtlich, wie die E-Fahrzeuge gegen Benziner und Diesel hätten ankommen sollen.

Die eigentlichen Väter der EU

Und wirklich sind wir in der Gestalt von Musk ja auch wieder bei den ursprünglichen Vätern der EU angekommen, die die Europäische Union schon viel früher gestalteten und planten als der Bilderberger Davignon und sein European Round Table of Industrialists (ERT): Bei dem amerikanischen Korporatismus und seinem verborgenen Arm, den US-Geheimdiensten. Nicht zufällig zählt der frühere CIA-Investor und spätere NASA-Chef Michael Griffin zu Musks Freunden, der Musks Elektro-Firma Tesla via NASA subventioniert haben soll. Die amerikanischen Väter der EU rekrutierten sich in erster Linie aus bekannten und berüchtigten Geo- und Geheimdienststrategen. So wurde das 1948 gegründete «American Committee for a United Europe» (ACUE) hauptsächlich von der Rockefeller-Stiftung finanziert, also von denselben Leuten und Organisationen, die später auch globale Organisationen wie die UNO und die Bilderberger mit begründeten und unterstützten. Zu den Gründern und Mitgliedern des ACUE gehörten unter anderem:

- der berüchtigte OSS-Veteran und CIA-Gründer William «Wild Bill» Donovan (OSS = Office for Strategic Services, Vorläufer der CIA),

➔

Wie der Korporatismus (leider immer wieder) in den Kommunismus führt

1. Ein Grossunternehmen verliert den Wettbewerb um Kunden zunehmend und nutzt deshalb seinen Einfluss auf die Politik, um seinen Wirtschaftsbereich «regulieren» zu lassen.

2. Der Staat erlässt umfangreiche Vorschriften, für die sich das Grossunternehmen eingesetzt hat, die es mitgestaltet hat, die ihm Vorteile gewähren bzw. deren Kosten es sich leisten kann – viele seiner Konkurrenten jedoch nicht.

3. Mit weniger verbliebenen Konkurrenten kann sich das Grossunternehmen höhere Preise und niedrigere Löhne erlauben sowie Konkurrenten aufkaufen. Es wird zum marktbeherrschenden Megakonzern.

4. Nun stören sich immer mehr Menschen an der Grösse und dem Einfluss des Megakonzerns. In der Bevölkerung wird der Ruf nach staatlicher Regulierung immer lauter. Es wiederholen sich die Punkte 2 und 3, bis der Staat allmählich alle Bereiche des Lebens an sich gerissen hat.

- Donovans ebenso berüchtigter OSS-Untergebener und späterer CIA-Chef Allen Dulles,
- der erste CIA-Direktor Walter Bedell Smith

Ein Agent gründet das Europaparlament

Dieser CIA-Klüngel war ein wichtiger Planer und Geldgeber der Europäischen Bewegung. Am 26.06.1950 unterzeichnete ausgerechnet der US-Geheimdienstler William Donovan ein Memorandum mit Instruktionen zur Gründung des Europaparlaments (ins Leben gerufen 1952). Das also waren die ursprünglichen Herren Europas, was ja auch kein Wunder ist, denn schliesslich hatten die Vereinigten Staaten ja soeben den Zweiten Weltkrieg gewonnen und ihre Hegemonie damit auf Europa ausgedehnt. Ein Teil der Länder dort war besiegt worden, ein anderer Teil durch den jahrelangen Krieg geschwächt. Heute wiederum gehören der Raumfahrtkonzern SpaceX, Tesla und die anderen Musk-Unternehmen zu den strategischen Neugründungen des US-Imperiums, die zu wichtig sind, um sie dem Zufall oder dem freien Markt zu überlassen. Wie beispielsweise auch Microsoft, Apple, Facebook, Wikipedia, YouTube, Amazon und andere mehr. Sie alle dienen dem einen Ziel, nämlich dem Korporatismus: den Wettbewerb plattzumachen, Know-how und Technologien zu monopolisieren und anschliessend ganze Märkte und letztlich die Welt zu beherrschen.

Man stelle sich nur einmal vor, in Zukunft nur noch bei Amazon einkaufen zu können. Was wird uns dann wohl blühen? Aber genau darauf arbeitet dieses US-Unternehmen hin. Auch Amazon wird schliesslich massiv staatlich subventioniert, sogar in Europa, und zwar durch grosszügig geduldete Steuerflucht. Oder sollte man sagen: durch staatlichen Steuerverzicht? Nur so kann es sein explosionsartiges Wachstum finanzieren. All diese Mega-Konzerne gehören zur globalen Staatsräson und zum globalen Korporatismus, wonach es eines Tages nur noch allmächtige Monopole geben soll, und zwar nicht nur wirtschaftlich – sondern auch politisch. *(gw)*

Quellen:

1. Youtube.com, Brüssel Business – Wer steuert die Europäische Union? Belgien, Österreich 2012
2. Howe, Confessions of a monopolist, Public Publishing, 1906, S. 157
3. Köln 2015, S. 120
4. Lobbypedia: European Roundtable of Industrialists, abgerufen am 1.2.2019
5. Deutschlandfunk online, 13.12.2017
6. Corporate Europe Observatory, Viscount Etienne Davignon: Curriculum Vitae, ohne Datum
7. Handelsblatt online, 21.1.19

ERT-Mitglieder, Stand 2019

	Unternehmen	Geschäftsführer/Vorstand	Land
MAERSK	A.P. Møller-Mærsk	Søren Skou	Dänemark
ABB	Asea Brown Boveri (ABB)	Ulrich Spiesshofer	Schweiz
adidas GROUP	adidas Group	Kasper Rorsted	Deutschland
AkzoNobel	AkzoNobel	Nils S. Andersen	Niederlande
ArcelorMittal	ArcelorMittal	Lakshmi N. Mittal	Grossbritannien
AstraZeneca	AstraZeneca	Leif Johansson	Grossbritannien
BASF We create chemistry	Badische Anilin & Soda-Fabrik (BASF)	Martin Brudermüller	Deutschland
BMW GROUP	BMW Group	Harald Krüger	Deutschland
Capgemini	Capgemini	Paul Hermelin	Frankreich
centrica	Centrica	Iain Conn	Grossbritannien
CIR	Compagnie Industriali Riunite (CIR)	Rodolfo De Benedetti	Italien
T...	Deutsche Telekom	Timotheus Höttges	Deutschland
eni	Eni	Claudio Descalzi	Italien
ENGIE	Engie	Isabelle Kocher	Frankreich
e·on	E.ON	Johannes Teyssen	Deutschland
ERICSSON	Ericsson	Börje Ekholm	Schweden
ferrovial	Ferrovial	Rafael del Pino	Spanien
Henkel	Henkel	Hans Van Bylen	Deutschland
Roche	Hoffmann-La Roche	Christoph Franz F.	Schweiz
INDITEX	Inditex	Pablo Isla	Spanien
Investor	Investor AB	Jacob Wallenberg	Schweden
Smurfit Kappa	Kappa Group	Tony Smurfit Smurfit	Irland
KONE	KONE	Henrik Ehrnrooth	Finnland
LafargeHolcim	LafargeHolcim	Jan Jenisch	Schweiz
L'ORÉAL	L'Oréal	Jean-Paul Agon	Frankreich
IBERDROLA	Iberdrola	Ignacio S. Galán	Spanien
MOL	MOL Rt.	Zoltán Áldott	Ungarn
MERCK	Merck Group	Stefan Oschmann	Deutschland
MICHELIN	Michelin	Jean-Dominique Senard	Frankreich
Nestlé	Nestlé	Paul Bulcke	Schweiz
NOKIA	Nokia	Risto Siilasmaa	Finnland
HYDRO	Norsk Hydro	Svein Richard Brandtzaeg	Norwegen
orange	Orange	Stéphane Richard	Frankreich
proximus	Proximus	Dominique Leroy	Belgien
RioTinto	Rio Tinto	Jean-Sébastien Jacques	Grossbritannien
	Rolls-Royce	Ian Davis	Grossbritannien
	Royal Dutch Shell	Ben van Beurden	Niederlande
PHILIPS	Royal Philips	Frans van Houten	Niederlande
SA	Sabanci Holding	Güler Sabanci	Türkei
SAINT-GOBAIN	Saint-Gobain	Pierre-André de Chalendar	Frankreich
SAP	SAP	Bill McDermott	Deutschland
SIEMENS	Siemens	Joe Kaeser	Deutschland
SOLVAY	Solvay	Jean-Pierre Clamadieu	Belgien
SONAE	Sonae	Paulo Azevedo	Portugal
TECHNIP	Techint Group of Companies	Gianfelice Rocca	Italien
Telefónica	Telefónica	José María Álvarez-Pallete	Spanien
thyssenkrupp	thyssenkrupp	Guido Kerkhoff	Deutschland
TOTAL	Total	Patrick Pouyanné	Frankreich
umicore	Umicore	Thomas Leysen	Belgien
vodafone	Vodafone Group	Nick Read	Grossbritannien
voestalpine	voestalpine	Wolfgang Eder	Österreich
VOLVO VOLVO GROUP	Volvo Group	Martin Lundstedt	Schweden
Wolters Kluwer	Wolters Kluwer	Nancy McKinstry	Niederlande

Vorstandschef:			
VOLVO VOLVO GROUP	Volvo Group	Carl-Henric Svanberg	Schweden
Stellvertretender Vorstandschef:			
Heineken	HEINEKEN	Jean-François van Boxmeer	Niederlande
TITAN	Titan Cement	Dimitri Papalexopoulos	Griechenland

Aus für die Müllsparlampe

Die Glühbirne war schon eine Super-Erfindung: einfach, billig und genial. Eine echte Öko-Erfindung sozusagen: Etwas Glas, etwas Metall und ein winziger Wolframfaden reichten, um einen Raum hell erstrahlen zu lassen. Später wurde die Birne noch mit etwas Stickstoff und Argon gefüllt, um den Alterungsprozess des Glühfadens zu verlangsamen. Das war's. Und billig war das Ganze! Vor dem Euro nur ein paar Pfennige. Sicher, nach etwa tausend Betriebsstunden war das Ding kaputt, dann landete es auf dem Müll – na und? Das Hauptvolumen bestand aus Gasen, die ohnehin in der Atmosphäre vorkommen. Der Rest bestand aus hauchdünnem Glas und einer kleinen Metallfassung. Glas ist der umweltfreundlichste Stoff, den es überhaupt gibt, denn es ist absolut neutral und reagiert mit nichts und niemandem. Deshalb wird es auch für Lebensmittelbehälter benutzt. Umweltfreundlicher geht's jedenfalls kaum noch. Eine Glühbirne braucht keinen Trafo und keine Elektronik, also gibt es auch keinen Elektronikabfall. Ja, die Glühbirne ist in etwa so genial wie das Buch, das bis heute beste und umweltfreundlichste «Display», das es gibt. Es besteht im Wesentlichen aus Naturstoffen wie Zellulose, kann überall ohne Energiezufuhr gelesen werden, vergisst nichts und hält hundert Jahre und länger. Die Umweltprobleme bei der Herstellung und erst recht bei der «Entsorgung» sind lösbar und wurden zum grossen Teil auch schon gelöst. Das hat die Elektronikindustrie auch nach hundert Jahren Bildschirm- und Displayentwicklung noch nicht geschafft.

Mitte 2008 stand es überall: «EU verbannt die Glühbirne», titelte die Münchner tz. Die «Energiefresser» wurden verboten und verschwanden aus den Geschäften. Was die zufriedenen «Umweltschützer» nicht beachteten: Erstens war das Marktpotenzial dieses Verbotes für die Elektroindustrie gigantisch, zweitens entpuppte sich die Energiesparlampe als eigentliche Umweltgefahr. Denn was in dieser so alles drin ist, erstaunt: Zunächst mal eine Platine, dann Schalttransistoren, Gleichrichterdioden, eine Vorschaltdrossel, ein Steuertransformator, eine Elektrolytkondensator. Kurz und gut: Statt einer Glühbirne dreht man sich plötzlich ein ausgewachsenes Transistorradio in die Fassung. Ist das nicht ein genialer Trick? Nachdem heute jeder gleich eine Handvoll Radios zu Hause herumstehen hat, verkauft man ihm noch eins, nämlich eines, das er in die Lampe schrauben kann. Ach was: ein halbes Dutzend! Und wo er früher drei oder vier Euro hinlegte, legt er heute für dasselbe Licht 70 oder 80 Euro hin. Das ist für die Hersteller fast so gut wie die Erlaubnis, Geld zu drucken. Die Elektroindustrie verkauft natürlich lieber Transistorradios als Glühbirnen.

Unsterbliche Planwirtschaft, unsterbliche Dummheit

Foto: Armin Kübelbeck, CC-BY-SA, Wikimedia Commons

Wenn eine Energiesparlampe zerbricht, wird hochgiftiges Quecksilber frei, das nach dem Einatmen schwere gesundheitliche Schäden verursachen kann.

Giftiges Quecksilber

Aufgrund ihrer verheerenden Müllbilanz sind Energiesparlampen zweitens bei weitem nicht so umweltfreundlich wie Glühbirnen. Ja, sie sind so giftig, dass man sie nicht mal in den Hausmüll werfen darf. Vielmehr gehören sie auf den Sondermüll, und zwar einmal wegen der Elektronik mit ihren problematischen Metallen und Kunststoffen, die bei der Müllverbrennung zur Entstehung von Dioxinen beitragen können, und zum anderen wegen des Schwermetalls Quecksilber, das sie enthalten. Bloss nicht zerbrechen lassen, riet Sondermüllexpertin Ingrid Nyhuis aus Hannover, die mit der Verwertung der Lampen zu tun hatte:

«Wenn die Lampen kaputtgehen, tritt auch das Quecksilber, das in den Lampen enthalten ist, aus. Und gerade das möchten wir ja vermeiden, das heisst, dass das erst bei der wirklichen Verwertung aus den Lampen herausgeholt wird. Gerade bei den Leuchtstoffröhren, den stabförmigen, haben sie das, wenn sie kaputt gehen. Dann tritt so ein richtiger Dampf aus. Also das kann man auch sehen. Deshalb ist es wirklich wichtig, darauf zu achten, dass die Lampen wirklich auch heile bei uns ankommen und auch vorsichtig hier in die Behältnisse reingelegt werden.»

Für die Umwelt ist das also weniger schön, denn erstens landet nun keine Glühbirne, sondern ein Transistorradio im Müll. Und zweitens werden giftiges Quecksilber und Dioxine (bei der Verbrennung) in die Atmosphäre abgegeben. So haben am Ende wieder nur die Grosskonzerne das Lachen, die mit dem Strom der EU-Verbote schwimmen, während Umwelt und Endverbraucher verlieren. ***(gw/tk)***

EU-Steuerzahler finanzieren hohe Parlamentarier-Löhne

Jährlich kann jedes Mitglied des EU-Parlaments bei Ausnutzung aller Zulagen, Pauschalen und Spesentöpfe etwa 214.000 Euro absahnen. Ein bulgarischer EU-Abgeordneter verdient z.B. 2051% eines bulgarischen Durchschnittsverdieners und doppelt so viel wie der bulgarische Staatschef. Gemäss Angaben der EU «verdienen» allein 37 Spitzenbeamte rund 24.000 Euro monatlich (das ist mehr als die deutsche Bundeskanzlerin). Laut dem «Wall Street Journal» sollen 3.000 EU-Beamte das Gehalt der britischen Premierministerin übertreffen. Weitere 5.460 Beamte verdienen mehr als 10.000 Euro monatlich. Um diese ausserordentlich hohen «Löhne» zu finanzieren, werden die Steuerzahler der EU tüchtig zur Kasse gebeten. Und bei all dem sind die Geldkoffer der Lobbyisten natürlich nicht mit eingerechnet.

Quelle: kla.tv, 27.12.2018
«Schweizerzeit» vom 17.8.2018, S.16

Das EU-Parlament in Strassburg

Foto: Diliff (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:European_Parliament_Strasbourg_Hemicycle_-_Diliff.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en

Glyphosat: EU-Kommission vertritt die Interessen von Monsanto und Co.

Die EU-Kommission hatte sich 2017 für eine Verlängerung der Zulassung des stark umstrittenen Wirkstoffes Glyphosat um fünf Jahre ausgesprochen. Glyphosat ist der Hauptwirkstoff in einer Gruppe von Unkrautvernichtungsmitteln wie zum Beispiel Roundup, das von der Firma Monsanto vertrieben wird. Die Mehrheit der EU-Staaten stimmte Ende November 2017 dem Vorschlag der EU-Kommission zu. Grundlage dafür waren Einschätzungen der europäischen Behörden für Chemie (ECHA) und Lebensmittelsicherheit (EFSA). Ein Report der Umweltschutzorganisation Global 2000 enthüllte jedoch, dass die EU-Behörden die Ergebnisse ihrer Beurteilung von Glyphosat verfälscht hatten. Dr. Peter Clausing, Toxikologe und Autor des Reports, kommt zusammenfassend zu folgendem Schluss: «Nur unter massiver Verletzung der eigenen Regeln und Richtlinien war es den EU-Behörden möglich, die krebsauslösende Wirkung von Glyphosat zu leugnen.» Nach geltenden EU-Standards hätte Glyphosat als «wahrscheinlich krebserregend» eingestuft werden müssen. Die EU-Kommission hat die Einschätzungen jedoch kritiklos übernommen. Dies zeigt, dass die europäischen Behörden und die EU-Kommission Konzernen wie Monsanto und Co. als Erfüllungsgehilfen dienen.

Quelle: kla.tv, 04.02.2018

Anti-Glyphosat-Demo in Berlin

Haftstrafe für EU-Parlamentarier wegen Bestechlichkeit - ein Einzelfall?

Der frühere österreichische Innenminister und EU-Abgeordnete für die ÖVP, Ernst Strasser, wurde 2014 vom Wiener Straflandesgericht wegen Bestechlichkeit zu dreieinhalb Jahren unbedingter Haft verurteilt. Der Politiker war zwei als Lobbyisten getarnten englischen Undercover-Journalisten auf den Leim gegangen. Vor laufender, versteckter Kamera verlangte er 100.000 Euro im Jahr dafür, um im EU-Parlament für eine Abänderung von drei EU-Richtlinien (bezüglich gefährlicher Stoffe in Elektrogeräten, genetisch verändertem Saatgut und Elektroschrott) zu sorgen. Er erklärte den Journalisten, wenn man als Abgeordneter des Europäischen Parlaments zu den grossen Lobby-Firmen wie zum Beispiel Windows, Google, Apple und AT&T gehen würde, dann stünden die Türen offen. Er bestätigte auch, dass ein Kunde ihm 100.000 Euro im Jahr bezahlen würde und dass er zwischen 5 und 6 Kunden hätte. Wenn er nur einmal gegen seine Kunden handeln würde, wäre er sofort raus aus dem Geschäft.

Ernst Strasser, vor seiner Verurteilung Delegationsleiter der österreichischen Konservativen im Europäischen Parlament

Foto: Flickr (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ernst_Strasser_at_EPP_Conference_on_Cyber_Security_(5389731063)_(cropped).jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Quelle:
kurier.at, Drei Jahre Haft für Ernst Strasser, 13.10.2014

Die Brüsseler Regulierungswut

Weit mehr als 50.000 Seiten dick ist das Gesetzbuch der EU; ein Gestrüpp aus Gesetzen, Vorschriften und Detailregelungen. Und jedes Jahr kommt mehr hinzu. Doch hinter diesem Irrsinn steckt Methode: Das Gewaltmonopol kann neue potenzielle Wettbewerber der korporatistischen (siehe S.30 ff.) Grosskonzerne oder politisch nicht erwünschte Unternehmen vom Markteintritt abhalten bzw. sie vom Markt verdrängen. Wenige grosse Konzerne werden mit zahllosen Gesetzen und Regulierungen geschützt, deren Einhaltung bzw. Umsetzung für mittelständische Unternehmen kaum zu bewerkstelligen ist. Die Konzerne verfügen dagegen über riesige Rechtsabteilungen, die sich darauf einrichten können oder die Gesetze gleich selber schreiben, um sie daraufhin durch Lobbyismus zu verankern. Ebenso haben sie das Kapital, um neue Entwicklungen, die den Regulierungen gerecht werden, zu finanzieren. Installiert man eine komplizierte Regulierung im Namen des Umwelt- oder Verbraucherschutzes, so fällt der Bevölkerung nicht auf, dass nur die grossen Konzerne mit ihren Anwaltskanzleien und Forschungsabteilungen diese Anforderungen erfüllen können. Kleinere Unternehmen oder Neugründungen haben dieses Geld nicht und werden so verdrängt bzw. vom Markteintritt ferngehalten. Allerdings sind auch Grosskonzerne nicht automatisch vor der Regulierungswut der EU gefeit. Das Rezessionsprogramm auf dem Weg zum Globalstaat könnte auch ihnen früher oder später zum Verhängnis werden.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2017-05-04-WDR_Wahlarena-1428.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

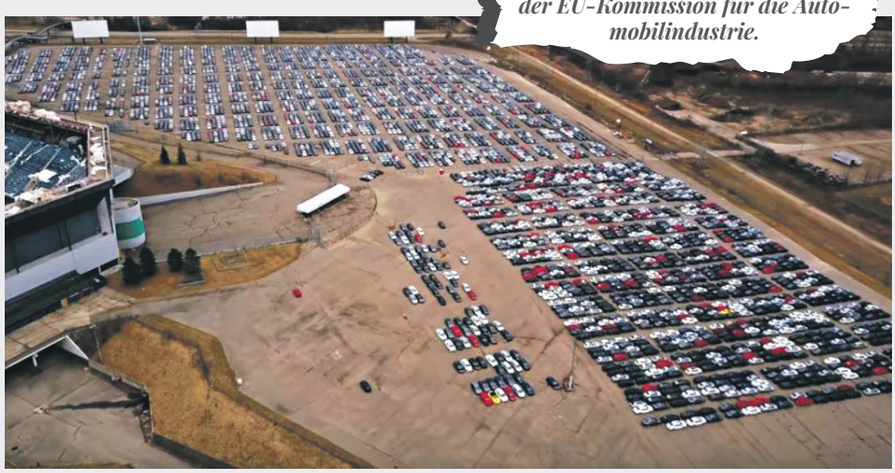
«Die Rechtssicherheit geht verloren, über dem gesamten Herstellungsprozess des Automobils schwebt künftig das Damoklesschwert der Kommission.»

Marcus Pretzell, Mitglied des EU-Parlaments, äusserte dies 2017 zu den geplanten Verordnungen der EU-Kommission für die Automobilindustrie.

EU hängt Damoklesschwert über die deutsche Automobilindustrie

Die Europäische Union will bis 2030 den CO2-Ausstoss bei Autos rapide senken. Neuwagen sollen dann im Schnitt 37,5% weniger Kohlendioxid in die Luft blasen als 2021. Als Zwischenziel wurde ein Minus von 15% bis 2025 vereinbart. Auf die neuen CO2-Grenzwerte einigten sich die EU-Staaten, das Europaparlament und die EU-Kommission am 17.12.2018. Damit könnten neue «Abgasskandale» vorprogrammiert sein, die der deutschen Autoindustrie schon jetzt einen herben Dämpfer verpasst haben. Da die Entwicklung neuer Motoren mit weniger CO2-Ausstoss sehr kostenintensiv sein wird, werden auch die Preise der Autos steigen, die sich viele deutsche Werktätige schon heute nicht mehr leisten können. Andererseits wird mit diesen strengen EU-Regulierungen auch die Konkurrenz der wenigen Autokonzerne ausgeschaltet, da es wohl nur die Grossunternehmen sein werden, die das Budget haben, um in neue Forschung zur Senkung des CO2-Ausstosses zu investieren. Doch letztendlich könnte sich für Audi, BMW, Mercedes & Co. die Frage stellen: «Wie sollen wir weiter hohe Umsätze erzielen, wenn sich immer weniger Menschen ein Auto leisten können?» Auf längere Sicht werden die grossen Autohersteller wahrscheinlich auch keine Profiteure der EU-Politik mehr sein.

Quelle: autobild.de, EU zügelt Verbrauch von Neuwagen, 18.12.2018



Mitten in der Wüste Kaliforniens liegt eine der insgesamt 36 Autohalden von VW. Massenhaft Dieselautos wurden aufgrund des Abgasskandals dort abgestellt. VW musste die Autos von Kunden zurückkaufen, ein massiver Schaden für die deutsche Wirtschaft.

DSGVO: Wie die EU unabhängige Medien sabotiert

Am 25.05.2018 trat die neue Datenschutz-Grundverordnung (kurz DSGVO) der Europäischen Union in Kraft. Politik und Presse bekräftigten, wie notwendig diese neue Verordnung sei, um personenbezogene Daten der EU-Bürger besser zu schützen. Die DSGVO umfasst 99 Artikel. Auf 180 Seiten, in ca. 50.000 Worten, sollen die Datenschutzgesetze in der EU vereinheitlicht werden. Die Datenschutzgesetze der einzelnen Mitgliedstaaten seien nicht mehr zeitgemäss, verkündet das europäische Parlament, und die DSGVO räume den EU-Bürgern nun weitreichende Rechte ein. Was auf den ersten Blick wie ein Fortschritt wirken mag, bringt bei näherem Studieren der Verordnungsartikel schockierende Fakten zum Vorschein. Ab dem 25.05. 2018 wird unter anderem jedes Foto, das veröffentlicht wird und auf dem Personen zu erkennen sind, nicht mehr als Bild, sondern als eine Datenerhebung gewertet. Eine solche Datenerhebung darf laut DSGVO nur noch mit vorheriger Erlaubnis der abgebildeten Personen erfolgen. Was bedeutet dies für Unternehmen und Webseitenbetreiber? Sie müssen Unmengen an finanziellem und zeitlichem Aufwand investieren, um mit Müh und Not den neuen Datenschutzrichtlinien gerecht zu werden. Und was für freie Journalisten oder alternative Medien, die auf ihren Internetseiten systemkritische Aufklärung mit Bild, Video und Tonmaterial veröffentlichen möchten? In einem Artikel von Heise.de steht der entscheidende Satz: «Ohne Einwilligung dürfen personenbezogene Fotos künftig nur noch von der sogenannten institutionalisierten Presse sowie den für sie arbeitenden Journalisten und Unternehmen angefertigt und gespeichert werden.» Darum geht es also. So drohen unabhängigen Journalisten Webseitensperrungen und Ähnliches, während die grossen Medienkonzerne weiter freie Bahn haben.

Quelle: kla.tv, DSGVO – totale Meinungsversklavung im EU-Stil (Datenschutz-Grundverordnung) , 23.05.2018

Artikel 13: Die Internet-Zensurmaschine der EU?

Gemäss dem berüchtigten «Artikel 13» der neuen Urheberrechtsreform der EU müssten bald alle Internet-Plattformen zukünftig jeden Upload, also jeden Textausschnitt, jede Bild-, Ton- oder Filmdatei, die sie im Internet veröffentlichen möchten, mit einer kostenpflichtigen Datenbank abgleichen, um festzustellen, ob es sich um urheberrechtlich geschützte Inhalte handeln könnte. Unter dem Deckmantel des Urheberrechts wird hier eine Internet-Zensurmaschine aufgebaut, die darüber entscheidet, was im Internet veröffentlicht werden darf und was nicht! Die gesetzliche Verankerung, dass jede Publikation vor ihrer Veröffentlichung durch einen Filter genehmigt werden muss, der von Regierung und Unternehmen definiert wird, könnte das Ende der Meinungsfreiheit im Netz bedeuten. Die technische Fehlerrate solch automatischer Algorithmen ist hoch und das System kann einfach missbraucht werden. Nutzer, deren Inhalte zu Unrecht als urheberrechtlich geschützt deklariert wurden, müssten den Rechtsweg beschreiten und klagen, um ihre eigenen Inhalte wieder nutzen zu können. Die Urheberrechtsreform ist, trotz anhaltenden Protesten, schon so gut wie beschlossen. Die letzten Verhandlungen zur Reform sehen vor, dass für alle profitorientierten Plattformen (z.B. Youtube, Facebook, Instagram etc.) der Artikel 13 gilt, wenn sie zumindest eine der drei folgenden Kriterien erfüllen:

1. Die Plattform ist älter als 3 Jahre.
2. Der Jahresumsatz beträgt mehr als 10 Millionen Euro.
3. Die Plattform hat mehr als 5 Millionen Nutzer pro Monat.

Unzählige völlig harmlose Apps und Webseiten, die diese Kriterien erfüllen, müssten demnach Upload-Filter installieren, die User und Betreiber gleichermassen schädigen. Wieder werden meist nur grosse Medienunternehmen, die auf den Plattformen Inhalte anbieten, das Budget haben, um ihre Videos detailliert nach möglichen Urheberrechtsverletzungen zu durchsuchen. Das kann z.B. schon das T-Shirt eines Passanten sein, auf dem das Markenlogo von «Adidas» oder «Nike» zu sehen ist. Für finanziell und zeitlich begrenzte, unabhängige Inhaltsersteller (z.B. Youtuber) kann das Vermeiden von Urheberrechtsverletzungen jedoch zu einem sehr einschränkenden und oft schlicht nicht umsetzbaren Kraftakt werden. Zusätzlich kann dieses Werkzeug missbraucht und Inhalte auch ohne Urheberrechtsverletzung gelöscht werden. Denn um gegen fälschliche Sperrungen rechtlich vorzugehen, mangelt es den meisten kleineren Erstellern an Zeit und Mitteln, während grosse Medien in der Regel eine eigene Rechtsabteilung beschäftigen.

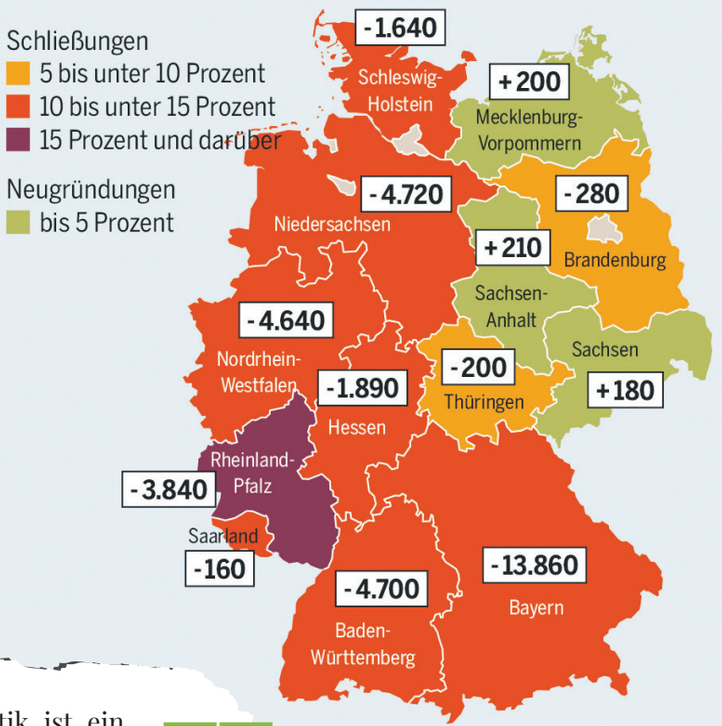
Quellen: kla.tv, Die Internet-Zensurmaschine der EU (Upload-Filter/ Leistungsschutzrecht), 29.07.2018
netzpiloten.de, Artikel 13 beschlossen - Das müsst ihr wissen, 14.02.2019

EU-Agrarpolitik zerstört traditionelle Landwirtschaft

Die Art der Verteilung von EU-Geldern für die Landwirtschaft in allen Mitgliedsländern hat ein massives Hofsterben zur Folge, da die Förderprämien weitgehend nach der Fläche des Unternehmens bemessen werden. Die grössten Betriebe bekommen das meiste, während Programme für den Erhalt kleinerer Höfe völlig unterfinanziert sind. So erhalten EU-weit 20 Prozent der begünstigten Landwirte 80 Prozent der Subventionen. Die meisten Kleinbauern sind in diesen Subventionszahlungen nicht mehr berücksichtigt. Allein zwischen 2003 und 2014 hat ein Drittel aller bäuerlichen Kleinbetriebe in der EU ihre Landwirtschaft aufgeben müssen. Insgesamt machen die Grossbetriebe (grösser als hundert Hektar) nur drei Prozent aller Höfe aus, bewirtschaften aber mehr als die Hälfte der gesamten Nutzfläche. Tatsächlich stieg auch die Anzahl der Grossbetriebe seit 2008 um fast 16 Prozent, obwohl sich gemäss einer Umfrage im November 2018 fast drei Viertel der Deutschen mehr mittlere und kleinere Betriebe wünschten. So werden auch in diesem Fall Grossbetriebe gefördert und kleinere Konkurrenten vom Markt gedrängt.

VERLORENE HÖFE

Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern, absolut und in Prozent, 2018 zu 2010



«Die EU-Agrarpolitik ist ein bürokratisches Monstrum.»

Heinrich Böll Stiftung, aus dem Agrar-Atlas 2019

Quellen: kla.tv, EU-Agrarpolitik vernichtet traditionelle Landwirtschaft in Griechenland, 12.04.2015
epochtimes.de, EU-Agrarpolitik vernichtet kleine Bauernhöfe, 04.01.2019

Normgemüse

Die «Verordnung der Europäischen Kommission zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Gurken» war bisher die wohl abstruseste EU-Verordnung. Da sie unter anderem festlegte, dass eine Gurke der Handelsklasse «Extra» maximal eine Krümmung von zehn Millimetern auf zehn Zentimetern Länge aufweisen durfte, wurde die Verordnung als Gurkenverordnung oder Gurkenkrümmungsverordnung berühmt. Als solche stand sie synonym für eine als überbordend empfundene Bürokratie Brüssels und diente EU-Kritikern und Kabarettisten zwanzig Jahre lang als gängiger Beleg für zügellosen Regelungswahn der europäischen Verwaltung. Doch nicht nur die Gurken-Krümmung wollte die EU regulieren, für insgesamt 36 Obst- und Gemüsearten wurden Normen definiert. Eine Banane, die für EU-Bürger geeignet ist, musste danach mindestens 14 Zentimeter lang und 2,7 Zentimeter dick sein, durfte keine Beschädigungen aufweisen und noch nicht gereift sein. Offizieller Grund: Die Bananen aus EU-Ländern sollten gegenüber Import-Konkurrenten besser gestellt sein. Anzunehmen ist jedoch, dass diese Verordnungen der Agrar-Grossindustrie halfen, die mit ihren technisch fortgeschrittenen Produktionsmethoden wohl in der Lage ist, genau diese Form von Gurken zu produzieren. Gleichzeitig könnten somit Kleinbauern, die nicht in der Lage sind, diese Normen einzuhalten, vom Markt verdrängt werden.

Foto: Walter57 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Obst_und_Gem%C3%BCse.jpg)
https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

Quelle: news.de, Klospülung, Kondome, Seilbahnen: Die irre Regelwut der EU, 19.10.2014

Euro-Krise

Die geplante Schritt in den

Auf einen Blick

- Kurz vor Beginn des 21. Jahrhunderts wurde mit der Schaffung einer Währungsunion – durch die Einführung des Euros – ein weiterer integraler Bestandteil auf den Weg in den EU-Zentralstaat vollbracht. Eine zukünftige «Euro-Krise» war damals bereits aufgrund der im Eurosystem angelegten Fehler vorprogrammiert. Nichtsdestotrotz wurde ein finanzieller Kollaps von führenden Politikern mutwillig in Kauf genommen, denn «wenn die Krise grösser wird, werden die Fähigkeiten, Veränderungen durchzusetzen, grösser» (Wolfgang Schäuble). Ergo: Mit einer Krise kann der kontinuierliche Souveränitätsentzug der europäischen Länder schneller vorangetrieben werden.
- Basierend auf den phantasievollen Versprechen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl für die Einführung des Euros entschied sich der Deutsche Bundestag 1998 für die Einheitswährung. Resultierend daraus fand wohl die grösste Enteignung der deutschen Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg statt, da die Preissteigerungen auf Grund des Euros weit über dem Zuwachs der Löhne lagen.
- Infolge zahlreicher Euro-Rettungsschirme – im Verlaufe der unabdingbaren Euro-Krise im Jahre 2010 – gelang den EU-Politikern ein weiterer «Staatsstreich» mit der Einführung eines permanenten Rettungsschirmes – dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, kurz ESM. Damit wurde den Euro-Staaten ihre Haushaltssouveränität entzogen und eine unkontrollierbare, unter absoluter gerichtlicher Immunität stehende Finanzdiktatur auferlegt. Und ebenso wie für den Eintritt in dieses verfassungswidrige Geldumverteilungssystem kein Referendum als erforderlich angesehen wurde, ist innerhalb des ESM-Vertrages auch kein Austritt mehr vorgesehen.
- Zeitgleich mit der Einführung des Euros wurde auch die Europäische Zentralbank (EZB) gegründet, die seither die Hoheit über alle nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten besitzt. Der gesamte grenzüberschreitende Zahlungsverkehr wird infolgedessen über die EZB – innerhalb des sogenannten «Target2»-Zahlungssystems – abgewickelt. Doch seit geraumer Zeit werden diese lediglich buchhalterisch festgehaltenen, Transaktionen zwischen den EU-Ländern nicht mehr reell ausgeglichen, wodurch die «krisengeplagten» EU-Länder wie Italien oder Spanien unentwegt über ihrem eigentlichen Wohlstand konsumieren. Letztendlich wird dies wohl zum finanziellen Niedergang der Krisenländer führen, der Deutschland und die ganze Eurozone daraufhin mit in die Krise reissen wird.

Foto: andreus/shutterstock.com

Die europäische Integrations-Bewegung, die nach dem 2. Weltkrieg besonders von dem Österreicher Coudenhove-Kalergi und dem Franzosen Jean Monnet vorangetrieben wurde, hatte von Anfang an das Ziel, einen europäischen Bundesstaat zu schaffen, mit dem die europäischen Staaten ihre völkerrechtliche Souveränität verlieren und die Völker in einer einheitlichen Bevölkerung, einer «europäischen Nation», aufgehen sollten. Auf dem Weg zu diesem Ziel fügt sich auch nahtlos das Projekt der gemeinsamen Währung ein. Der Euro soll das in einem Bundesstaat vereinigte Europa vorantreiben, symbolisieren und das Bewusstsein der Menschen dafür öffnen. In einem Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1999 heisst es klar:

«Die Währungsunion ist eine weitere Etappe dieser von der Wirtschaft ausgehenden Integration, die immer auch Schritte der politischen Integration beinhaltete oder nach sich gezogen hat. [...] Es ist dauerhaft nicht denkbar, eine Gemeinschaftswährung einzuführen, ohne nicht auch in zentralen Bereichen des politischen Lebens [...] zu Harmonisierungen und Kooperationsformen zu gelangen. Darum ist die Europäische Währungsunion das Schlüsselprojekt der europä-

Euro-Krise als EU-Zentralstaat

ischen Integration. Es liegt in den Händen der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker, dass Europa in den nächsten Jahren von einer politischen Union gekrönt werden kann. [...] Die Währungsunion institutionalisiert den Einigungsprozess unwiderruflich.» [1]

Hier haben wir es Schwarz auf Weiss: Die Währungsunion ist also nur Mittel zum Zweck der politischen Union bzw. des Einheitsstaates, wie uns die SPD-Stiftung informiert. Das erinnert an das Lissabon-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 30.06.2009, das eingesteht, dass die Machtübertragung nach Brüssel seit Anbeginn der europäischen Vereinigung in den 50er-Jahren hinter Handelsverträgen versteckt wurde:

«Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch aussen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden. [...] Dieser funktionale Ansatz lag den 1957 geschlossenen ‚Römischen Verträgen' [...] zugrunde. In den folgenden Jahrzehnten wurden diese Verträge schrittweise fortentwickelt [...]» [1]

Demnach wird das Grossmachtprojekt EU offensichtlich vorangetrieben, indem man instabile wirtschaftliche (EWG uvm.) und finanzielle Verflechtungen (v.a. Euro-Einführung) zwischen den Mitgliedsstaaten erzeugt, die aufgrund der bereits in ihnen angelegten Fehler zu Krisen führen, durch welche die EU noch mehr Macht an sich reissen kann.

Für den europäischen Bundesstaat ist der Euro zudem das grosse Integrations-Symbol, das täglich durch die Hände der Menschen geht und so unterschwellig für den Verzicht auf die eigene Souveränität bereit machen soll. Obwohl bei so unterschiedlichen Wirtschaftsgebieten in Europa eine Gemeinschaftswährung gegen alle wirtschaftliche Vernunft war und ist, und namhafte Ökonomen auch eindringlich davor gewarnt hatten, wurde der Euro aus diesen politischen Gründen eingeführt.

Masslose Verschuldung durch den Euro

Für die wenig entwickelten Agrarstaaten im Süden Europas entstanden durch die Euro-Einführung ungeheure Verschuldungsmöglichkeiten. Die Drachme Griechenlands z.B. hatte bis dahin international natürlich nur den Wert, der ihrer eigenen tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungskraft entsprach. Plötzlich hatten die Politiker dieser Länder die ungeheure Möglichkeit, günstige Kredite mit dem zunächst niedrigen Euro-Zins in grossem Masse aufzunehmen, um sich bei den Wählern beliebt zu machen. Das ist ein Hauptgrund der Verschuldung, der auch durch die «Rettungsfonds» nicht beseitigt wird, sondern immer wieder zu neuen Schulden führt. Hans-Olaf Henkel brachte das plastisch ins Bild:

«Versetzt man sich in die Lage der griechischen Politiker, sahen sie sich einer komplett verwandelten Welt gegenüber: Über Nacht waren sie die fusskranke Drachme los [...] und hielten stattdessen den markigen Euro in der Hand: Welche Genugtuung und zugleich – welche Versuchung! Es war, wie wenn Sohnemann plötzlich Papis goldene Kreditkarte in Händen hält. Der griechische Sozialpolitiker, gleich ob links oder rechts, fühlte seine Stunde gekommen, endlich über das darbende Volk das Füllhorn auszuschütten.» [2]

Die Banken gewährten diese Kredite gerne, denn sie konnten sich – so eng verbunden sie mit den Politikern sind – sicher sein, dass im Notfall die EU ihre Schuldenstaaten nicht im Stich lassen würde. So forderten sie wegen des wachsenden Risikos immer höhere Zinsen und machten jahrelang hohe Gewinne. Die Politiker der Südländer sahen die Chance, sich beliebt zu machen und investierten in teure Infrastruktur-Projekte, die man mit den alten Währungen nicht hätte finanzieren können. Vorübergehend kurbelten diese Massnahmen die innereuropäische Wirtschaft an, da neues Geld zur Verfügung stand, doch der Aufschwung hielt nicht lange an, da die Schulden der Südstaaten anstiegen. Diese Entwicklungen waren vorauszusehen und schienen einkalkuliert, ja, durch die bewusste Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages beschleunigt herbeigeführt (siehe S.49).

Ordnung aus dem Chaos

Die Geschichte des Euros ist ja die Geschichte eines fortgesetzten kollektiven Rechtsbruches. Das geschieht kaum zufällig und aus Schlamperei. Finanzminister Schäuble äusserte sich auch am 21.8.2011 in der «Welt am Sonntag» in verräterischer Weise:

➔

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Wolfgang_Schaeuble_03.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

Durch seine zuversichtlichen Äusserungen zur Euro-Krise machte der ehemalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble deutlich, dass aus seiner Sicht der finanzielle Kollaps vorrangig als Mittel zum Zweck der Umsetzung des EU-Zentralstaates dient.

«Kann man eine Währungsunion haben, wenn die wirtschaftliche Leistungskraft und die Finanzpolitik so unterschiedlich sind? Eine stärkere Vergemeinschaftung der Finanz- und Wirtschaftspolitik wird die Differenzen verringern. Darin liegt der Schlüssel. [...] Die meisten Mitgliedstaaten sind noch nicht vollständig bereit, die notwendigen Einschränkungen nationaler Souveränität hinzunehmen. Aber glauben Sie mir, das Problem ist lösbar.»

Also was sagt Schäuble? Eine Währungsunion geht auf Dauer nur, wenn die Länder auf weite Teile ihrer Souveränität verzichten. Die Zentralregierung kann die Differenzen verringern, dann geht es. Das ist der Schlüssel zur Lösung der Probleme. Und die Lösung wird kommen, droht er. Das heisst: Man hat die finanzpolitischen Schwierigkeiten selbstverständlich erwartet. Sie waren erwünscht, damit ein Druck nach einer zentralen Steuerung entstünde. Eine Woche später wurde Schäuble noch deutlicher:

«Wir brauchen andere Formen internationaler Governance als den Nationalstaat. [...] Und heute schaffen wir etwas Neues. [...] Ich bin bei aller krisenhafter Zuspitzung im Grunde entspannt, weil, wenn die Krise grösser wird, werden die Fähigkeiten, Veränderungen durchzusetzen, grösser.» [3]

Und in der New York Times vom 18.11.2011 sagte er: «Wir können die politische Union (Anm.: also den Zentralstaat) nur erreichen, wenn wir eine Krise haben.»

Deshalb wird in der jetzigen Krise gegen alle wirtschaftliche Vernunft so vehement für die Rettung und den Erhalt des Euro eingetreten, mit Sprüchen wie «Wir verteidigen den Euro, koste es, was es wolle», denn: «Scheitert der Euro, scheitert Europa», womit der europäische Bundesstaat gemeint ist. Also die durch die ungeheuren Schulden, den wirtschaftlichen Niedergang, die heraufziehende Inflation und die durch die Verarmung der Völker entstehenden Leiden der Menschen scheinen den Bürokraten gleichgültig. All dies führen sie ja offensichtlich gerade sehenden Auges bewusst herbei, damit den Menschen ein zentrales Krisenmanagement, also weitere Souveränitätsübertragungen Richtung Zentralstaat, als «alternativlos» dargestellt werden kann! ***(Fassadenkratzer/tk)***

Quellen:
fassadenkratzer.wordpress.com, Die geplante €uro-Krise als Schritt in den EU-Zentralstaat
1. books.google.ch, Der Vertrag von Lissabon vor dem Bundesverfassungsgericht, 2013
2. Hans-Olaf Henkel, Rettet unser Geld!, Heyne Verlag, München 2011
3. in einem Gespräch auf dem Sender Phönix vom 28.08.2011

Henry Kissinger: Ökonomische Krise «Chance für eine neue Weltordnung»

Henry Kissinger bediente sich derselben Rhetorik wie Wolfgang Schäuble und sah mit Entzücken in der Krise die einmalige Gelegenheit für eine «neue Weltordnung».

Auch der US-Geostratege Henry Kissinger hält nicht hinter dem Berg damit, dass Krisen der Treibstoff sind, mit dem sich die politischen Entwicklungen zum internationalen Superstaat fortbewegen. In einem Aufsatz Kissingers aus der New York Times vom 12. Januar 2009 hatte er in dasselbe Horn wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zwei Jahre später (siehe oben) gestossen und die «Chance für eine neue Weltordnung» (so der Titel) bejubelt. Demnach ist der «instabile Zustand des internationalen Systems» nicht etwa beklagenswert, sondern «eine einzigartige Gelegenheit» – nämlich für eine «kreative Diplomatie». «Die ökonomische Krise absorbiert die Energien sämtlicher grosser Mächte», hatte Kissinger auch in der Washington Post vom 22. April 2009 («Obamas aussenpolitische Herausforderungen») gejubelt. Eine solche Gelegenheit «zu umfassenden Lösungen» sei noch nie da gewesen, frohlockte der führende Geostratege. «Die gegenwärtige internationale Wirtschaftspolitik scheint auf der Illusion begründet zu sein, dass, sobald die gegenwärtige Krise abklingt, das alte globalisierte System wiederhergestellt werden kann», meinte Kissinger. Allerdings sei ja gerade das Ungleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Organisation der Welt ein Hauptgrund für die Krise gewesen.

Übersetzt heisst das: Während die Wirtschaft global organisiert ist, ist die Politik national organisiert. Aus Kissingers Beschreibung der in der Falle sitzenden Nationalstaaten klang fast so etwas wie Zufriedenheit. Erst der finanzielle Kollaps habe die Überzeugung, sich unabhängig machen zu können, als Illusion entlarvt. Gleichzeitig müsse jedes Land der Realität ins Auge sehen, dass seine Schwierigkeiten nur mit gemeinsamen Massnahmen gemeistert werden könnten, so Kissinger. Nur eine totale Krise biete die einmalige Gelegenheit zur umfassenden Umgestaltung der politischen Verhältnisse.

«Das schrecklichste Beispiel auf diesem Gebiet ist unser eigenes», sagte 2009 der Wirtschaftsprofessor Wilhelm Hankel: «Ohne den Schwarzen Freitag kein Hitler. Denn die Folge des Schwarzen Freitags war nicht nur ein Zusammenbruch der Kreditwirtschaft, sondern ein Zusammenbruch der Realwirtschaft.» Und dieses Modell hätte man anscheinend nun gern wiederholt, und zwar global. Wenn man Kissingers New York Times-Artikel allerdings genau liest, fällt auf, dass der Autor es tunlichst vermeidet, auch nur ansatzweise zu erwähnen, welche globale politische Ordnung oder welches globale politische System er sich eigentlich vorstellt. ***(gw/tk)***

Euro-Einführung:

Foto: shutterstock/photoschmidt

Wie Helmut Kohl Deutschland ins Verderben stürzte

Helmut Kohl war von 1982 bis 1998 deutscher Regierungschef und ist aus dieser Zeit vor allem als «Kanzler der deutschen Einheit» in Erinnerung geblieben. Und mit Einheiten hatte Kohl es tatsächlich, nämlich auch mit Währungseinheiten. Mit gleich zwei Währungsunionen schickte er zuerst Deutschland bzw. die beiden Deutschlands und dann Europa auf Talfahrt. Die erste war die vom 1. Juli 1990 mit der eingemeindeten früheren DDR. Nicht die Wiedervereinigung an sich, aber ihre Durchführung à la Kohl war ein schwerer Schlag für beide Teile Deutschlands, von dem sie sich bis heute nicht erholt haben, denn er rührte im Wesentlichen alles zusammen, was (noch) nicht zusammengehörte. Rücksichtslos warf Kohl mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 vollkommen inkompatible Wirtschafts-, Sozial-, und Finanzräume in einen Topf. Banken und Grosskonzerne rollten wie ein Panzer über die ehemalige DDR hinweg und machten alles platt, was sich ihnen in den Weg stellte. Millionen Arbeitslose fielen in das soziale Netz, in dem viele bis heute gefangen sind, da Steuern, Gesetze und Regulierungen den Mittelstand abwürgten und ein Aufschwung wie zur Zeiten des vermeintlichen Wirtschafts«wunders» nicht mehr entstehen konnte. Von Kritikern wird die Wiedervereinigung à la Kohl gerne mit der Wirkung einer Neutronenbombe verglichen. Zumindest wirkte sie wie ein Flächenbombardement. Kohls Sprüche von den «blühenden Landschaften», die alsbald überall entstehen würden, entpuppten sich als Schall und Rauch. Das einzig «Blühende» war Kohls Phantasie gewesen.

Die Gesamtkosten der deutschen Einheit von 1990 bis 2014 betrugen nach einer Studie der FU Berlin netto 2 Billionen Euro. «Diesen kaum vorstellbaren Betrag haben selbst die grössten Skeptiker der Vereinigung seinerzeit nicht für möglich gehalten», zitierte Welt Online den FU-Wissenschaftler Klaus Schroeder am 21.08.2009, als die Kosten bereits bei 1,6 Billionen Euro lagen. «Damit liessen sich alle Staatsschulden auf einen Schlag tilgen.» War der Anstieg der Staatsverschuldung vor der Wiedervereinigung eher regelmässig und linear gewesen, so wurde die Kurve nach der Wiedervereinigung erheblich steiler. Hätte man die vorherige Zunahme linear fortgeschrieben, wäre man zum Beispiel im Jahr 2005 bei einer offiziellen Schuldenlast unterhalb einer Billion Euro angekommen, was zwar auch nicht gut, aber doch erheblich weniger ist. So aber landete man bereits im Jahr 2005 bei (offizi-

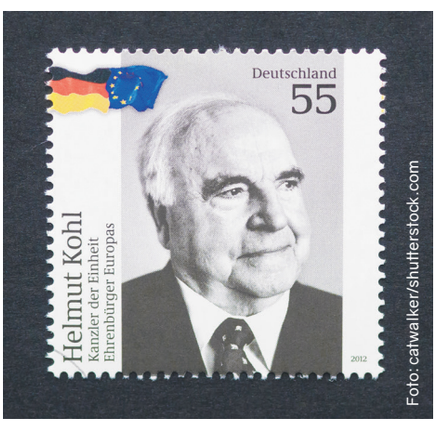


Foto: catwalker/shutterstock.com

Als «Kanzler der Einheit» ging Helmut Kohl in die Geschichte ein.

➔

Helmut Kohl am Treffen des Europäischen Rates zum Euro (1998).

ell) 1,5 Billionen Euro. Das heisst, einen grossen Anteil daran, dass Deutschland aktuell überschuldet ist, hat die deutsche Einheit. Oder besser gesagt: die deutsche Einheit à la Kohl.

Kohl: «keine Haftung der Gemeinschaft»

Womit wir auch schon beim Euro wären, denn die Währungsunion zwischen BRD und DDR war quasi nur eine kleine Fingerübung gewesen. Beim Zusammenschluss mit der DDR ging es um die Verschmelzung von zwei völlig unterschiedlichen Volkswirtschaften; beim Euro ging es um die Verschmelzung von elf, später sechzehn zum Teil – auch kulturell und sprachlich – völlig unterschiedlichen EU-Volkswirtschaften. «Die EU stellt im Unterschied zu den USA keinen optimalen Währungsraum dar», schrieb ein Kritiker schon 1997, «zu unterschiedlich sind Sprache, Kultur, Bildungsniveau, politisches System, Infrastruktur, Kapitalausstattung, Gewerkschaftseinfluss, Produktivität, Löhne, Preise, Sozialversicherungssysteme, Schuldenlasten, Aussen- und Sicherheitsinteressen der einzelnen Mitgliedstaaten. Der Ausgleich der Unterschiede würde entweder die Staaten in die Zwangsjacke des Big Brother stecken müssen, oder es würden riesige Transferzahlungen erforderlich.» [1]

Aber noch ein Jahr später, 1998, stellte Kohl dies vehement in Abrede und versprach den Deutschen feierlich im Bundestag: «Nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers» – was er sogar noch ausdrücklich wiederholte. Dies war zwölf Jahre vor der Euro-Krise, dem «Rettungsschirm» von 2010 und dem ESM von 2012. Die Einführung des Euros und die weitere europäische Integration waren jedoch nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Betrug. Denn kaum wiedervereinigt, wurde Deutschland auch schon wieder in der Europäischen Union aufgelöst. Die Auflösung der noch relativ starken deutschen Währung war dafür ein wichtiger Schritt. Alle wichtigen Weichen wurden in der Kanzlerschaft Helmut Kohls (1982 bis 1998) gestellt.

"...meine Wiedereinsetzung als Staatsratsvorsitzender ... Europas!"

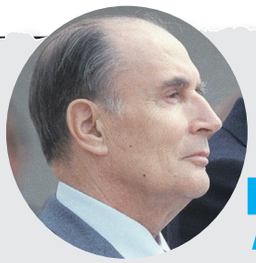
Vom Euro zum Teuro

Der Euro wurde am 1. Januar 1999 hinter den Kulissen zum Buchgeld gemacht und am 1. Januar 2002 dann als Bargeld eingeführt. Und zwar ebenso rücksichtslos, wie die politischen Entscheidungen getroffen wurden. Um das, was folgte, zu registrieren, war ökonomischer Sachverstand nicht notwendig. Jeder Deutsche bekam in der eigenen Brieftasche zu spüren, wie der Euro an Kaufkraft verlor. Über den Daumen gepeilt, dürfte die Preissteigerung seit Einführung des Euro bis heute bei 160% liegen, also bei durchschnittlich zehn Prozent pro Jahr. Die Einnahmen der Bürger dürften wohl kaum im selben Masse gestiegen sein. Da Löhne und Gehälter bei weitem nicht im selben Umfang gestiegen sind, darf man den Euro also mit Fug und Recht als die grösste Enteignung der Deutschen seit dem Zweiten Weltkrieg bezeichnen. Wie schon die deutsche Wiedervereinigung begleitete Kohl auch die europäische Währungsunion mit grossen Sprüchen. «Dieses Geld wird eine grosse Zukunft haben», tönte Kohl im Dezember 2001.

Im Würgegriff des Euros

Um zu verstehen, wie es so weit kommen konnte, muss man die Frage beantworten: Was bedeutete der Euro für die teilnehmenden Staaten? Für Deutschland bedeutete er auf jeden Fall einen grossen Schritt in Richtung Auflösung – nach dem Muster eines Stücks Zucker im Kaffee. Die Exportgrossmacht Deutschland wurde mit dem Agrar- und Schifffahrtszwerg Griechenland unter einer Währung vereint. Der grösste Wert an der Athener Börse sei ein Getränkeabfüller, der zweitgrösste ein Sportwettenanbieter, schrieb FAZ.net am 8. Mai 2010.

Auf Stufe 1, den Zusammenschluss, folgte umgehend Stufe 2, bei der die stabileren Länder zu verstärkten Transferleistungen an die



„Der Euro ist wie Versailles, nur mit friedlichen Mitteln."

François Mitterrand, ehemaliger Französischer Staatspräsident

Quelle: welt.de, Folgen einer unerhörten Begebenheit, 25.09.2010 Quelle: spiegel.de, Neues vom Turmbau zu Babel, 18.10.1993

Aussagen vom gleichen Schlag

Foto: J. Patrick Fischer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2012_Theo_Waigel.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/deed.en

Der damalige CDU-Finanzminister Theo Waigel machte den Deutschen den Euro durch falsche Versprechungen schmackhaft. Er sagte am 23. April 1998 im deutschen Bundestag:

«Jedes Land haftet allein für seine Schulden. Es wird in der Währungsunion keine zusätzlichen Finanztransfers geben. Haftungsübernahmen seitens der Gemeinschaft oder anderer Teilnehmerländer sind ausgeschlossen.»

«Drogen waren, sind und werden nie ein Thema für mich sein.»

Christoph Daum, 05.10.2000

Wenig später bewies eine Haarprobe einen regelmässigen, exzessiven Kokainkonsum Daums.

Foto: © Superbass / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

«Ich hatte niemals Sex mit dieser Frau.»

Bill Clinton, 26.01.1998

Elf Tage später gestand Clinton vor einer Jury die Affäre mit «dieser Frau» – also der 22-jährigen Praktikantin Monica Lewinsky.

Foto: US Department of Labor (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bill_Clinton,_Feb_2013.jpg) https://creativecommons.org/publicdomain/zero/1.0/deed.en

geschwächten Länder gezwungen wurden. Der Aufbau Ost liess grüssen. Auf den Aufbau Ost nach der Währungsunion 1 folgt nach der Währungsunion 2 nun – finanziell gesehen – der «Aufbau Süd», sprich: der «Aufbau Griechenland», der «Aufbau Portugal», der «Aufbau Spanien», aber auch der «Aufbau Irland». Denn diese Länder mögen zwar eine modernere Wirtschaft und Infrastruktur haben; finanziell aber sind sie ähnlich abgewirtschaftet wie einst die DDR. «Die DDR war an ihrem Ende hoch verschuldet», schrieb Dr. Klaus Först, Steuerberater und Betreiber der Website staatsverschuldung.de: «Die Zahlungsunfähigkeit war absehbar.» Der Kronzeuge hierfür sei Günter Mittag, der oberste Wirtschaftslenker der DDR.

«Schon Mitte der siebziger Jahre wusste niemand mehr, wie die von Jahr zu Jahr steigenden Kosten der Sozialpolitik beglichen werden sollten», schrieb der Spiegel 1991 über Mittag und die wirtschaftliche Situation der DDR. «Die DDR lebte alsbald auf Pump und von ungedeckten Schecks.» Günter Mittags «Stab klärte ihn darüber auf, dass die DDR über ihre Verhältnisse lebte». Kommt uns das nicht irgendwie bekannt vor? «Über die Verhältnisse gelebt» war auch das Schlagwort der Euro-Krisentage im Jahr 2010, als die PIIGS-Staaten anfingen zu wackeln. «PIIGS» lautete 2010 der Oberbegriff für die Euro-Problemstaaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien. Und mit all diesen Ländern hat sich Deutschland im Rahmen der Euro-Währungsunion ebenfalls vereinigt.

Die schreckliche Enkelin

Auch Kohls Nachfolgerin Angela Merkel stellt sich weiterhin mit einer grossen Tasche voller Geld an ein offenes Fenster im obersten Stock eines Hochhauses und spricht: «Wir schützen das Geld der Menschen in Deutschland», und wirft die Geldtasche anschliessend in hohem Bogen aus dem Fenster. Und zwar ohne mit der Wimper zu zucken oder dabei rot zu werden. Statt Abflüsse wie Griechenland, Spanien und Portugal zu verstopfen, pumpt Merkel weiter in grossem Stil (deutsche) Milliarden hinein, so, als wäre sie über die sich auftuenden Löcher nicht etwa entsetzt, sondern regelrecht begeistert, weil sie die Möglichkeit bieten, das deutsche Volksvermögen endgültig den Ausguss hinunterzuspülen. Und dies ist auch der Beleg dafür, dass Merkel sich in strenger Kontinuität zu Helmut Kohl befindet. Kohl hatte die gemeinsame Euro-Badewanne geschaffen, Merkel spülte den Inhalt den Abfluss hinunter bzw. zwang die bereits selbst stark belasteten Länder der Euro-Zone, den anderen eine finanzielle Mund-zu- Mund-Beatmung angedeihen zu lassen.

Mit der Krise zur Finanzdiktatur

Länder und Menschen werden auf dem Altar der Euro-Idee geopfert, die jedoch ohne das Primat des Wohlergehens der Menschen gar keinen Sinn ergibt! Wie alle politischen Grossmachtprojekte ist auch der Euro vielmehr eine über den Menschen stehende Ideologie als ein funktionales und damit sinnvolles internationales Tauschmittel.

Es kann aber auch noch einen anderen Grund geben, warum einem eine Idee sinnlos, abstrakt oder ideologisch vorkommt – weil man den wirklichen konkreten Zweck (noch) nicht erkennen kann. Wir können lediglich einen Zweck des Euros verneinen, nämlich den Wohlstand und das Wohlergehen der Menschen. Darum geht es sicher nicht. Aber worum geht es dann? Hat die Wahrheit gar etwas mit der alten Weisheit zu tun, die da lautet: «Geld regiert die Welt»? Vielleicht wird das Ganze besser verständlich, wenn wir es mit den Worten des Fi-

➔

Helmut Kohls Euro-Lügen

Helmut Kohl bei seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 23.04.1998 zur Einführung des Euros.

Deutschland, ja Europa befindet sich in hellem Aufruhr: Der Euro steht am Abgrund. Aus den Bankenkrisen sind mittlerweile Staatskrisen geworden. Dabei durfte, was passiert ist, eigentlich gar nicht passieren. Denn der deutsche Nationalheld und «Kanzler der Einheit» Helmut Kohl hatte den Deutschen versprochen, dass es keine Finanztransfers unter den EU-Mitgliedstaaten geben werde. Der Euro sei zukunftssicher, stabil, dynamisch, wachstumsorientiert, kurz: ein «Jahrhundertereignis», das Tollste, was Europa je gehabt habe. Am 23. April 1998 hatte Kohl den ganzen Deutschen Bundestag mit seinen bunten Versprechungen schwindlig geredet. Im Anschluss an die Rede stimmten 632 von 672 Abgeordneten für die Einführung des Euros, nur 35 dagegen. Schon zwölf Jahre später stand die sagenhafte Gemeinschaftswährung am Abgrund. Zeit, des Oggersheimers schönste Prophezeiungen zum Euro einmal Revue passieren zu lassen:

«Meine Damen und Herren, nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.»

«Ich bin überzeugt, dass die Erfolgsgeschichte der D-Mark in unserem Land mit einer Erfolgsgeschichte des Euro weitergeht. Die Vorzüge, die wir mit der D-Mark erarbeitet haben und an der D-Mark – zu Recht – schätzen, gehen nicht verloren. Sie werden in ein grösseres Ganzes zum Vorteil Deutschlands und zum Vorteil Europas eingebracht.»

«Der Euro stärkt die Europäische Union als Garanten für Frieden und Freiheit. Von der heutigen Entscheidung – ich meine das nicht pathetisch – hängt es wesentlich ab, ob künftige Generationen in Deutschland und in Europa in Frieden und Freiheit, in sozialer Stabilität und auch in Wohlstand leben können.»

«Das Europäische Währungsinstitut und die Deutsche Bundesbank haben in ihren Stellungnahmen bestätigt, dass die Vorschläge der Kommission stabilitätspolitisch vertretbar sind [...] Ich behaupte: Die Voraussetzungen für eine stabile europäische Währung waren noch nie so gut wie heute.»

«Die Einführung des Euro liegt im ureigensten wirtschaftlichen Interesse auch und nicht zuletzt der Deutschen.»

«Die gemeinsame europäische Währung wird Europa als Raum wirtschaftlichen Wohlstands und monetärer wie sozialer Stabilität festigen.»

«Die gemeinsame Währung wird das Klima für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa nachhaltig verbessern.»

«Der Euro eröffnet grosse Chancen für neue wirtschaftliche Dynamik, für dauerhaftes Wachstum und dringend benötigte zukunftssichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert.»

«Meine Damen und Herren, der Euro und die Europäische Währungsunion sind in gar keiner Weise ein unkalkulierbares Risiko.»

«Dafür sollten wir dankbar sein und den Menschen überall in Deutschland sagen, dass dies, was hier geregelt und entschieden wurde, in ihrem Sinne ist.»

«Die Bundesregierung hat mit ihrem konsequenten Eintreten erreicht, dass die Stabilitätskriterien des Vertrags von Maastricht strikt eingehalten werden.»

«Niemand soll glauben, dass diese Chance automatisch wiederkommt, wenn wir sie jetzt nicht nutzen. Sie kommt nicht wieder!»

«Herr Präsident, meine Damen und Herren, lassen Sie uns diese Chance, die eine wahrhaft historische Chance ist, für den Frieden und die Freiheit, für den Wohlstand und für die soziale Stabilität in Europa und in Deutschland nutzen.»

«Ich bin ganz sicher – wie wir es schon bei anderen geschichtlichen Ereignissen erlebt haben –, dass diejenigen, die heute nein zum Euro sagen, schon in wenigen Jahren leugnen werden, dass sie je eine solche Meinung vertreten haben.»

«Meine Damen und Herren, wenn ich mich an jene Debatte erinnere, die vor weniger als sechs Monaten in diesem Saal stattfand, finde ich, dass es schon an der Zeit wäre, dass der eine oder andere wenigstens sagte – das zu tun ist ja menschlich: Ich habe mich geirrt [...]»

Dasselbe von Helmut Kohl zu erwarten, wäre wohl zu viel verlangt gewesen.

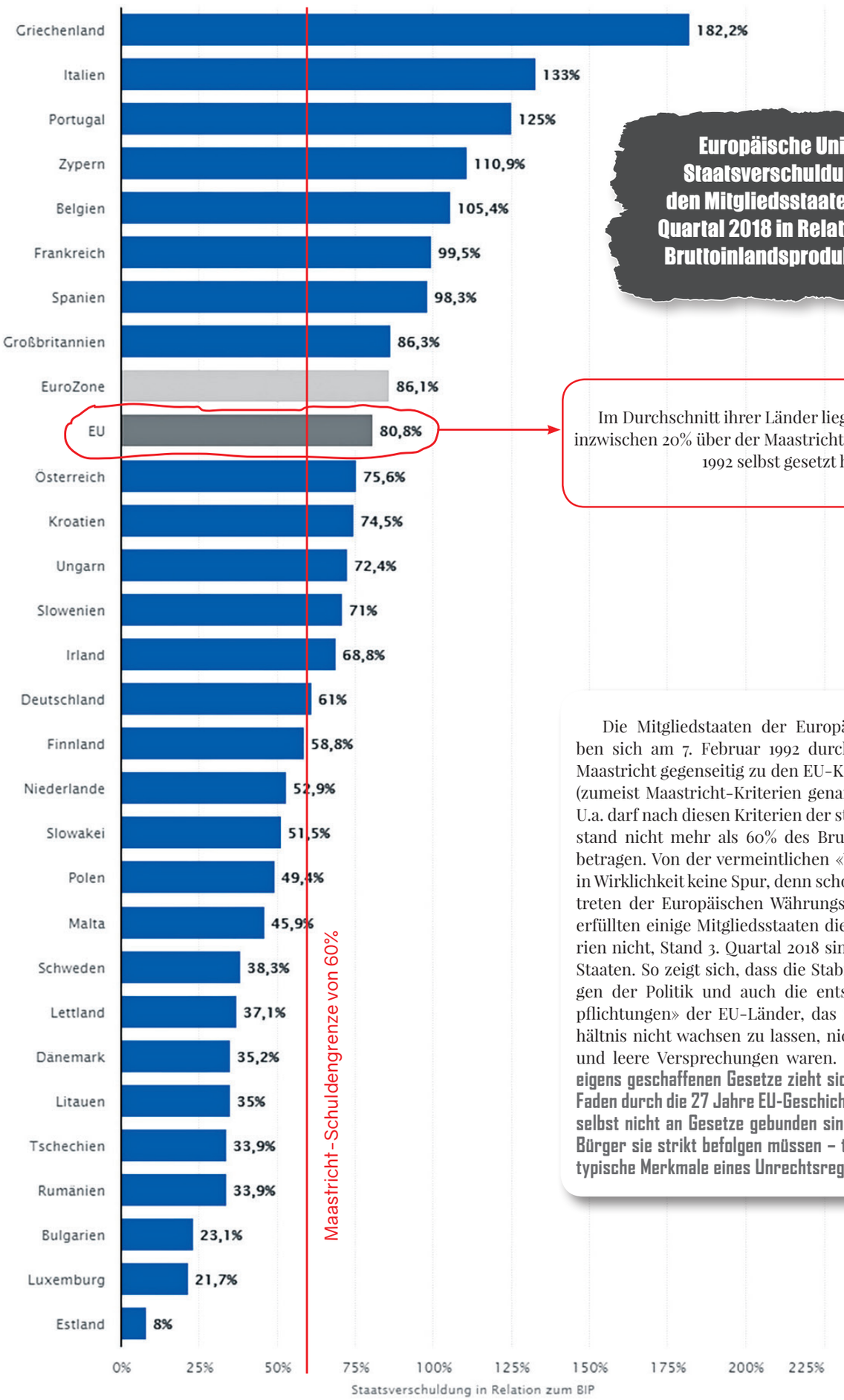
Quelle: helmut-kohl.de, Rede vor dem Deutschen Bundestag bei der Aussprache über den Beschluss der Bundesregierung zur Festlegung des Teilnehmerkreises an der Dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 23.04.1998

➔ nanzgenies und Gründers der gleichnamigen Bankendynastie Mayer Amschel Rothschild (1744 –1812) sagen. Diesem Herrn verdanken wir einige erfrischende Wahrheiten über Geld und Macht. Zum Beispiel: «Ihr Geld ist nicht weg, mein Freund, es hat nur ein anderer.» «Ich lese keine Zeitungen. Was wirklich wichtig ist, erfahre ich an der Börse.» «Die Unkenntnis der Steuergesetze befreit nicht von der Pflicht zum Steuernzahlen. Die Kenntnis aber häufig.» Der Mann hatte gut lachen. Seine ganz persönliche Version des Mottos «Geld regiert die Welt» lautete angeblich: «Lasst mich das Geld einer Nation herausgeben und kontrollieren, und es ist mir egal, wer die Gesetze schreibt.» [2]

So viel Macht verleiht die Kontrolle über eine Währung? Was wäre, wenn man nun eine künstliche Währung schaffen und sie möglichst vielen Nationen «aufs Auge drücken» würde? Durch Einführung einer Währung und Abtreten der Währungshoheit an eine supranationale Institution wie die Europäische Zentralbank (EZB) werden die Länder in einem entscheidenden Punkt regiert – in ihrer Geldpolitik. Aber erst die Krise des Jahres 2010 gab den europäischen Institutionen die Möglichkeit, quasi diktatorische Massnahmen zu ergreifen.

Schöne, neue Krise bzw. Welt! Wenn das stimmt, dürfte Europa mit Hilfe der Finanzkrise und des Euros auf dem besten Wege in eine Finanzdiktatur sein. ***(gw/tk)***

Quellen:
1. «Zur Zeit», 21.11.1997
2. zit. nach Robert L. Owen, in: G. Edward Griffin: Die Kreatur von Jekyll Island. Die US-Notenbank Federal Reserve. Das schrecklichste Ungeheuer, das die internationale Hochfinanz je schuf, Rottenburg a. N. 2006.



Europäische Union: Staatsverschuldung in den Mitgliedsstaaten im 3. Quartal 2018 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Im Durchschnitt ihrer Länder liegt die gesamte EU inzwischen 20% über der Maastricht-Grenze, die sie sich 1992 selbst gesetzt hat.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich am 7. Februar 1992 durch den Vertrag von Maastricht gegenseitig zu den EU-Konvergenzkriterien (zumeist Maastricht-Kriterien genannt) «verpflichtet». U.a. darf nach diesen Kriterien der staatliche Schuldenstand nicht mehr als 60% des Bruttoinlandsprodukts betragen. Von der vermeintlichen «Verpflichtung» war in Wirklichkeit keine Spur, denn schon vor dem Inkrafttreten der Europäischen Währungsunion Anfang 1999 erfüllten einige Mitgliedsstaaten die Maastricht-Kriterien nicht, Stand 3. Quartal 2018 sind es die Hälfte der Staaten. So zeigt sich, dass die Stabilitätsversprechungen der Politik und auch die entsprechenden «Verpflichtungen» der EU-Länder, das Schulden-BIP-Verhältnis nicht wachsen zu lassen, nichts als heisse Luft und leere Versprechungen waren. **Der Bruch der eigens geschaffenen Gesetze zieht sich wie ein roter Faden durch die 27 Jahre EU-Geschichte. Und Politiker, die selbst nicht an Gesetze gebunden sind, während normale Bürger sie strikt befolgen müssen – tja, ist das nicht das typische Merkmale eines Unrechtsregimes?**

von Gerhard Wisnewski

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde am 27. September 2012 mit Sitz in Luxemburg gegründet.

ESM: Niemand hat die Absicht, eine Diktatur zu errichten

Volksabstimmungen seien nun gar nichts fürs Volk, erfuhr man damals: Experten rieten davon ab, konnte man auf der Website von n-tv lesen. Zwar stand nun mit der Einführung des dauerhaften Euro-Rettungsschirms ESM ab 2013 «eine neue wichtige Entscheidung an», aber Rechtsexperten lehnten Volksabstimmungen zu Haushaltsfragen «aus guten Gründen» ab. Na klar. Schliesslich sind Volksabstimmungen im «demokratischen Europa» ein Skandal, wie wir auch anhand des in Griechenland Anfang November 2011 geplanten Referendums über das neueste Rettungspaket erfahren durften. Ein Vertrauter von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy fand das Vorhaben «irrational und gefährlich», die Märkte waren geschockt und «in Aufruhr», Ökonomen warnten «vor den Folgen für das Finanzsystem».

Störfall Bürger: Die Demokratie, so durften wir bei der Gelegenheit lernen, ist in Europa nicht der Normalfall, sondern ein Unfall. Schliesslich brachte man bislang alle europäischen Verträge unter Ausschluss der Öffentlichkeit über die Bühne – und wenn nicht, dann liess man eben ein zweites Mal abstimmen. Je nach Ergebnis eines Referendums heisst es nämlich in der Mathematik unserer «Volksvertreter» und Regierungen:

- Ein Referendum ist kein Referendum. Nach dem Referendum ist vor dem Referendum. Das bessere Referendum ist der Feind des Guten.
- Referendum plus Referendum ergibt unter dem Strich gar kein Referendum, weil sowieso rauskommt, was die Regierenden wollen.

Gut, nicht? Aber zurück zum ESM, dem dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus oder «Rettungsschirm», der 2012 eingeführt wurde – ohne Referendum, versteht sich. Denn das ist immer noch das beste Referendum. Statt nur vorübergehend, dürfen die Euroländer inzwischen routinemässig bürgen und zahlen, wenn anderen Euroländern das Geld ausgeht. Dabei wurde den Bürgern nie ausreichend erklärt, worum es geht. Und eigentlich will es auch niemand wissen, denn «ESM» klingt schliesslich wie ein Lebensmittelzusatzstoff. Oder wie ein langweiliges Additiv im Benzin. Irgendwas für Fachleute eben. Also lieber nicht damit beschäftigen.

«Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen»

Nun gibt es da allerdings einen klugen Spruch, der da lautet: «Wer in der Demokratie schläft, wird in der Diktatur aufwachen.» Und ganz offenbar haben wir viel zu lange geschlafen. So lange, dass unsere Politiker inzwischen aufs Ganze gegangen sind. Die Krise sehen gewisse Geopolitiker als einmalige Chance für eine «kreative Diplomatie» (siehe S.44). Und kreativ sind sie wirklich, unsere EU-Strategen: «Entwurf für einen Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)» hiess 2011 ihre neueste Kopfgeburt, die 2012 in Kraft trat. Der Vertragsentwurf «ist ganz offensichtlich weder von unserer Bundesregierung kommuniziert worden, noch ist er im Parlament besprochen und debattiert worden, noch haben irgendwelche Medien den Vertragsentwurf aufgenommen und publiziert», sagte damals die Rechtsanwältin Beatrix von Storch. Interessant, aber das ist noch nicht alles: Darüber hinaus war das Papier auch anonym; einen Absender oder Autor suchte man auf dem Entwurf des ESM-Vertrages vergeblich. Es gab also keinen benennbaren Urheber, den man nach Details befragen hätte können. Stattdessen trug der Entwurf nur die Überschrift «Inoffizielle Arbeitsübersetzung».

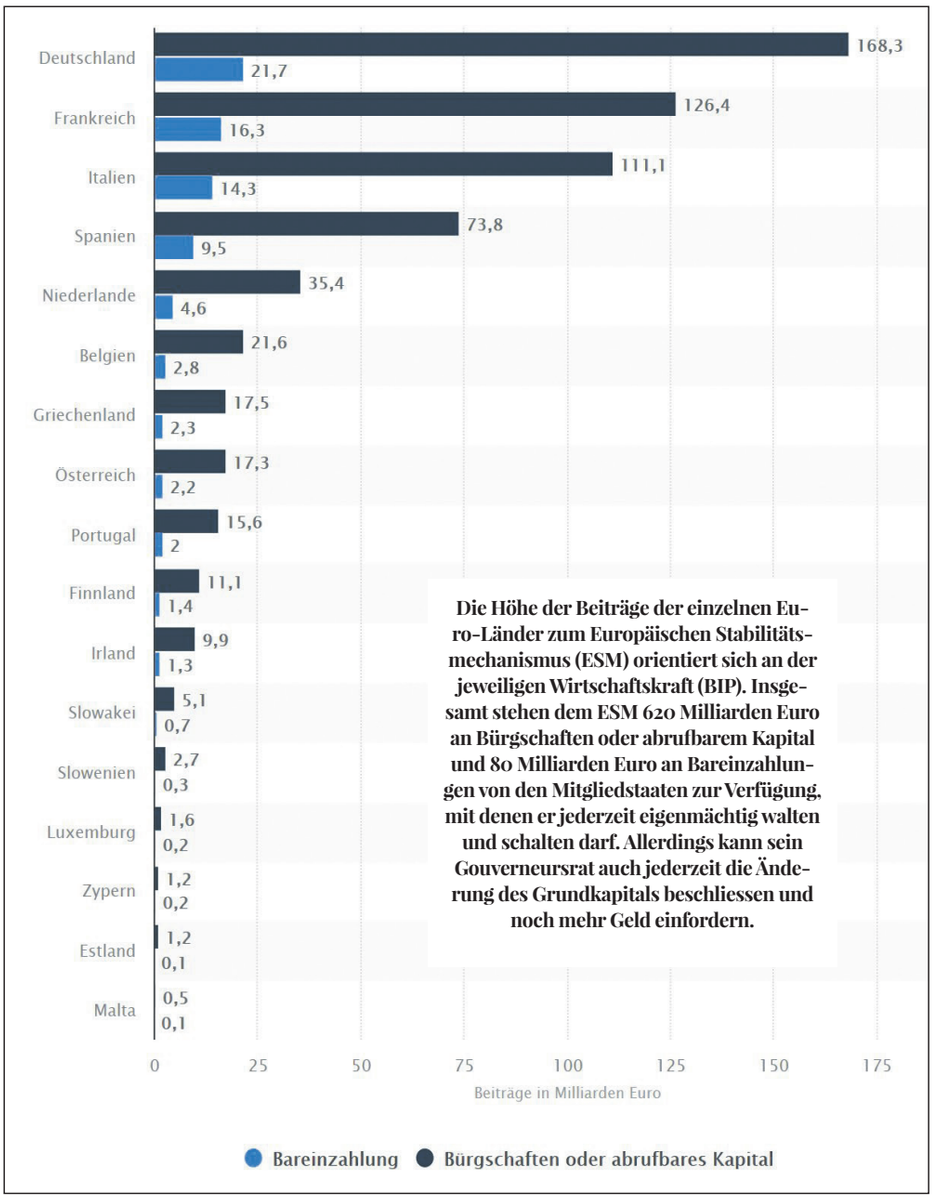
Diktatur ohne Filter

Die Abgeordneten des Bundestages verrieten ihre Bürger an eine Europäische Fi-

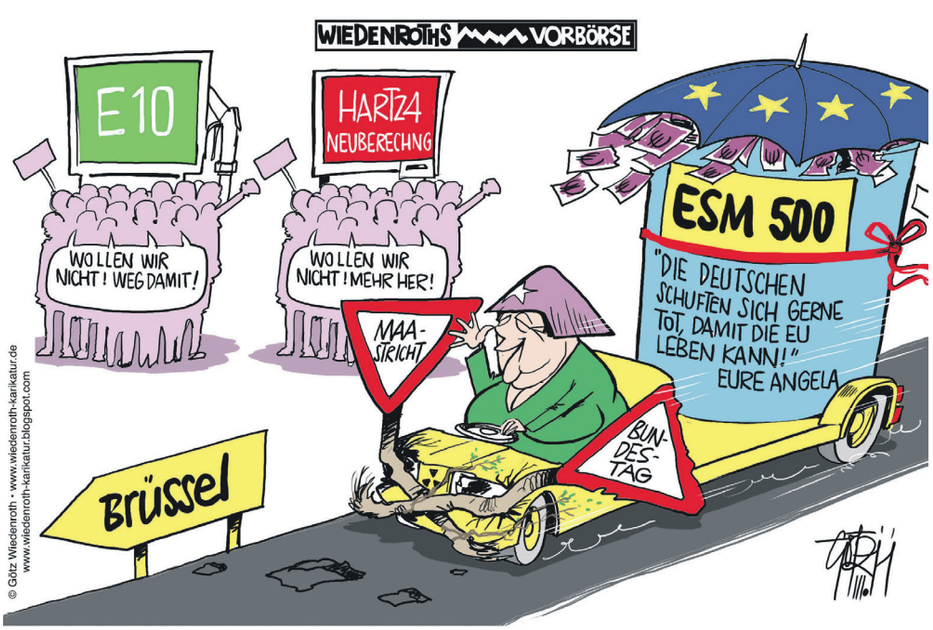
nanz-Junta. «Der ESM», so hiess es in dem Vertragsentwurf, «wird, wie der IWF auch, einem Mitgliedstaat finanzielle Unterstützung gewähren, wenn dessen regulärer Zugang zur Finanzierung über den Markt beeinträchtigt ist.» Das heisst: Wenn niemand mehr so verrückt ist, dem betreffenden Land einen Kredit zu gewähren. Aber das kennen wir ja schon von anderen «Stabilitätsmechanismen». Noch nicht bekannt ist dagegen, wie der ESM seine Mitgliedstaaten zur Kasse bitten kann. Das anfängliche Grundkapital des ESM, aus dem klamme Staaten Hilfen beantragen können, betrug stattliche 700 Milliarden Euro, also 0,7 Billionen Euro (deutscher Anteil: 27 % oder 190 Mrd. Euro). Doch das ist nur der Anfang, gewissermassen der Schnupperpreis. Denn einmal eingerichtet, kann sich der ESM komplett selbständig machen. Zum einen kann er sich immer weiter verschulden und «zur Erfüllung seiner Aufgaben auf den Kapitalmärkten Kredite von Banken, Finanzinstituten oder sonstigen Personen oder Einrichtungen» aufnehmen. Zum anderen kann sein sogenannter «Gouverneursrat» jederzeit «die Änderung des Grundkapitals beschliessen», also die Erhöhung der 700 Milliarden Euro. In diesem Fall gibt es kein Entkommen, denn – so heisst es in dem Entwurf weiter – «die ESM-Mitglieder sagen hiermit unwiderruflich und bedingungslos zu, bei Anforderung jeglichem [...] an sie gerichteten Kapitalabruf binnen 7 (sieben) Tagen nach Erhalt dieser Anforderung nachzukommen».

Die selbst gewählten Prüfer

Mit dem ESM haben sich die Euro-Staaten also in die finanzielle Sklaverei begeben und eine unkontrollierbare Finanzdiktatur errichtet. Zahlt ein Mitgliedsland nicht fristgerecht, bestimmt der Gouverneursrat des ESM «eine geeignete Vorgehensweise, um sicherzustellen, dass das betreffende Mitglied innerhalb einer angemessenen Frist seine Schuld gegenüber dem ESM begleicht». Wie diese «Vorgehensweise» aussehen soll, wird allerdings nicht gesagt. Während dem säumigen Land Zinsen aufgebrummt werden, werden für den fehlenden Betrag inzwischen jedenfalls die anderen zur Kasse gebeten. Ganz wie im Absolutismus steht über dem ESM nur noch Gott. Zwar soll es nach Art. 25 des Entwurfs eine «Externe Rechnungsprüfung» geben. Allerdings werden die «unabhängige[n] externe[n] Prüfer [...] vom Gouverneursrat bestätigt». Das heisst, der geheimnisvolle



Die Höhe der Beiträge der einzelnen Euro-Länder zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) orientiert sich an der jeweiligen Wirtschaftskraft (BIP). Insgesamt stehen dem ESM 620 Milliarden Euro an Bürgschaften oder abrufbarem Kapital und 80 Milliarden Euro an Bareinzahlungen von den Mitgliedstaaten zur Verfügung, mit denen er jederzeit eigenmächtig walten und schalten darf. Allerdings kann sein Gouverneursrat auch jederzeit die Änderung des Grundkapitals beschliessen und noch mehr Geld einfordern.



"Hihi, zum Glück wissen diese Steuerdeppen schon nicht mehr, wogegen sie zuerst protestieren sollen!""

➔

Der ESM:
Das Finanz-Ermächtigungsgesetz

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist eine EU-Finanzierungsinstitution mit Sitz in Luxemburg. Der ESM wurde durch einen am 27. September 2012 in Kraft getretenen völkerrechtlichen Vertrag gegründet. Aufgabe des ESM ist es, überschuldete Mitgliedstaaten der Eurozone durch Kredite und Bürgschaften zu unterstützen, um deren Zahlungsfähigkeit zu sichern. Inzwischen wurden ca. 245 Milliarden Euro an Finanzhilfen für betroffene Länder zur Verfügung gestellt. D.h. Steuergeld von EU-Mitgliedsstaaten wird ohne deren Mitsprache umverteilt.

Werfen wir einen Blick in den Vertrag:

ARTIKEL 8

Genehmigtes Stammkapital

(1) Das genehmigte Stammkapital beträgt 700 Milliarden EUR. Es ist aufgeteilt in sieben Millionen Anteile mit einem Nennwert von je 100 000 EUR, die gemäß dem in Artikel 11 vorgesehenen und in Anhang I berechneten Erstbeitragsschlüssel zur Zeichnung zur Verfügung stehen.

Man fragt sich: Wieso eigentlich 700 Milliarden Euro? Woher kommt diese Zahl? Wer hat sie errechnet? Und auf welcher Grundlage? Müsste man nicht jede Milliarde genau rechtfertigen, denn sie fliesst vom Steuerzahler direkt zum ESM-Gouverneursrat?

leisten zu können. Die ESM-Mitglieder verpflichten sich unwiderruflich und uneingeschränkt, Kapital, das der Geschäftsführende Direktor gemäß diesem Absatz von ihnen abruft, innerhalb von sieben Tagen ab Erhalt der Aufforderung einzuzahlen.

Wenn der ESM ruft, dann muss es schnell gehen. 7 Tage hat man Zeit. Bei den normalen Bankenlaufzeiten müsste man also innerhalb von vier Tagen den Banküberweisungsschein ausfüllen. Das ist zu schaffen. Nur was heisst «unwiderruflich» und «uneingeschränkt»? Was ist, wenn ein neues Parlament gewählt wird, das den Transfer nicht mehr will? Das geht dann also nicht mehr?

ARTIKEL 10

Veränderungen des genehmigten Stammkapitals

(1) Der Gouverneursrat überprüft das maximale Darlehensvolumen und die Angemessenheit des genehmigten Stammkapitals des ESM regelmäßig, mindestens jedoch alle fünf Jahre. Er kann beschließen, das genehmigte Stammkapital zu verändern und Artikel 8 und Anhang II entsprechend zu ändern. Dieser Beschluss tritt in Kraft, nachdem die ESM-Mitglieder dem Verwahrer den

Wie bitte? Die 700 Milliarden sind also nur der Anfang? Der ESM kann also beliebig und unbegrenzt nachfordern? Und wir sind dann, wie schon gezeigt, «unwiderruflich» und «uneingeschränkt» verpflichtet zu zahlen? Hier wird theoretisch sämtliches Volksvermögen an eine einzige ungewählte Institution übertragen, deren Befehlen sich kein Mitgliedstaat widersetzen kann. Wo bleibt der Aufschrei in der Bevölkerung?

(2) Der ESM besitzt volle Rechtspersönlichkeit; er besitzt die uneingeschränkte Rechts- und Geschäftsfähigkeit,

a) bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern,

b) Verträge abzuschließen,

c) Partei in Gerichtsverfahren zu sein und

d) ein Sitzabkommen und/oder Protokolle zu unterzeichnen, soweit dies notwendig ist, um sicherzustellen, dass sein Rechtsstatus und seine Vorrechte und Befreiungen anerkannt und durchgesetzt werden.

(3) Der ESM, sein Eigentum, seine Mittelausstattung und seine Vermögenswerte genießen unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Immunität von gerichtlichen Verfahren jeder Art, es sei denn, der ESM verzichtet für ein Gerichtsverfahren oder in den Klauseln eines Vertrags, etwa in der Dokumentation der Finanzierungsinstrumente, ausdrücklich auf seine Immunität.

Der ESM kann also selber klagen, doch nicht verklagt werden? Die ESM-Gouverneure stellen sich über das für den Normalbürger geltende Gesetz?

Gouverneursrat beruft seine Prüfer selber. Es kommt aber noch dicker:

- «Der ESM, sein Eigentum, seine Finanzmittel und Vermögenswerte geniessen unabhängig von ihrem Standort und Besitzer umfassende gerichtliche Immunität.»
- «Das Eigentum, die Finanzmittel und Vermögenswerte des ESM sind unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, von Zugriff durch Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jede andere Form der Inbesitznahme, Wegnahme oder Zwangsvollstreckung durch Regierungshandeln oder auf dem Gerichts-, Verwaltungs- oder Gesetzesweg befreit.»
- «Die Archive des ESM und alle ihm gehörenden oder in seinem Besitz befindlichen Dokumente im Allgemeinen sind unverletzlich.»
- «Die Räumlichkeiten des ESM sind unverletzlich.»
- «Die Gouverneursratsmitglieder, stellvertretenden Gouverneursratsmitglieder, Direktoren, stellvertretenden Direktoren, der Geschäftsführende Direktor und das Personal geniessen Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen und Unverletzlichkeit in Bezug auf ihre amtlichen Schriftstücke...» (ESM-Vertragsentwurf, Art. 27 und 30)

Geheim-Loge ESM

Kurz: «Der ESM ist ein grob verfassungswidriges Konstrukt, das auf die Abschaffung grosser Teile unserer verfassungsmässigen Ordnung und unserer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie gerichtet ist», meinte der bekannte Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel. «Wenn die Parlamente im Wege kollektiven, europaweiten Verfassungsbruchs dieses Konstrukt zum Leben erwecken», würde der ESM «eine Geheim-Loge, die über die Köpfe der europäischen Bevölkerungen hinweg nahezu unkontrolliert agieren und mittelbar (durch Inflationierung oder Besteuerung zur Finanzierung der Transfers) über die Privatvermögen verfügen kann.» Für Steinhöfel gehört der Vertrag «in die Reihe der Ermächtigungsgesetze der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, die ebenfalls verfassungswidrige aussergewöhnliche Vollmachten aufgrund von angeblichen Krisensituationen gewährten.»

Noch ein Zuckerl zum Schluss: Der ESM ist einer der ganz wenigen Vereine, aus denen man nie wieder austreten kann: Eine Kündigung, eine Auflösung oder ein Ausscheiden sieht der Vertragsentwurf nicht vor. Genau wie bei der Mafia.

(4) Das Eigentum, die Mittelausstattung und die Vermögenswerte des ESM genießen unabhängig davon, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, Immunität von Durchsuchung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form des Zugriffs durch vollziehende, gerichtliche, administrative oder gesetzgeberische Maßnahmen.

Befreit von Zugriffen durch Gerichte, das hatten wir ja eben schon. Aber auch unsere Regierungen, unsere Verwaltungen und unsere demokratischen Gesetze, alle macht- und rechtlos gegen den ESM? Ganz schön mächtig dieser ESM!

ARTIKEL 35

Persönliche Immunitäten

(1) Im Interesse des ESM genießen der Vorsitzende des Gouverneursrats, die Mitglieder des Gouverneursrats, die stellvertretenden Mitglieder des Gouverneursrats, die Mitglieder des Direktoriums, die stellvertretenden Mitglieder des Direktoriums sowie der Geschäftsführende Direktor und die anderen Bediensteten des ESM Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich ihrer in amtlicher Eigenschaft vorgenommenen Handlungen und Unverletzlichkeit hinsichtlich ihrer amtlichen Schriftstücke und Unterlagen.

Und wer da mitmacht, ist fein raus? Keine Verantwortung, niemandem gegenüber? Und unverletzliche Schriftstücke? Das heisst, wir dürfen sie gar nicht erst einsehen?

Quelle: youtube.com, 07.12.2011
Wer errechnet den ESM? Was bedeutet die Schuldenunion für die Bürger?

Fazit: Der ESM ist eine Behörde, an die jeder EU-Staat mit Sieben-Tages-Frist sein Haushaltsvermögen unbegrenzt zur Verfügung stellen muss. Die Behörde kann Staaten und Individuen verklagen, doch andersherum ist das nicht möglich. Alle Beteiligten geniessen Immunität, für sie gelten keine Gesetze. Keine Regierung kann etwas unternehmen. Europas Staatshaushalte liegen somit in einer nicht-gewählten Hand. Ist das die Zukunft Europas? Ein Europa ohne souveräne Demokratien und ohne die geringste demokratische Kontrolle über die Staatshaushalte. Das ist das Ergebnis der Eurokrise: Mehr Macht für die Banken, weniger Macht für das Volk.

Dazu noch eine Randnotiz: Nach dem Motto «Brot und Spiele, um das Volk dumm zu halten» wurde die Abstimmung über den ESM im deutschen Bundestag verschoben, und zwar vom eigentlich geplanten 25.5.2012 (also vor der Fussball-EM) auf den 29. Juni. Das war ein Tag nach dem Halbfinale und zwei Tage vor dem Finale. Das skandalöse Gesetz wurde vom Bundestag durchgewunken, während die Gedanken der meisten Deutschen nur um Fussball kreisten.

Was kostet uns der EURO?

a) Muß Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen?

Ein ganz klares Nein! Der Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, daß die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften. Mit den Stabilitätskriterien des Vertrags und dem Stabilitätspakt wird von vornherein sichergestellt, daß die Nettoneuverschuldung auf unter 3% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Die Euro-Teilnehmerstaaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können.
Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vornherein ausgeschlossen werden.

Ein Ausschnitt aus einer CDU-Schrift aus dem Jahr 1999. Der Euro wird mit der Versprechung beworben, dass ein EU-Partner niemals für die Schulden eines anderen Mitgliedstaates haften müsse und dass sogar eine Überschuldung der Mitgliedstaten ausgeschlossen sei. 20 Jahre später wissen wir, dass es sich dabei um Unwahrheiten handelte.

Nächster Schritt Fiskalunion?

Doch war der ESM erst der Anfang? Wird durch die Installierung dieser «Krake», die zu «unwiderruflich(er) und uneingeschränkt(er)» Zahlung verpflichtet, nicht schon die Grundlage dafür geschaffen, die nationale Geld- und Steuerpolitik ganz der EU zu überlassen? Ein Spiegel Online-Bericht vom 12.06.2012 deutete darauf hin. Käme es «zur echten Fiskalunion [gemeinsame Haushaltspolitik]», hiess es dort, «würden die Machtverhältnisse in Europa verschoben – weg von den nationalen Parlamenten und hin zu den Euro-Finanzministern. Das käme einer Revolution gleich». Allerdings nicht einer Revolution im herkömmlichen Sinne, sprich: «von unten». Es wäre eher eine Revolution von oben, die man auch einen Staatsstreich nennen kann. «Aus den Parlamenten dürfte massive Gegenwehr zu erwarten sein», glaubt denn auch Spiegel Online, «schliesslich geht es dabei um einen tiefen Eingriff in ihr höchstes Gut: das Budgetrecht.» Und: «Mit dem mächtigen Finanzgremium könnte drohen, was vielen Parlamentariern ein Graus ist – die Rückkehr zur quasi-absolutistischen Herrschaft. Diesmal in Gestalt der Euro-Finanzminister in Brüssel.» Ein «Graus»? Das klingt ein wenig verharmlosend. Als ginge es nur um eine Geschmacksfrage oder eine Art emotionaler Aversion. **Auf diese Weise jubelt man dem Publikum eine neue Herrschaftsform unter, bei der es in Wirklichkeit um Hochverrat und Diktatur geht. Denn das Haushaltsrecht ist von jeher «Königsrecht» des Parlaments. Wer, wenn nicht das Parlament, sollte sonst die Staatsfinanzen kontrollieren? Oder anders gesagt: Wenn man dem Parlament die Hoheit über die Staatsfinanzen wegnimmt, was bleibt dann von ihm übrig? Nichts natürlich. Denn wer zahlt, schafft bekanntlich an. Und wer nicht mehr zahlen, das heisst über die Finanzen verfügen kann, hat auch nichts mehr zu sagen. Die Regierung ist demnach dabei, den Souverän, also das Volk, widerrechtlich zu entmachten.**

Eine neue Verfassung bedarf laut Artikel 146 jedoch eines Volksentscheids, worauf der Verfassungsrechtler Hans-Herbert von Arnim sogar schon in Bezug auf den ESM hingewiesen hat, der die deutsche Haushaltssouveränität bereits zu einem beträchtlichen Anteil untergraben hat: «Gelangt man zu dem Ergebnis, dass die Bundesrepublik durch Zustimmung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus und zur Fiskalpolitik ihre, wie es so schön heisst, integrationsfeste Verfassungsidentität aufgibt, bräuchte es

➔

Mit dem ESM bricht die EU ihre eigenen Gesetze

Art. 125
(ex-Artikel 103 EGV)

(1) Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

Artikel 125 des Lissabon-Vertrags verbietet der EU und ihren Mitgliedstaaten die Schulden eines EU-Staats zu begleichen. Der ESM verstösst gegen diese Vorschrift.

Der 2009 in Kraft getretene Lissabon-Vertrag sieht explizit ein Verbot der direkten Staatsfinanzierung vor (No-Bailout-Klausel). D.h. die EU-Verfassung erklärt es für illegal, dass die Schulden eines EU-Mitgliedstaates von einem anderen Staat bezahlt werden. Kein halbes Jahr später wurde dieses mit viel Pomp verabschiedete Vertragswerk im Zuge der Griechenland-Rettung gebrochen. Obwohl der ESM die No-Bailout-Klausel nicht nur verletzt, sondern es den Verwaltern des ESM sogar ermöglicht, beliebig viele Staatshilfen nachzufordern, wies das deutsche Bundesverfassungsgericht die Klagen gegen den ESM ab. Die Geschichte des Euros ist eine Geschichte der schamlosen Rechtsbrüche.

➔

gemäss Art. 146 GG eine Volksentscheidung. [...] So hat das Bundesverfassungsgericht in mehreren Urteilen ja auch entschieden.» (zit. aus: blu-NEWS, 7.5.2012).

«Noch sitzt ihr da oben, ihr feigen Gestalten...»

Wenn die Bundesregierung allerdings ihrer bisherigen Politik treu bliebe und das Volk aussen vor liesse, müssten die Bürger zunächst vor das Bundesverfassungsgericht (BVG) ziehen, das die Verfassung bisher – mehr schlecht als recht – geschützt hat. Und tatsächlich taten das auch mehrere Bürger und Institutionen nach der Verabschiedung des ESM durch den Bundestag am 29. Juni 2012 – ohne Erfolg. Würde das BVG im nächsten Schritt die endgültige Abtretung der deutschen Fiskal- und Haushaltshoheit ohne Volksentscheid jedoch ebenfalls absegnen, würde es langsam eng: «Müsste man dann nicht zu dem Schluss kommen, dass hier eine Beseitigung der verfassungsmässigen Ordnung droht – und nach Grundgesetz, Art. 20 Abs. 4, wo das Widerstandsrecht für einen solchen Fall verankert ist, jedermann dieses Recht hat?», so von Arnim schon zum ESM.

Tja, eine gute Frage – vielleicht zu gut. Denn während sich Politiker zu immer neuen Krisengipfeln treffen und staatstragende Reden halten, wird von Politik und Medien sorgsam verschwiegen, dass sich hinter den Kulissen in Wirklichkeit die Machtfrage stellt – und zwar zwischen Volk und Regierung. Oder um es mit dem Dichter Carl Theodor Körner (1791–1813) zu sagen, der in einer Zeit lebte, da Interessenkonflikte noch sehr viel direkter formuliert wurden: «Noch sitzt ihr da oben, ihr feigen Gestalten, vom Feinde bezahlt und dem Volke zum Spott. Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, und es gnade euch Gott.» ***(gw)***

"... und rücke endlich die Streichhölzer raus!"

Sprengmeister in Rot waltet seines Amtes

Target 2: So wird Deutschland (auch) zum Zahlmeister der EU

Iantapix/shutterstock

Der Begriff «Target-2-Saldo» ist mittlerweile einiges bekannter geworden. Doch viele Menschen wissen vermutlich immer noch nicht so recht, was er eigentlich bedeutet und welche wirtschaftlichen Folgen er hat. Kritische Ökonomen schlagen schon seit langem Alarm: Sie ordnen den Target-2-Saldo als ruinös für Deutschland ein und schenken ihren Zuhörern damit im Gegensatz zur Europäischen Zentralbank (EZB) reinen Wein ein. Diese versucht, die Diskussion um Target-2 zu entmutigen – so etwa der Präsident der EZB, der auf einer Pressekonferenz am 26. Juli 2018 anklingen liess, dass es die «Eurogegner» seien, die die Target-2-Salden instrumentalisierten, um dadurch eine Anti-Euro-Stimmung zu befördern.

Zuerst einmal eine Antwort auf die Frage «Was ist Target-2 überhaupt?». Beginnen wir mit dem Begriff «Target-2», dieser steht als Abkürzung für die zweite Version eines grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrssystem im Euroraum (Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement). Als die europäische Währungsunion Ende der Neunzigerjahre konstruiert wurde, einigte man sich auf ein zweistufiges System. Neben der grossen Europäischen Zentralbank (EZB) im Mittelpunkt des Systems, sollten die nationalen Notenbanken weiter bestehen bleiben. In Deutschland ist das die Bundesbank, in Italien die Bank von Italien (Banca d'Italia), in Frankreich die Bank von Frankreich (Banque de France) und so weiter. Wenn also z.B. Franzosen deutsche Waren kaufen, und der französische Käufer den Kaufpreis an den Verkäufer in Deutschland überweist, wird diese Zahlung innerhalb des Target-2 abgewickelt. Hier kommen dann auch die Zentralbanken ins Spiel: Denn es sind die jeweiligen nationalen Zentralbanken, die die Target-2-Zahlung abwickeln – beispielsweise die Bank von Frankreich und die Deutsche Bundesbank. Im Normalfall sollte es am Tagesende keine Salden im Target-2 geben, alle Differenzen in der Bilanz müssen ausgeglichen sein und wieder auf 0 stehen. Jede teilnehmende Zentralbank sollte alles, was sie zahlen musste, gezahlt haben und alle Zahlungen, die sie erhalten sollte, empfangen haben.

Seit geraumer Zeit gilt das jedoch nicht mehr und auch von dem Versprechen, die Target2-Verrechnungskonten wenigstens zum jeweiligen Jahresende auszugleichen, war bereits wenige Jahre nach Einführung des Euros nichts mehr zu spüren. Vielmehr verbucht die Deutsche Bundesbank immer grössere positive Target-2-Salden. Das heisst, die Zahlungen werden nicht mehr ausgeglichen und die Deutsche Bundesbank erhält im Gegenzug lediglich eine Target-Forderung an die Bank von Frankreich. Die Deutsche Bundesbank hat also als Gläubiger den Anspruch darauf, die Summe irgendwann von dem Schuldner, der Bank von Frankreich, zurückerstattet zu bekommen. Spiegelbildlich dazu bauen die Zentralbanken mit negativen Target-2-Salden immer höhere Schulden gegenüber der Deutschen Bundesbank auf. Wie kommt es dazu? Es sind vor allem zwei Vorgänge, die die Schuld vieler Zentralbanken gegenüber der Deutschen Bundesbank wachsen lassen:

1. Kapitalflucht, d.h. die Anleger in zum Beispiel Italien überweisen ihre Guthaben an deutsche Banken.
2. Länder, die einen negativen Target-2-Saldo haben, häufen Leistungsbilanzdefizite (mehr Import als Export) an beziehungsweise bezahlen ihre Importe mit neu geschaffenen Euro.

Beispiel: Kapitalflucht aus Italien wird von der EZB finanziert

Erläutern wir das Target-2-System anhand von Punkt 1: Nehmen wir an, eine italienische Geschäftsbank hat Kredite in Höhe von 1000 Euro gegeben und sie hat ein Guthaben bei der Bank von Italien in Höhe von 10 Euro, also hundertmal mehr Geld verliehen, als sie eigentlich hat. Würde nur über ein Prozent der Kunden ihr Geld abheben, wäre die Bank pleite. Nun will ein sehr reicher Bankkunde seine 500 Euro an eine deutsche Geschäftsbank überweisen – es in Sicherheit bringen, weil er fürchtet, die italienischen Banken werden Schiffbruch erleiden. Die italienische Geschäftsbank hat jedoch nur 10 Euro in der Kasse. Sie kann daher die Überweisung nicht vollumfänglich ausführen. Um nicht zahlungsunfähig zu werden, leiht die Bank von Italien ihr 490 Euro im Target-System.

Was bedeutet das genau? Die Bank von Italien gibt den Zahlungsauftrag für die

➔

Foto: IMF (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Kenneth_Rogoff.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

«Die Last der deutschen Schulden ist höher, als die Zahlen es vermuten lassen. Sie sind nicht in der Bilanz, aber eines Tages werden sie fällig – und die Deutschen sollten darauf vorbereitet sein.»

Kenneth Rogoff, US-amerikanischer Ökonom

Quelle: Interview mit dem Wirtschaftsmagazin «Capital» (Ausgabe 3/2017, EVT 16. Februar)

Foto: EQRoy/shutterstock

Mit der Einführung des Euros wurde zeitgleich die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main gegründet. Seither übernimmt sie – auf Basis des «Target2»-Zahlungssystems – den gesamten Zahlungsverkehr zwischen den EU-Mitgliedstaaten und errang somit die Hoheit über alle nationalen Zentralbanken.

➔ Überweisung des Guthabens des italienischen Kunden in das Target-2-System und bucht demnach Verbindlichkeiten (anderes Wort für Schulden) gegenüber der EZB (=negative Target-2-Salden). Anschliessend schreibt die Deutsche Bundesbank aus ihren eigenen Mitteln die 500 Euro auf dem Konto, das die deutsche Geschäftsbank bei der Bundesbank unterhält, gut. Das Ergebnis von all dem ist, dass der italienische Bankkunde nun sein Geld erfolgreich nach Deutschland gebracht hat; dass die Geldmenge durch die Buchung des neu geschaffenen Geldes auf das Konto der deutschen Geschäftsbank gestiegen ist; und dass die Deutsche Bundesbank eine Target-Forderung in Höhe von 500 Euro gegenüber der Bank von Italien bzw. der EZB erhält (=positive Target-2-Salden). Geldtransfers bei Handelsgeschäften laufen nach demselben Prinzip, nur dass als Gegenleistung auch ein Waren- oder Dienstleistungstransfer stattfindet: Der Italiener aus dem gerade genannten Beispiel würde dann eine Ware oder Dienstleistung im Wert von 500 Euro kaufen. Das Ergebnis im Target-2-System wäre dasselbe: Das Geld wandert auf das Konto einer deutschen Geschäftsbank.

Die Folgen von Target-2

So weit, so gut. Doch was bedeutet dieser Vorgang ökonomisch? Um es kurz zu machen: Hinter diesem Vorgang verbirgt sich ein weitreichender Eingriff in die Einkommens- und Vermögensverteilung der Bürger und Unternehmen im Euroraum, der wirtschaftliche Folgen innerhalb der betroffenen Länder, aber auch zwischen den betroffenen Ländern hat. Die italienische Geschäftsbank und ihre Kunden werden «gerettet» – denn die Bank von Italien hat neues Geld geschaffen, um sie zahlungsfähig zu halten. Ohne den Eingriff der Bank von Italien hätte die Bank Vermögen verkaufen, sich verkleinern oder aus dem Markt ausscheiden müssen. Der Bankkunde hätte sein Geld (oder grosse Teile davon) verloren, wenn seine Bank nicht mehr zahlungsfähig gewesen wäre. Mit ihrem geretteten Geld können die italienischen Bankkunden nun (Vermögens-) Güter (wie zum Beispiel Grundstücke, Häuser, Firmen und Aktien) in Deutschland kaufen. Die Preise all dieser Güter fallen aufgrund der zusätzlichen Nachfrage nun höher aus. Das bedeutet für die in Deutschland lebenden Menschen, die Euro-Ersparnisse halten, einen Kaufkraftverlust und damit einen negativen Vermögenseffekt; sie werden ärmer. Diejenigen, die Güter halten, deren Preise ansteigen, werden entsprechend besser gestellt. Es tritt folglich ein Umverteilungseffekt ein, der nicht aus marktkonformen Transaktionen rührt, sondern von der Geldpolitik willkürlich herbeigeführt wird.

Was passiert mit den Target-2-Salden? Nehmen wir an, der italienische Bankkunde aus dem Beispiel wolle seine 500 Euro, die er nun bei der deutschen Geschäftsbank geparkt hat, wieder nach Italien überweisen. In diesem Falle würde der positive Target-2-Saldo der Bundesbank und der negative Target-2-Saldo der Bank von Italien ausgeglichen werden. Wenn der Italiener allerdings sein Geld, das er zuvor von Italien nach Deutschland überwiesen hat, ausgibt (indem er, sagen wir, Häuser und Aktien in Deutschland oder anderswo kauft), können die Target-2-Salden nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Damit der positive Target-2-Saldo Deutschlands wieder abnimmt, müsste der recht unwahrscheinliche Fall eintreten, dass eine Kapitalflucht von Deutschland nach Italien einsetzt, oder dass Deutschland ein

Target-2 vereinfacht auf den Punkt gebracht

Italien importiert aus Deutschland Waren, die nicht bezahlt, sondern über Target2 ‚angeschrieben" werden. Damit die Produzenten dieser Waren ihr Geld trotzdem erhalten, muss die Bundesbank einspringen und dieses Defizit aus eigenen Mitteln (Neuverschuldung durch Geldschöpfung) ausgleichen. Vor dem Hintergrund, dass Italien und alle übrigen Importländer ihre Schulden kaum, respektive nie zurückzahlen werden, weil sie es schlicht nicht können, finanziert Deutschland seinen Export durch Neuverschuldung damit selbst und ‚verschenkt" in letzter Konsequenz seine Produkte ans Ausland. Somit ist die deutsche Exportindustrie nichts anderes als eine äusserst kostspielige Arbeitsbeschaffungsmassnahme, in der die Bevölkerung Deutschlands, ohne es zu wissen, nicht nur die gesamten Produktionskosten und Löhne über Neuverschuldung selber schultern muss, sondern all die produzierten Exportgüter zudem noch ans Ausland verschenkt werden! Die Schildbürger hätten es nicht besser hinbekommen!

Handelsbilanzdefizit (d.h. Deutschland importiert mehr als es exportiert) gegenüber Italien ausweist, und die Deutschen ihre Importe aus Italien mit der EZB-Notenpresse finanzieren. Das wäre aber gleichzusetzen mit dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und damit auch des Eurosystems, da Deutschland als Exportweltmeister dessen absolutes Zugpferd ist.

Der Crash ist die Lösung

Was geschieht, wenn die Target-2-Forderung der Bundesbank nicht beglichen werden kann? Dann muss sie abgeschrieben werden. Das wiederum führt zu Verlusten in der Gewinn-und-Verlustrechnung der Bundesbank und verringert ihr Eigenkapital. Die bisherigen Bundesbankgewinne, die den öffentlichen Haushalten zugutekamen, fallen aus und die Steuerzahler werden in die Pflicht genommen, für die Ausfälle aufzukommen. Kurzum: Die Steuerbelastung steigt. Der deutsche Steuerzahler zahlt die Zeche für die Rettung der italienischen Banken und deren Kundengelder. **Im Falle, dass der Euroraum auseinanderbricht und zum Beispiel Italien austritt, ist der Target-2-Saldo wohl verloren. Aber auch so werden diese Schulden gegenüber Deutschland im Target-2-System für die hochverschuldeten Länder kaum zu begleichen sein. Das führt dazu, dass Deutschland weiter fleissig Waren und Dienstleistungen ins Ausland exportiert, während die aus Deutschland importierenden Länder bei der Deutschen Bundesbank anschreiben lassen, höchstwahrscheinlich ohne jemals wirklich zahlen zu müssen. Denn ein wahrscheinlich anstehender Euro-Crash würde wohl all diese Forderungen Deutschlands ausradieren. In anderen Worten: Deutschland exportiert momentan Waren und Dienstleistungen, die zu mehr Defiziten in den Importländern führen, die sich diese Leistungen eigentlich nicht leisten können und sie nur mit neuer Verschuldung im Target-2-System finanzieren. Letztendlich wird dies zum finanziellen Niedergang der Importländer führen, der Deutschland daraufhin mit in die Krise reissen wird. D.h. die deutsche Wirtschaft exportiert sich momentan ihren eigenen Untergang herbei.**

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MJK63114_Sigmar_Gabriel_(Frankfurter_Buchmesse_2018).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

«Weil in Wahrheit wir natürlich inzwischen für eine Billion Euro haften, wenn man all das dazu rechnet, was Frau Merkel und andere versteckt haben in der europäischen Zentralbank. Ich mein – Wir haben doch schon längst eine Haftungsunion, wir haben doch schon längst ne Schuldenunion. Bloss, sozusagen, heimlich über die europäische Zentralbank [...]»

Sigmar Gabriel, ehem. deutscher Vizekanzler

Quelle: youtube.com, Sigmar Gabriel: «Deutschland haftet mit 1 Billion Euro», 19.09.2013

«Es hat sich leider als falsch erwiesen, dass bei der Einführung des Target-Systems davon ausgegangen wurde, dass die Salden im Umfang begrenzt und kurzfristiger Natur sind. Auf den Punkt: Das Eurosystem bietet seinen Mitgliedern an, Überziehungskredite in unbegrenzter Höhe für unbegrenzte Zeit zum Nulltarif zu finanzieren. **Target ist die ‚Goldene Kreditkarte der Schuldenstaaten'. [...] das Target-System ist eine erzwungene Umverteilung zwischen den Eurostaaten, die demokratisch nicht legitimiert ist.**»

Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU

Quelle: wiwo.de, Entschärft die Target-Zeitbombe, 09.08.2018

Foto: wirtschaftsrat.de

Keine Zinsen, keine Laufzeit, keine Tilgungsfrist

Wie aufgezeigt, häufen die Länder mit negativen Target-2-Salden auch Schulden an, allerdings unterscheiden sich diese Bilanzschulden wesentlich von Schulden, die z.B. einem Privatmann bei einem Bankenkredit entstehen:

- Es gibt keine Sicherheiten, die die Länder mit negativen Target-2-Salden hinterlegen, um die Schulden gegenüber den Ländern mit positiven Salden abzusichern

➔

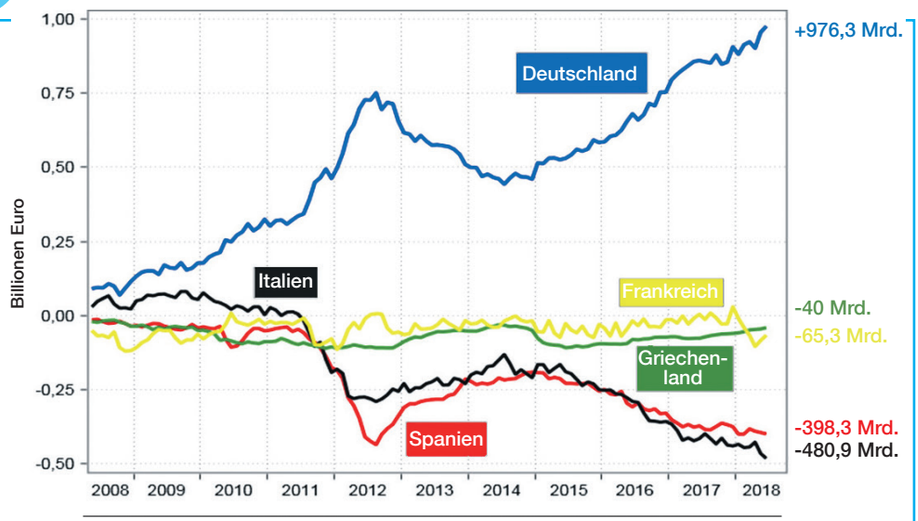
Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Steffen,_Sonja-1273.jpg?uselang=de) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

Wird Target-2 zum Vorwand für eine zentralisierte EU-Finanzpolitik (Fiskalunion)?

«Eine denkbare Alternative zu diesem komplizierten Zahlungssystem (Anm.: Target-2) wäre, wenn man die Zentralbanken abschaffen würde, wenn man also quasi nur die EZB hätte. [...] Aber so weit – das wäre dann die Fiskalunion – sind wir im Euro-Raum noch nicht.»

Sonja Amalie Steffen, SPD-Mitglied des Deutschen Bundestages

Quelle: bundestag.de, 53. Bundestag Sitzung in Berlin, 28.09.2018



Quelle: Eigene Darstellung; Macrobond (Stand Ende Juni 2018)

Ende Juni 2018 waren die positiven Target-2-Salden Deutschlands auf dem bisherigen Rekordhoch von knapp einer Billion (976,3 Mrd.). Spiegelbildlich sind, aufgrund einseitiger Handelsbeziehungen mit Deutschland, die Target-2-Salden von Italien und Spanien auf einem Rekordtief. Deutschland exportierte also Waren und Dienstleistungen im Wert von vielen Milliarden (primär) nach Italien und Spanien, ohne dass jemals ein Zahlungsausgleich stattfand. Konkret bedeutet dies, dass für den hochgelobten «Exportweltmeister»-Deutschland letztlich keine Gelder von Ländern wie Italien oder Spanien nach Deutschland fliessen, sondern die Deutsche Bundesbank aus eigenen Mitteln die Finanzierung stemmen muss. Dafür bekommt sie lediglich Schuldscheine, sogenannte «Target-Forderungen» (ausgedrückt in dem positiven Target-2-Saldo), von der Europäischen Zentralbank ausgewiesen. Deutschland produziert und exportiert also Güter, welche es schlussendlich (via Bundesbank) dann auch noch selbst bezahlen muss bzw. andere Länder verschulden sich bei Deutschland, mit kaum einer Chance, dass Deutschland diese Schulden eines Tages zurückerstattet werden.

➔

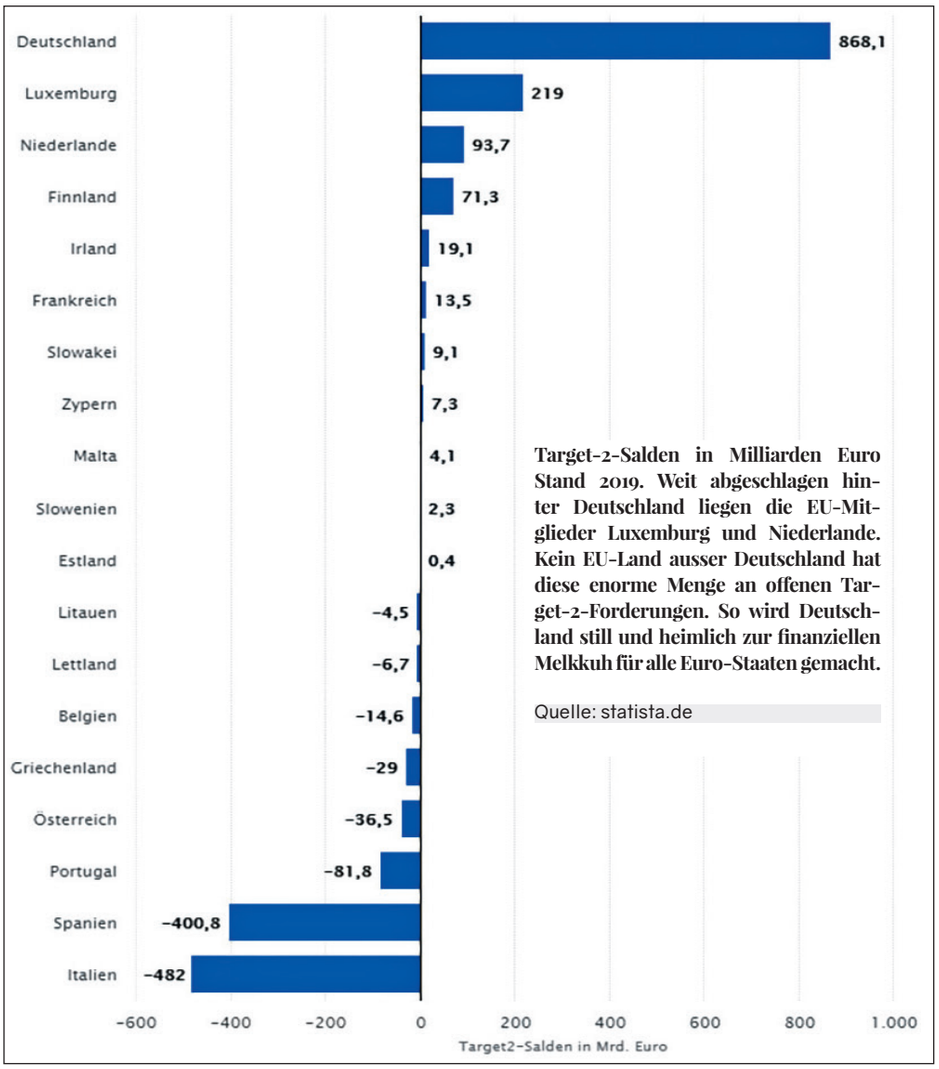
- Es werden keine Zinsen erhoben
- Es besteht faktisch keine Tilgungspflicht

für den Schuldner (also die Zentralbank)

Das Eurosystem sieht entsprechende Regelungen/Konsequenzen zur Tilgung der Target-2-Forderungen schlichtweg nicht vor. Damit liegt eine Regelungslücke bzw. ein Systemfehler vor, der von den Target2-Schuldnerländern fortgesetzt schamlos ausgenutzt wird. Dieser Fehler ist bei der Target-2-Systemeinführung weder dem deutschen Finanzministerium noch der Bundesbank aufgefallen (wenn er denn nicht gewollt installiert wurde!). Er wurde lange vertuscht und insbesondere von Ex-Bundesfinanzminister Dr. Schäuble jahrelang kleingeredet. Verschuldete und wirtschaftsschwache Länder konsumieren masslos aus Deutschland, ohne jemals zu bezahlen.

Mit dem Target-2-System ist somit auf Kosten der deutschen Bürger ein nicht parlamentarisch bewilligtes und unkontrolliertes Umverteilungssystem ohne irgendwelche Sicherheiten oder Gegenleistungen etabliert worden. Doch die regierenden Parteien verkaufen den Euro weiterhin als alternativloses Friedensprojekt, das jeden finanziellen Wahnsinn rechtfertigt. ***(tk)***

Quellen: goldseiten.de, Die Wahrheit über die Target-2-Salden, 10.09.2018
target2.de, Target2 Minenfeld, 10.10.2018



Target-2-Salden in Milliarden Euro Stand 2019. Weit abgeschlagen hinter Deutschland liegen die EU-Mitglieder Luxemburg und Niederlande. Kein EU-Land ausser Deutschland hat diese enorme Menge an offenen Target-2-Forderungen. So wird Deutschland still und heimlich zur finanziellen Melkkuh für alle Euro-Staaten gemacht.

Quelle: statista.de

Verschuldung im Target-2-System

Europäische Zentralbank

Italien	Deutschland
Negativer Target-2-Saldo, d.h. die Italienische Zentralbank schuldet der EZB eine Zahlung zugunsten der Deutschen Zentralbank	Positiver Target-2-Saldo, d.h. die Deutsche Zentralbank hat eine Forderung gegenüber der EZB, die die italienische Zentralbank begleichen müsste (aber höchstwahrscheinlich nie wird)

5. Die deutsche Zentralbank bucht Target-Forderungen (positive Target-2-Salden) gegenüber der EZB.

4. Die Italienische Zentralbank gibt den Zahlungsauftrag in das Target-2-System. Dafür bucht sie Verbindlichkeiten/Schulden gegenüber EZB (negative Target-2-Salden).

Italienische Zentralbank

Deutsche Zentralbank

Die deutschen Forderungen bei der EZB gegenüber der Italienischen Zentralbank werden höchstwahrscheinlich nie beglichen werden. Deutschland exportiert weiter fleissig Waren und Dienstleistungen ins Ausland , während die aus Deutschland importierenden Länder bei der Deutschen Bundesbank anschreiben lassen, höchstwahrscheinlich ohne jemals wirklich zahlen zu müssen, denn ein sehr wahrscheinlich anstehender Euro-Crash würde wohl all diese Forderungen Deutschlands ausradieren. In anderen Worten: Deutschland exportiert momentan Waren und Dienstleistungen, die zu mehr Defiziten in den Importländern führen, die sich diese Leistungen eigentlich nicht leisten können und sie nur mit neuer Verschuldung im Target-2-System finanzieren. Letztendlich wird dies zum finanziellen Niedergang der Importländer führen, der Deutschland daraufhin mit in die Krise reissen wird. D.h. die deutsche Wirtschaft exportiert sich momentan ihren eigenen Untergang herbei.

6. Die deutsche Zentralbank zahlt aus eigenen Mitteln den Betrag an die Geschäftsbank des deutschen Unternehmens.

3.Die Geschäftsbank reicht den Zahlungsauftrag an die Italienische Zentralbank weiter.

Italienische Geschäftsbank

Deutsche Geschäftsbank

2. Die Zahlung erfolgt über eine Italienische Geschäftsbank.

7. Die deutsche Geschäftsbank bucht den Betrag auf das Konto des deutschen Unternehmens.

Italienisches Unternehmen

Warenlieferung

Startpunkt der Transaktion

Deutsches Unternehmen

1. Ein Italienisches Unternehmen kauft bei einem deutschen Unternehmen Waren ein.

Globalisierung

von Gerhard Wisnewski

Migranten auf dem Weg nach Europa

Eine EU ohne Grenzen

Seit Gründung der EU und Abschluss des Schengen-Abkommens führen Staatsgrenzen in Europa ein Schattendasein. Sie gelten als lästiges Beiwerk überkommenen nationalstaatlichen Denkens. Für Grenzen haben Europapolitiker eigentlich nur einen politischen Fusstritt übrig. «Sämtliche Grenzen weg», lautet der stillschweigende Konsens der modernen Eine-Welt-Euphorie. Man nimmt sie höchstens wahr, wenn sie abgebaut und beseitigt werden. Was da eigentlich wirklich passiert, wird nirgends thematisiert. Dabei lohnt es sich zu fragen, woran unsere Welt tatsächlich zu leiden hat. An Finanzkrisen? An allgemeiner Dekadenz? An Bildungsabbau? Am Geburtenrückgang? Antwort: All das sind nur oberflächliche Erscheinungen. In Wirklichkeit leidet sie am totalen Verlust von Grenzen, und zwar nicht nur von Landesgrenzen, oder besser gesagt: an der bewussten und mutwilligen Abschaffung von Grenzen. Wobei man sich viel Ärger erspart, wenn man gleich dazusagt, was eine Grenze ist und was eine Grenze nicht ist:

- Eine Grenze ist eine quantitative und qualitative «Zugangskontrolle».
- Eine Grenze ist nur selten absolut «dicht» und schon gar nicht per se «feindlich».

Jede Tür ist eine Grenze

Nehmen wir zum Beispiel ein Einfamilienhaus in einem Dorf, dessen Tür abends verschlossen wird: Darf deshalb niemand Fremdes mehr hinein? Sind die Bewohner deshalb mit den anderen Dorfbewohnern verfeindet? Wollen sie deshalb gar die anderen Dorfbewohner umbringen? Natürlich nicht. Denn eine Tür ist per se nicht feindlich, sondern eben eine typische Grenze, also ein Regelungsmechanismus, der bestimmt, wer wann hineindarf und wie viele hineindürfen. Denn was würde passieren, wenn man die Haustür einfach ausbaute? Die Hausgemeinschaft würde sich auflösen. Puh – ist das nicht Nationalismus? Mitnichten. Sondern eine jüdische Wissenschaft: die Kybernetik – die von dem jüdischen Mathematiker Norbert Wiener begründete Wissenschaft von der Steuerung und Regelung von Maschinen, lebenden Organismen und sozialen Organisationen. Es geht also nicht um eine ideologische oder gar «nationalistische», sondern um eine systemische und kybernetische Diskussion. Und das Problem ist, dass in der globalen Gesellschaft sämtliche Türen ausgebaut werden, aber nicht nur zwischen Nationen, sondern auch zwischen Generationen, Geschlechtern, Kulturen, Währungen und Handelsräumen. Es ist fast schon egal, welchen Begriff man aus der aktuellen politischen Diskussion herausgreift – dahinter steckt fast immer der Abbau von Grenzen:

Begriffe	Art der abgebauten Grenzen
«Euro», «Euro-Bonds», «Rettungspaket», «Transferunion»	finanziell
«Anti-Aging», Schönheits-OPs, Autoritätsverfall, Jugendgewalt gegen Erwachsene und Senioren	Generationen-grenzen
Gesamtschule, zweigliedriges Schulsystem	intellektuelle und Begabungsgrenzen
«Multikulti»	kulturell
«Emanzipation», Frauenquote, Frauenfussball, «Homo-Ehe», Geschlechtsumwandlungen	sexuell
Europäische Union, Massenimmigration	politisch, national, ethnisch

Machen Sie die Probe aufs Exempel: Welches politische, gesellschaftliche, kulturelle oder sonstige Problem Sie auch immer betrachten – bei näherem Hinsehen geht es fast immer um den Abbau von Grenzen. Und wie diese Tabelle zeigt, geht es keineswegs nur um nationale Grenzen – also um «Nationalismus». Vielmehr geht es um die totale Auflösung der Gesellschaft, ja letztlich der Menschheit. Denn diese Grenzauflösung und Desorganisation kann keine Art wirklich überleben.

In 20 Jahren 70 Millionen Migranten für Europa!

Das fordert EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos. Im Zuge der Vergreisung der Gesellschaft würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 70 Millionen Migranten gebraucht, um Europa zu retten. Dass man schwächelnde Geburtenraten auch mit einer familienfreundlichen Politik lösen kann, kam Avramopoulos nicht in den Sinn.

Quelle: EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio Migranten in 20 Jahren, salzburg.com

Foto: European Commission (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Press_Conference_by_Commissioner_Dimitris_Avramopoulos.jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en

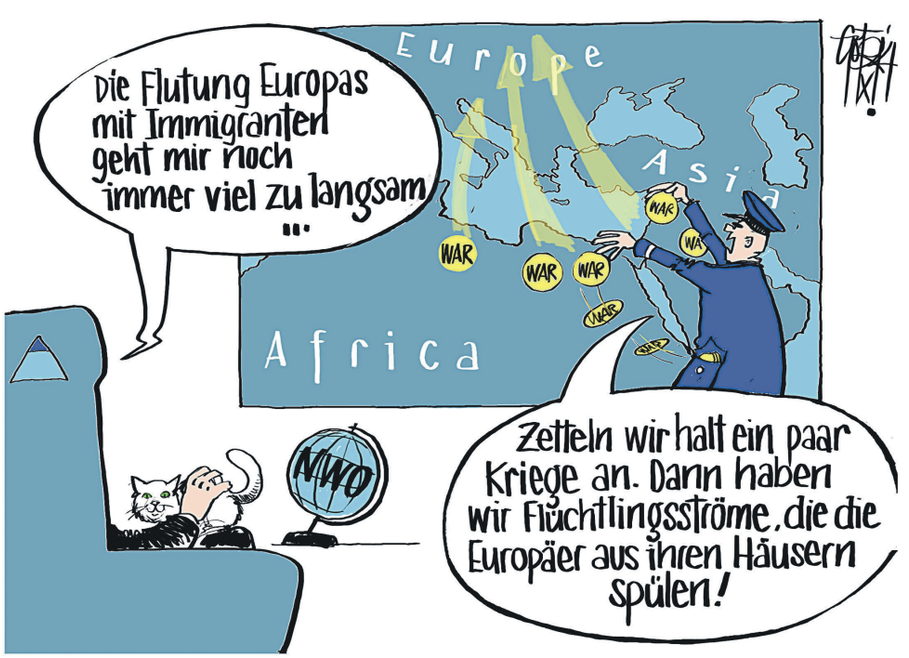
Die Lehre von der Kybernetik

Aber ist es denn nicht schön, wenn wir endlich alle gleich sind und in der grossen «einen Welt» leben? Gegenfrage: Wodurch definiert sich eigentlich Leben? In unserer Sprache wurde die richtige Antwort längst gegeben: Das Leben schafft und definiert sich durch Organisation. Daher spricht man auch von einem «Organismus». Die Organisation wird bewerkstelligt durch eine Grenze (Haut, Zellmembran), durch Kreisläufe (Stoffwechsel) und durch Arbeitsteilung (Organe, Organelle). Dabei ist auch die Zellmembran keine absolut undurchlässige Grenze, sondern ein «Verkehrsmanagement», das den Austausch zwischen innen und aussen organisiert. Denn absolut dichte Grenzen sind oft genauso tödlich wie fehlende Grenzen. Der Zelle die Membran wegzunehmen, wäre eine klare Sabotage-Strategie. Die Zelle würde sterben, so wie ein Mensch, dem man die Haut wegnimmt. Und nimmt man den menschlichen Gesellschaften die inneren und äusseren Grenzen weg, sterben sie auch.

Finanzkrise: Grenzen – ja bitte!

Wenn wir die Gesetze zur «Steuerung und Regelung von Maschinen, lebenden Organismen und sozialen Organisationen» weiter mit Füssen treten, wird die Realität bald uns mit Füssen treten – wobei die Realität stärker sein wird. Wie sagte doch die jüdische Schriftstellerin Ayn Rand so schön: «Man kann die Realität ignorieren, aber man kann nicht die Konsequenzen der ignorierten Realität ignorieren.» Grenzen sind wie die wasserdichten Schotten bei einem Schiff. Sind sie weg, genügt das kleinste Leck, und der Dampfer säuft ab. Aber was tut man? Öffnet sich ein grosses Loch, wie in Griechenland, reisst man bestehende Schotten sogar weg, um den Rest Europas mit hineinzuziehen. Denn Schotten wären ja durchaus vorhanden: in der Europäischen Währungsunion zum Beispiel. Dort gebe es eine «no bail-out rule», versprach 1992 beispielsweise der damalige Finanzstaatssekretär und spätere deutsche Bundespräsident Horst Köhler. «Das heisst, wenn sich ein Land durch eigenes Verhalten hohe Defizite zulegt, dann ist weder die Gemeinschaft noch ein Mitgliedstaat verpflichtet, diesem Land zu helfen». (Der Spiegel 15/1992). Und in Artikel 125 des Lissabon-Vertrages (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, AEUV) heisst es sinngemäss: Weder die Union noch ein Mitgliedstaat haftet für die Verbindlichkeiten anderer EU-Staaten.

Diese Bestimmungen und Versprechen werden jedoch glatt gebrochen. «Aus der auf Stabilitätskultur ausgelegten Währungsunion von 1992» würde über Nacht «eine Mega-Transfer-Union mit unabsehbaren Risiken für die betroffenen Bürger in Deutschland, Frankreich, Finnland, Österreich und den Niederlanden», schreibt zum Beispiel der Finanzexperte Professor Markus Kerber von der TU Berlin. Kurz und gut: Kaum tut sich im Euro-Schiff ein Loch auf, werden sämtliche bestehenden Schotten niedergerissen und wird mit Begeisterung Wasser in das Leck gepumpt – in diesem Fall also Geld. Eine klare Sabotage-Strategie.

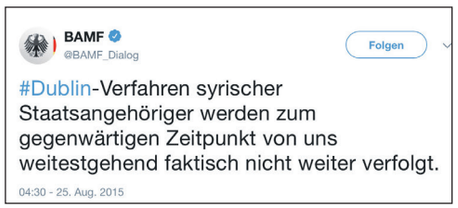


© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

Die drei «I» – Ich, Identität und Interessen

Die «Griechen-Krise» kann zum Beispiel nur deshalb verheerende Folgen haben, weil es zwischen den Ländern und den Währungen Europas keine Grenzen mehr gibt bzw. die noch vorhandenen Grenzen glatt ignoriert werden. Daher können die Schwierigkeiten des einen alle anderen mitreissen. Und das gilt auch für die grössere globale Finanzkrise. Statt der geschilderten Sabotage-Strategie bräuchten wir viel eher eine «Eidechsen-Strategie»: Wird die Eidechse von einem Feind am Schwanz gepackt, trennt sie ihn einfach ab und lässt ihn fallen. Die Eidechse grenzt sich von dem bedrohten Körperteil ab

➔



Twitter-Nachricht des Bundesamts für Migration (BAMF) am 25.08.2015.

Nach EU-Recht muss ein Asylbewerber seinen Antrag dort stellen, wo er erstmals europäischen Boden betrat. Da die die meisten Neuankommenden 2015 bei ihrem Weg nach Deutschland über die Balkanroute mehrere EU-Staaten durchquerten, war und ist Deutschland auch nach EU-Recht nicht für deren Asylverfahren verantwortlich. Wieder einmal ein klarer Bruch der eigenen Gesetze durch die EU.

➔ und gibt es auf, bevor sie selbst gefressen wird. Die Europäische Währungsunion verhält sich dagegen wie eine Eidechse, die den «Fressfeind» (sagen wir: das Schuldenmonster) – statt ihm den Schwanz überlassen – freundlich in den Arm nimmt und ihm noch mehr zu fressen gibt. Und schon kann man die verheerenden Folgen des Grenzverlustes beobachten: Ein Rettungsschirm nach dem anderen wird aufgespannt, und immer mehr Milliarden, immer mehr Volksvermögen und immer mehr Staatshaushalte stehen im Feuer. Da die Kredite und Kreditgarantien («Rettungsschirme») anerkannter- und bewiesenermassen nichts helfen, kann der Sinn nur darin bestehen, auch die restlichen Euro-Staaten in den Abgrund zu reissen. Daher brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Grenzen. Ohne Grenze gibt es kein Ich, ohne Ich gibt es keine Identität, und ohne Identität gibt es keine Interessen, die verfolgt oder verteidigt werden könnten. Ein Organismus ohne Ich, Identität und Interessen ist zum Tode verurteilt. Das gilt für ein Individuum genauso wie für einen Konzern, ein Geschlecht, eine Schicht, eine Wirtschaft, ein Land oder meinetwegen eine Fussballmannschaft – oder sollte man demnächst die Grenzen zwischen dem FC Schalke 04 und dem FC Bayern München niederreissen und die Mannschaften, das Management und die Fans zusammenlegen? Nach dem Motto: Wir haben uns jetzt alle lieb? Ergebnis: Beide Mannschaften würden sich auflösen.

Der strukturelle Krieg gegen die Menschheit

Die verherrlichte Zerstörung der Grenzen bedeutet direkt die Zerstörung des Lebens – sei es sozial oder finanziell, psychologisch oder sexuell, wirtschaftlich oder biologisch. Biologisch? Warum biologisch? Jetzt wollen wir doch mal nicht übertreiben! Ich übertreibe nicht. Denn dass dieser strukturelle Krieg und der wirtschaftliche, soziale und politische Zusammenbruch der Gesellschaften und Staaten schliesslich existenzielle Folgen haben werden, ist wohl kaum zu bezweifeln. Die Reihenfolge des Zusammenbruchs durch den Abbau sämtlicher (nicht nur politischer!) Grenzen wird wohl in etwa so aussehen:

1. wirtschaftlicher Kollaps (Umsatzeinbrüche, Vermögensverluste, Konkurse)
2. psychischer Kollaps (Existenzängste, Identitätskrisen)
3. sozialer Kollaps (Existenznöte, Arbeitslosigkeit, Verarmung)
4. biologischer Kollaps (Krankheiten, sinkende Lebenserwartung, Suizide, Hungersnöte, Seuchen, Bürgerkriege, Kriege)

Da ich weder einer Partei noch einer politischen Bewegung angehöre, sind dies, wie gesagt, rein strukturelle und «kybernetische» Überlegungen: Die Abschaffung von Grenzen, Kreisläufen und Strukturen führt dazu, dass die Menschheit kollabiert. So als würde man im menschlichen Körper mit einem Medikament sämtliche Zellmembranen und Kreisläufe auflösen und/oder die Leberzellen animieren, doch bitte in die Lunge zu wandern. In der deutschen Sprache haben wir dafür auch das schöne Wort «Zersetzung»: Der Körper würde sich zersetzen. Der Exitus liesse nicht lange auf sich warten. Vertreter der Eine-Welt-Ideologie sind daher dem Irrtum bzw. Irrsinn verfallen, einen Körper (= die Welt, die Gesellschaft) durch Auflösung seiner Zellen (zum Beispiel Staaten, Familien) retten oder verbessern zu wollen. Indem die lebenserhaltende Organisation zerstört wird, erledigt sich die Menschheit durch Arbeitslosigkeit, Hungersnöte, Kriege und Bürgerkriege in Wirklichkeit selbst. Und was werden die dafür verantwortlichen politischen Eliten tun? Dreimal dürfen Sie raten: natürlich sich abgrenzen. ***(gw)***

Crazy Cat EUSSR

© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de

EU-Bundesstaat

Angela Merkel und Emmanuel Macron unterzeichnen den Vertrag von Aachen, in dem beide Staaten ihre Zusammenarbeit in der Europapolitik vertiefen.

Frankreich und Deutschland - Vorreiter des EU-Zentralstaates?

Nein, es ist kein Geheimnis. Europa soll grundlegend «erneuert» und die Vision eines europäischen Zentralstaates, der ähnlich wie die Vereinigten Staaten von Amerika organisiert ist, letztendlich umgesetzt werden. Am 15. September 2010 gründeten Mitglieder des Europäischen Parlaments die sogenannte «Spinelli-Gruppe». Diese ist nach Altiero Spinelli (1907–1986) benannt, einem historischen Vordenker des europäischen Einheitsstaates nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika. Zu den Gründern der «Spinelli-Gruppe» zählen insbesondere der belgische Politiker Guy Verhofstadt, seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, sowie Daniel Cohn-Bendit, ein deutsch-französischer Politiker vom Bündnis 90/Die Grünen. In einem Interview mit der deutschen Wochenzeitung «Zeit Online» vom 6. Juni 2017 sagte Verhofstadt, dass die EU-Kommission, die angeblich fälschlicherweise für so etwas wie die EU-Regierung gehalten werde, abgeschafft werden müsse. Es brauche «eine kleine europäische Regierung, die aus 12 bis 15 Leuten besteht». Man müsse mit der «dummen Idee» brechen, «dass jedes Land einen Repräsentanten in solch einer Regierung» haben müsse. «Wir brauchen einen neuen EU-Vertrag», dies sei der nächste Schritt und diese «Vertragsänderung ist im jetzigen EU-Recht vorgesehen, es braucht nur Mutige, die sie angehen», so Verhofstadt. Als gutes Beispiel für einen «Mutigen», der die Führung übernehmen könnte, sah Verhofstadt den proeuropäischen französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Tatsächlich liessen Verhofstadts Hoffnungen auf Macron nicht lange auf sich warten. Im Juni 2017 traf sich Macron mit Merkel in Berlin und beide verkündigten dort einen gemeinsamen Fahrplan für Reformen in der EU und der Eurozone. Dabei müsse man unter Umständen auch bereit sein, bestehende «Verträge zu ändern». Am 29.08.2017 kündigte Macron an, nach der Bundestagswahl in Deutschland neue Vorschläge machen zu wollen, «um unser Europa neu zu beleben». Am 26.09.2017 erklärte er an der Universität Sorbonne in Paris, wie er sich die Zukunft der EU vorstelle. Seine Rede zeigte zweifelsfrei auf, wie die Umsetzung der Idee eines zentral gesteuerten Europas weiter vorangetrieben werden soll – so lauteten die wichtigsten Eckpunkte folgendermassen:

- Die Eurozone (also ausschliesslich die Staaten, die den Euro als Währung haben) mit ihren 19 Ländern soll ein eigenes Budget und einen eigenen Finanzminister bekommen.
- Bis zum Anfang des kommenden Jahrzehnts soll es in der EU eine «gemeinsame (militärische) Eingreiftruppe», ein gemeinsames Verteidigungsbudget und eine gemeinsame Doktrin für Militäreinsätze geben. Auch die Geheimdienste sollen enger zusammenarbeiten und eine europäische Akademie für Geheimdienste ins Auge gefasst werden.
- Eine «europäische Asylbehörde" soll ins Leben gerufen werden, um schneller über die Anträge von Flüchtlingen entscheiden zu können.
- Es soll eine «europäische Staatsanwaltschaft» geschaffen werden, um den Kampf gegen den Terrorismus zu verstärken.
- Für den Umweltschutz brauche die EU eine CO_2-Steuer und eine Reform des europäischen Handels mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten.

Kurz gesagt, sollen die Entscheidungsbefugnisse der einzelnen Mitgliedsstaaten massiv eingeschränkt bzw. von diesen weg auf nur einige wenige Personen einer zentral geführten europäischen Regierung übertragen werden – also genau nach der Vorstellung von Guy Verhofstadt.

> «Am Ende der Entwicklung soll ein durch eine europaweite Volksabstimmung legitimierter europäischer Bundesstaat stehen.»
>
> *Bürgerprogramm der FDP, zur Bundestagswahl 2013*

EU-Steuern und EU-Finanzminister?

Ein weiterer Meilenstein zur Umsetzung des EU-Zentralstaates wurde Anfang 2019 im Krönungsaal des Aachener Rathauses gelegt. Dort wurde der neue deutsch-französische

Fortsetzung auf Seite 64

Fortsetzung von Seite 63

Freundschaftsvertrag in Erweiterung des Élysée-Vertrags (1963) von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron unterzeichnet. Der Vertrag legt fest, dass beide Staaten ihre Zusammenarbeit in der Europapolitik vertiefen. «Sie setzen sich für eine wirksame und starke gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik ein und stärken und vertiefen die Wirtschafts- und Währungsunion», heisst es in dem Vertragstext. Mit dem möglichen «Brexit» Grossbritanniens wäre dies ein Zusammenschluss der zwei stärksten Wirtschaftskräfte innerhalb der EU. Angesichts des starrsinnigen Pro-EU-Kurses beider Regierungen könnten Frankreich und Deutschland als Zugpferd für die restlichen, vergleichsweise wirtschaftlich unbedeutenderen Mitgliedstaaten, in den EU-Zentralstaat dienen.

Fast zeitgleich zu Beginn dieses Jahres (Februar 2019) wurde das Konzept des seitens Macrons geforderten gemeinsamen Haushalts für alle Staaten der Eurozone von Deutschland angenommen. Dadurch soll ein «Eurozonenbudget» entstehen, um in anderen Eurostaaten Reformen zur «Verringerung wirtschaftlicher Unterschiede» durchzuführen, z.B. durch Investitionen in die Infrastruktur, also die typische EU-Planwirtschaft. Finanziert werden soll das Budget – ein zukünftiger Teil des EU-Haushaltes – unter anderem aus Beiträgen der Mitgliedstaaten der Eurozone. Grundlage dafür soll eine rechtlich verbindliche Vereinbarung dieser Länder sein. Die Mitgliedstaaten müssen dann auf Basis jährlicher «strategischer Vorgaben» der Staats- und Regierungschefs und der Eurogruppe Vorschläge an die EU-Kommission übermitteln. Würden diese angenommen, solle das Geld in Abhängigkeit konkreter Projektfortschritte ausgezahlt werden. Die Empfänger müssten aber dennoch grössere Teile der Projekte selbst aus nationalen Ressourcen mitfinanzieren, was im Endeffekt keine Rolle spielt, da alle Gelder von den Bürgern der Mitgliedstaaten stammen. Es ist nur mal wieder anzunehmen, dass Deutschland auch für dieses Eurozonenbudget extra zur Kasse gebeten werden würde und mit seinen Einzahlungen in den Geld-Topf Projekte in den ärmeren EU-Südstaaten finanzieren müsste.

Einen radikaleren Ansatz strebt der, von der Spinelli-Gruppe hochgelobte französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty mit seinem 2018 erschienenen «Manifest für die Demokratisierung Europas» an. Sein Hauptanliegen ist ebenfalls die «Verringerung der Ungleichheiten» der europäischen Mitgliedstaaten und er propagiert als Lösung eine (weitere) europaweite Institution – namentlich «Europäische Versammlung» – ins Leben zu rufen. Die «Europäische Versammlung» soll primär für die Schaffung eines «Demokratisierungshaushalts» verantwortlich sein. So wird gemäss Piketty «diese Europäische Versammlung das Recht haben, Steuern zu erheben, und somit in den Kern der demokratischen, finanzpolitischen und sozialen Verfassung der Mitgliedstaaten einzugreifen. [...] Dadurch wird eine Institution geschaffen, die sowohl die neuen europäischen Steuern als auch den Haushalt zur Demokratisierung diskutieren und beschliessen kann. Eine solche Europäische Versammlung kann ohne eine Änderung der bestehenden europäischen Verträge etabliert werden.» Unterzeichnet wurde sein Manifest von vielen Personen aus verschiedenen europäischen Ländern, hauptsächlich aber aus Frankreich und Deutschland.

Auch der ehemalige Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sprach sich kürzlich, in einer Bundestagessitzung im Februar 2019, ganz offen dafür aus, die nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik mehr auf die Ebene der europäischen Institutionen zu übertragen. Nur wenn das gelinge, könne man auch einen EU-Finanzminister einführen. «Solange man dieses nicht hat, macht ein Finanzminister alleine auch keinen Sinn. Denn der ist dann nur ein Symbol, der keine Kompetenzen hat.» Ein europäischer Finanzminister brauche einen europäischen Haushalt, brauche europäische Einnahmen und brauche natürlich auch die entsprechenden Kompetenzen.

Foto: Unbekannt (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:WLP14-ri-0683-_Norbert_Lammert_(CDU).jpg) https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/nl/deed.de

> «Es ist also der Moment gekommen, um einer engeren politischen Integration entgegenzustreben: einer föderalen Union aus Staaten mit weitreichenden Kompetenzen.»
>
> *Norbert Lammert, ehem. Bundestagspräsident in einem Brief im Februar 2017, zusammen mit drei weiteren Parlamentspräsidenten*

"Na und? Dann machen wir die Vereinigten Staaten von Europa eben alleine!"

> «Ich bin dafür, dass die Kommission eines Tages so etwas wie eine europäische Regierung ist. [...] Und ich bin dafür, dass der Rat so etwas wie eine zweite Kammer ist. Und ich bin dafür, dass das europäische Parlament für die europäischen Zuständigkeiten eintritt. Anders wird es nach meiner Auffassung auf die lange Strecke gar nicht gehen.»
>
> *Angela Merkel, während eines EU-Gipfels in Brüssel am 7. November 2012*

Quellen: kla.tv, Europäischer Einheitsstaat im Vormarsch, 28.09.2017
tdem.eu, Manifest für die Demokratisierung Europas, 09.12.2018
welt.de, Die EU muss eigene Steuern erheben dürfen, 06.01.2019
spiegel.de, Deutschland und Frankreich einigen sich auf Konzept zum Eurozonenbudget, 22.02.2019